



Stop-TTIP-Proteste in Deutschland –

Wer sind, was wollen und was motiviert
die Freihandelsgegner?

Forschungsbericht
Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen

Florian Finkbeiner, Hannes Keune, Julian Schenke, Lars Geiges, Stine Marg



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Proteste gegen Freihandel und „Gipfel“-Treffen – Ein Überblick	5
3.	Die Anti-TTIP-Mobilisierung in Deutschland	17
4.	Zur Methode der (online-basierten) Demonstrationsbefragung	28
5.	Ergebnisse der Befragungen	39
6.	Fazit und Ausblick	58
7.	Literaturverzeichnis und Quellen	63

„Stop-TTIP-Proteste“ in Deutschland –

Wer sind, was wollen und was motiviert die Freihandelsgegner?

1. Einleitung

Am 10. Oktober 2015 sind in Berlin 250.000 Menschen auf die Straßen gegangen, um unter dem Motto „TTIP & CETA stoppen! - Für einen gerechten Welthandel“ gegen die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie Kanada (CETA) zu demonstrieren. Nie zuvor waren mehr Menschen zu diesem Thema zusammen gekommen. Überhaupt hatte es in Deutschland seit mehr als zehn Jahren keine vergleichbare Massendemonstration mehr gegeben. Gut 170 Organisationen hatten zur Demonstration aufgerufen: von ökologischen, pazifistischen, bäuerlichen, globalisierungskritischen und antirassistischen Gruppen und Vereinigungen bis hin zu Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, die sich u.a. für Menschenrechte, mehr Mitbestimmung und Umverteilung einsetzen oder sich dem Klima-, Tier- und Umweltschutz verschrieben haben. Tatsächlich war also ein „breites Bündnis“ auf den Straßen Berlins unterwegs. „Heute ist ein großer Tag für die Demokratie“, erklärten die Organisatoren hinterher und fügten hinzu: „Gemeinsam verteidigen wir unsere Demokratie und gehen für gerechten Handel auf die Straße.“¹

Die vorliegende Kurzstudie unternimmt eine Exploration: Wer beteiligte sich an den Protesten gegen die Freihandelsabkommen? Warum haben TTIP und CETA – diese zunächst so abstrakt daher kommenden Vierbuchstabenabkommen – im Jahr 2015 derartige (Protest-)Massen bewegt? Was motiviert die Menschen, gegen diese Abkommen auf die Straße zu gehen? Wie blicken die Protestierenden auf Politik, Demokratie, Staat und Gesellschaft? Welchen Institutionen vertrauen, welchen misstrauen sie? Kurzum: Was treibt sie an?

Um sich diesen Fragen anzunähern, ist nicht nur die Großdemonstration Anfang Oktober 2015 in Berlin beobachtet und dort eine Online-Befragung – an der sich mehr als 1.000 Demonstrationsteilnehmer beteiligt haben – initiiert worden. Bereits im Rahmen des G7-Gipfels, der im Juni 2015 im bayrischen Elmau abgehalten worden war, hatte TTIP im Fokus der Proteste gestanden; auch hier – konkret bei einer Großdemonstration in München und einer kleineren Kundgebung in Garmisch – ist vom Göttinger Institut für Demokratieforschung eine Umfrage durchgeführt worden, um erste Hinweise zu erhalten, wer sich aus welchen Gründen gegen die Freihandelsvereinbarungen

1 Gemeinsame Pressemitteilung der Veranstalter vom 10.10.2015, URL: <http://ttip-demo.de/presse/pressemitteilungen/> [eingesehen am 02.12.2015].

engagiert. Unser methodisches Vorgehen dokumentieren und diskutieren wir in Kap. 4. Die Ergebnisse dieser Umfragen (Kap. 5) bilden gewiss den Kern der vorliegenden Kurzstudie; doch lohnt sich überdies, um das Protestphänomen „Stopp TTIP“ genauer zu verstehen, zum einen der Blick zurück auf vergangene Proteste gegen Freihandelsbestrebungen (Kap. 2), die nicht zuletzt oft ihren Schauplatz im Umfeld von „Gipfeltreffen“ der Staats- und Regierungschefs eingenommen haben; sowie zum anderen die Betrachtung der Anti-TTIP-Mobilisierung in Deutschland (Kap. 3), die sich rasant entwickelt hat, von einer Vielzahl von Akteuren getragen worden ist und sich und ihren Anliegen öffentlichkeitswirksam Gehör verschafft hat.

2. Proteste gegen Freihandel und „Gipfel“-Treffen – Ein Überblick

Zunächst: Proteste gegen Freihandel sind nicht neu. Bereits in den 1990er Jahren formierten sich in den westlichen Ländern Protestbewegungen gegen Freihandelspolitiken. Dieser Protest ging oft einher mit einer grundlegenden Kritik an und einem entsprechenden grundlegenden Misstrauen allgemein gegenüber „Globalisierung“, gegen Intentionen sowie Maßnahmen, die im Zusammenhang mit erweiterten Freihandelsräumen standen. Kürzer: Der Protest richtete sich gegen die (kapitalistische) Vorstellung von globalen Wirtschaftsräumen. Aus diesen Protesten und Protestbewegungen ist über die Jahre eine globalisierungskritische Bewegung entstanden. Doch artikulierten sich jene Bewegungen und grundlegenden Kritiken an Freihandel und Globalisierung zeitlich, kontextuell, auch inhaltlich gerichtet immer wieder unterschiedlich, teils unstet, wellenförmig. Diesen Entwicklungen soll hier einleitend nachgegangen werden – wobei das Verhältnis von Freihandelspolitik und den gegen sie gerichteten Protesten im Vordergrund steht.

Freihandelspolitik und Proteste seit den 1990er Jahren

Freihandelspolitik und Proteste sind zwei Entwicklungsstränge, die sich wechselseitig beeinflussen. Sie verlaufen parallel, können antagonistisch ihre jeweilige Dynamik aus den Prozessen der Gegenseite heraus gewinnen, aber auch ebenso einbüßen. Zu beobachten sind: auf der einen Seite die Versuche von Politik und Wirtschaft, Freihandelspolitik und globale Partnerschaften auszubauen und zu intensivieren; auf der anderen Seite Proteste gegen diese Politik sowie auch Versuche, diese Proteste zu transnationalen sozialen Bewegungen zu vernetzen, zu institutionalisieren und ihre Kritik öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Ein prinzipiell reziprokes Verhältnis, das keineswegs ein neues Phänomen ist – man denke nur an die Entstehung der Sozialdemokratie angesichts kapitalistischer Industrialisierung mit ihren bereits damals nach Freihandel strebenden Tendenzen im 19. Jahrhundert –, das jedoch gerade in der modernen Kritik an der Freihandelspolitik eine gänzlich andere Dynamik gewinnt.² Bereits kurz nach dem Ende des Kalten Krieges vereinbarten die Europäische Gemeinschaft und die USA 1990 eine stete Vertiefung ihrer Handelsbeziehungen in der *Transatlantischen Erklärung*. Darin liegen Ursprung und Bezugspunkt dieser Form von Freihandelspolitik. Seitdem hat es verschiedene Bestrebungen gegeben, diese Partnerschaft zu intensivieren, neue, zusätzliche, ergänzende Verträge miteinander auszuhandeln und abzuschließen. Das erste große Projekt dieser Freihandelspolitik war das Nordamerikanische Freihandelsabkommen

² Vgl. della Porta, Donatella/Andretta, Massimiliano/Mosca, Lorenzo/Reiter, Herbert: *Globalization from Below. Transnational Activists and Protest Networks*, Minnesota 2006, S. 61. Della Porta et al. weisen darauf hin, dass gerade die Konstruktion von „Identität“ in der globalisierungskritischen Bewegung besonders sei, weil sie auf abstrakt heterogenen Strukturen gründe. Diese Form von „Identität“ sei aber keine im Sinne einer „kollektiven Identität“, sondern im Sinne einer Identifikation mit einem „kollektiven Prozess“; vgl. ebd., S. 90.

(NAFTA) von 1994. Es dereguliert sogenannte Handelshemmnisse zwischen Mexiko, Kanada und den USA in einer Freihandelszone. Als unmittelbare Reaktion auf das Abkommen ereigneten sich in Mexikos ärmstem Bundesstaat Chiapas Proteste, der zapatistische Aufstand.³ Die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) setzt sich für die politischen Rechte der indigenen Bevölkerung ein, fordert Autonomie und prangert den Neoliberalismus in Gestalt der internationalen Freihandelspolitik an, der verantwortlich gemacht wird für die politischen Zustände. Die Proteste der EZLN führten weltweit zu einem Solidarisierungseffekt. Vor allem in den USA lieferten die *Zapatistas* Impulse für die Globalisierungskritik von NGOs, Protestbewegungen und Gewerkschaften.⁴ Für die Globalisierungskritiker der 1990er Jahre wirkte die zapatistische Bewegung identitätsstiftend.⁵ Die Kritik am Neoliberalismus wurde ein „einigendes Motiv“⁶ verschiedener internationaler politischer Strömungen und zum Kitt der *No Globals*. So waren Massenstreiks in Frankreich 1995⁷, gewerkschaftliche Kämpfe in Südeuropa und eben rurale Aufstände in Lateinamerika⁸ Vorbote und Bezugspunkte für die sich konstituierende globalisierungskritische Bewegung.

Auf Initiative des damaligen deutschen Außenministers Klaus Kinkel und weiterer europäischer Politiker einigte sich Europa 1995 mit Nordamerika auf ein neues transatlantisches Abkommen (NTA, New Transatlantic Agenda); damit sollten die politische Zusammenarbeit und darauf aufbauend die Standardisierung von Produkten im ökonomischen Sektor forciert werden.⁹ Hiermit wurde die Idee einer Transatlantischen Freihandelszone (TAFTA) erstmals öffentlich lanciert.¹⁰ Widerstand gegen das Abkommen regte sich damals allerdings kaum. Vielmehr dominierten vor allem zögernde, verunsicherte Stimmen aus der Wirtschaft, für die das Risiko der Weltmärkte noch nicht kalkulierbar schien.¹¹ Parallel dazu versuchten die OECD-Staaten ihre internationalen Finanzabkommen zu standardisieren, um ausländische Direktinvestitionen zu erleichtern. Dafür wurde zwischen 1995 und 1998 das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) verhandelt. In dieses Abkommen sollten auch

3 Vgl. Peters, Ulrich: Unbeugsam & widerständig. Die radikale Linke in Deutschland seit 1989/90, Münster 2014, S. 235.

4 Vgl. Rucht, Dieter/Roth, Roland: Globalisierungskritische Netzwerke, Kampagnen und Bewegungen, in: dies. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 493–512, hier S. 496.

5 Ebd.

6 Brand, Ulrich: Globalisierungskritik, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 5, Hamburg 2001, S. 881–889, hier S. 883.

7 Vgl. Peters 2014, S. 234 ff.

8 Vgl. Brand 2001, S. 881–889, hier S. 883 f.; Zur Einordnung des Formwandels des politischen Protests der globalisierungskritischen Bewegung vgl. Schröder, Christian: Das Weltsozialforum. Eine Institution der Globalisierungskritik zwischen Organisation und Bewegung, Bielefeld 2015, hier besonders S. 25–28.

9 Vgl. Brauer, Simon/Lichter, Jörg: Wohlfahrtseffekte einer transatlantischen Freihandelszone, Handelsblatt Research Institute 2013, S. 6, URL: <http://research.handelsblatt.com/wp-content/uploads/2013/09/Beispiel-HRI-Dossier-Transatlantische-Freihandelszone-2.pdf> [eingesehen am 16.09.2015].

10 Vgl. van Scherpenberg, Jens: Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums, SWP-Studie, Berlin 2006, S. 9.

11 Vgl. Gartzke, Ulf: Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen: Ein Pfeiler in der Krise?, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit, Wirtschaft, Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S. 173–186, hier S. 182 f.; Piper, Nikolaus: Das Spiel mit Tafta, in: Zeit Online, 09.06.1995, URL: http://www.zeit.de/1995/24/Das_Spiel_mit_Tafta [eingesehen am 09.11.2015].

Entwicklungsländer eingebunden werden. Hiergegen richtete sich weltweit Kritik: Globalisierungsgegner befürchteten, dass die nationale Souveränität einzelner Staaten – in Europa – gefährdet sein könnte, wenn Investitionsrechte einzelner großer Unternehmen zu stark gefördert würden. Und gleichzeitig warnten NGOs vor unabsehbaren ökologischen und sozialen Folgen – vor allem für den globalen Süden.¹² Über 500 globalisierungskritische Organisationen aus über siebzig Ländern protestierten seinerzeit gegen das Abkommen.¹³ Der Protest verstärkte den politischen Druck, sodass Frankreich schließlich 1998 die Verhandlungen unilateral abbrach – und der Vertragsabschluss letztlich scheiterte.¹⁴ Aufgrund ihres „doppelten Charakters“ reißen sich die Proteste gegen das MAI-Abkommen in die Gründungserzählungen der globalisierungskritischen Bewegung ein.¹⁵ Schließlich war mit ihnen auch die Geburtsstunde der Organisation Attac verbunden – seitdem insbesondere in Deutschland ein bedeutender Akteur organisierter globalisierungskritischer Bewegungszusammenhänge.¹⁶ Anfang der 2000er Jahre wurden zunächst keine neuen Abkommen zur Freihandelspolitik initiiert. Gründe hierfür könnten u. a. ein bereits hoher Grad an Liberalisierung der Freihandelspolitik, eine Verschiebung der Prioritäten angesichts der Anti-Terror-Politik oder der EU-Erweiterungen, aber auch stärkere Protestbewegungen gegen Globalisierung und Freihandelspolitik darstellen.

Im April 2007 wurde auf Initiative der Europäischen Union mit den USA ein Wirtschaftsrat (TEC, Transatlantic Economic Council) institutionalisiert. Dieses Gremium soll wirtschaftliche Kooperationen zwischen der EU und den USA fördern und Strukturen abbauen, die als Handelshindernisse wahrgenommen werden.¹⁷ Zwar kritisierten vereinzelt NGOs eine mangelnde Transparenz beim Einbezug von Interessenvertretern; aber abgesehen von Wirtschaftsverbänden, die Kritik wegen mangelnder Effektivität übten, regte sich gegen TEC kaum Protest.¹⁸ Im Folgejahr begannen Verhandlungen über ein multilaterales Handelsabkommen, ACTA, das Anti-Counterfeiting Trade Agreement („Anti-Piraterie-Abkommen“). ACTA war ein Vorhaben, internationale Standards einzuführen mit dem Ziel, Produktfälschungen und Urheberrechtsverletzungen zu bekämpfen. Zu Beginn der Verhandlungen kaum thematisiert oder

12 Vgl. Sherman, Heidemarie C.: Das MAI ist tot, es lebe das MAI?, in: ifo Schnelldienst, H. 36/1998, URL: http://www.cesifo-group.de/pls/guest/download/F68234/SD36_3.HTM [eingesehen am 16.09.2015].

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. Jehle, Christoph: Multilaterales Abkommen über Investitionen. CETA und TTIP sind keineswegs vom Himmel gefallen, URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/44/44004/1.html> [eingesehen am 16.09.2015]; Krätke, Michael R.: TAFTA: Das Kapital gegen den Rest der Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1/2014, S. 5–9, hier S. 5.

15 Vgl. Nachtwey, Oliver: Die globalisierte Revolte, in: Buchholz, Christine/Karrass, Anne/Nachtwey, Oliver/Schmidt, Ingo (Hrsg.): Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker, Köln 2002, S. 22–44, hier S. 26 f.

16 Vgl. Grefe, Christiane/Greiffath, Mathias/Schumann, Harald: attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?, Berlin 2002.

17 Vgl. Kafsack, Hendrik: Transatlantischer Wirtschafts(t)raum, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.04.2007.

18 Vgl. Ziener, Markus: TEC braucht mehr Biss, in: Handelsblatt, 26.10.2009, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/transatlantischer-wirtschaftsrat-tec-braucht-mehr-biss/3288020.html> [eingesehen am 16.09.2015]; Wettach, Silke: Transatlantischer Wirtschaftsrat kommt nicht in Schwung, in: Wirtschaftswoche, 02.11.2009, URL: <http://www.wiwo.de/politik/ausland/usa-eu-transatlantischer-wirtschaftsrat-kommt-nicht-in-schwung/5588798.html> [eingesehen am 16.09.2015].

problematisiert, ist ACTA in der Öffentlichkeit seit 2011/12 zunehmend kontrovers gesehen worden. Hauptkritikpunkt war, dass die Verhandlungen intransparent geführt würden.¹⁹ Infolge dieser vermuteten Opazität äußerten die Kritiker im Laufe der Zeit eine ganze Reihe an Befürchtungen und Ängsten, welche die Politik nicht zu entkräften in der Lage war. Vielmehr verschärfte und erweiterte sich hierdurch die Wahrnehmung eines vermeintlichen Bedrohungsfeldes, das von ACTA ausgehe und zahlreiche Politikfelder tangiere.²⁰ Anfang 2012 wurde von verschiedensten politischen Akteuren ein europäischer Aktionstag gegen ACTA organisiert. In insgesamt über 130 Städten wurde gegen das Abkommen demonstriert.²¹ Der öffentlichkeitswirksame Protest, der sich quer durch sämtliche Lager zog, sorgte schließlich 2012 dafür, dass sich eine große Mehrheit im Europaparlament doch noch gegen das Abkommen stellte und die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden.²² Parallel dazu wurden ab 2009 Verhandlungen zwischen der EU und Kanada über ein Freihandelsabkommen aufgenommen: das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA).

Unter Freihandelsgegnern gilt CETA als „Test“ für das große, übergeordnete transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA.²³ Inhaltlich behandelt CETA die gleichen Kategorien und Schwerpunkte wie TTIP – nur eben mit Kanada. CETA wurde während der Verhandlungen zwar auch kritisiert; aber fast ausschließlich aus wissenschaftlicher Perspektive und fast ausschließlich in Europa.²⁴ Proteste regten sich gleichsam kaum. In Kanada ist das Abkommen übergreifend begrüßt worden.²⁵ Als 2014 – kurz vor seiner Ratifizierung – TTIP zunehmend ins öffentliche Bewusstsein drang und Widerspruch hervorrief, geriet auch CETA in die Kritik. Dennoch ist das Abkommen 2014 ratifiziert worden und soll bis 2017 – unter Vorbehalten – in Kraft treten.²⁶

19 Vgl. Mann, Erika: Ein Trauerspiel namens Acta, in: Die Zeit, 31.03.2010.

20 Dies zeigt sich exemplarisch daran, wie unterschiedlich die Kritiken an ACTA allein zwischen zwei der größten Protest-Akteure gegen das Abkommen ausfielen: Die LINKE und Amnesty International; vgl. Die LINKE: Wissenschaftstransfer in Entwicklungsländern ermöglichen – Internetfreiheit wahren, ACTA stoppen! Beschluss des Geschäftsführenden Parteivorstandes vom 06. Februar 2012, URL: <https://web.archive.org/web/20120211053006/http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschlusse/wissenstransferentwicklungslaenderermoeglicheninternetfreiheitwahrenactastoppen/> [eingesehen am 17.09.2015]; Amnesty International: EU darf ACTA nicht unterzeichnen, URL: <http://www.amnesty.de/2012/2/14/eu-darf-acta-nicht-unterzeichnen?destination=startseite> [eingesehen am 17.09.2015].

21 Vgl. o. V.: Acta-Abkommen: Tausende protestieren für Netzfreiheit, in: Spiegel Online, 25.02.2012, URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/acta-abkommen-tausende-protestieren-fuer-netzfreiheit-a-817554.html> [eingesehen 17.09.2015].

22 Vgl. Gehlen, Dirk v.: Den digitalen Graben überwinden, in: Süddeutsche Zeitung, 04.07.2012.

23 Vgl. Kreuzfeldt, Malte: Eine gefährliche Blaupause, in: taz.de, 10.03.2014, URL: <http://www.taz.de/!5046771/> [eingesehen 17.09.2015].

24 Vgl. Pinzler, Petra: Warum Kanadier bald an einer Griechenland-Pleite verdienen könnten, in: Zeit Online, 02.03.2015, URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/ceta-ttip-freihandel-kritik> [eingesehen am 17.09.2015].

25 Vgl. Uken, Marlies: Kanadas Wachstumsbeschleuniger, in: Zeit Online, 26.09.2014, URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-09/freihandel-ceta-ttip> [eingesehen am 17.09.2015].

26 Vgl. Pinzler, Petra: CETA wird nicht mehr geändert, in: Zeit Online, 02.09.2015, URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/ttip-freihandels-abkommen-ceta-kanada> [eingesehen am 17.09.2015].

Gipfelproteste als Bühnen der Globalisierungskritik

Auch aus den bereits angeführten Protesten gegen Freihandelspolitik heraus formierten und erneuerten sich globalisierungskritische Bewegungen. Bereits in den 1980er Jahren gab es Proteste gegen Weltwirtschaftsgipfel.²⁷ In seiner Kritik an einer als neoliberal empfundenen Globalisierung steht das „Global Justice Movement“ sowohl in der Tradition der proletarischen Bewegung der antikolonialen Kämpfe der „Dritten Welt“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie verschiedener Solidarisierungsbewegungen mit dem globalen Süden als auch mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.²⁸ Dazu gehörten auch die um den Kristallisationspunkt „1968“ von Berlin bis Berkeley sich ausbildende „Neue Linke“ und die aus ihr hervorgehenden sozialen Bewegungen: z. B. die Friedens- und Ökologiebewegungen, eine wachstumskritische Bewegung; aber auch anti-imperialistische Impulse: z. B. die Anti-Vietnamkriegsbewegung, die bspw. den Bezugspunkt zur Solidarität mit den *Zapatistas* in den 1990er Jahren herstellte.²⁹ Die Anti-Globalisierungsbewegung kann somit als eine neue Ausdrucksform älterer Protestbewegungen³⁰, als eine „Bewegung aus Bewegungen“ (Dieter Rucht) begriffen werden.³¹

Proteste und Protestformationen suchen einen öffentlichen Ort, um einerseits ihre Positionen zu artikulieren und andererseits sich zu institutionalisieren und eine Form von Gemeinschaft zu begründen. Der entsprechende Ort, an dem und gegen den sich der Protest ausdrückt und sich der politische Protest manifestiert, wird über den rein symbolischen Charakter hinaus identitätsbegründend – er wird zum Ritual. Die globalisierungskritische Bewegung hat seit den 1990er Jahren die großen Bühnen ihres Protests am Rande der Gipfeltreffen gefunden.³² Ausgangspunkt hierfür war ein WTO-Gipfeltreffen in Seattle 1999. Hier kamen die verschiedenen Protestformationen der Globalisierungskritik erstmals zusammen und störten – letztlich erfolgreich – gemeinsam den Gipfel.³³ Der von weit über 50.000 Demonstranten getragene Protest³⁴ – der größte auf US-amerikanischem Boden seit dem Vietnamkrieg – war ein äußerst vielfältiger, an dem u. a. klassisch linke sowie gewerkschaftliche Gruppierungen gemeinsam

27 Eine Chronik der Proteste gegen die Treffen und Gipfel der G7/G8 findet sich bei Holzapfel, Miriam/König, Karin: Chronik der Anti-Globalisierungsprotesten, in: Mittelweg 36, H. 10/2001, S. 24–34; Pianta, Mario: Parallel Summits of Global Civil Society, in: Anheier, Helmut/Glasius, Marlies/Kaldor, Mary (Hrsg.): Global Civil Society, Oxford 2001, S. 169–194. Schon die Gipfel von Versailles 1982, London 1984, Bonn 1985, Venedig 1987 und Toronto 1988 waren von massiven Protesten, Gegenaktionen, und z. T. von Alternativgipfeln begleitet.

28 Vgl. Leggewie, Claus: Die Globalisierung und ihre Gegner, München 2003, S. 114.

29 Vgl. Rucht/Roth 2008, S. 495 f.; vgl. auch Banse, Frauke/Habermann, Friederike: Vom Ende der Globalisierungsbewegung – und dem, was kommt. Ein Rück- und Ausblick, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 25 (2012), H. 1, S. 51–60, hier S. 51.

30 Vgl. della Porta et al. 2006, S. 12.

31 Vgl. Rucht/Roth 2008, S. 496.

32 Daher auch wird die globalisierungskritische Bewegung teilweise mit dem Bild der „Gipfelstürmer“ charakterisiert; vgl. Rätz, Werner/Bergstedt, Jörg/Dellwo, Karl-Heinz/Baer, Willi: Attac. Gipfelstürmer und Straßenkämpfer, Hamburg 2010.

33 Vgl. Leggewie 2003, S. 114 ff.

34 Vgl. ebd.

mit Umweltaktivisten zusammenkamen.³⁵ Es kam zu Blockaden und Straßenschlachten, die zum Abbruch des Gipfels führten. Dieses Scheitern wurde ein symbolischer Erfolg des Protests – und Seattle zu einer Art Gründungsmythos der Anti-Globalisierungsbewegung. Weitere Gipfelproteste folgten diesem Beispiel. Den europäischen Auftakt machten die noch überwiegend von radikalen Linken dominierten Proteste gegen den EU-Gipfel in Prag im Jahr 2000. Mehr als 15.000 Demonstranten versuchten damals an die aus ihrer Sicht erfolgreichen Blockaden von Seattle anzuknüpfen; auch hier kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Keine zwei Monate später protestierten 100.000 Menschen gegen das Zusammentreffen der europäischen Regierungschefs in Nizza³⁶ – diesmal im Rahmen eines insgesamt friedlicheren Ablaufs. Anlässlich des im Januar 2001 abgehaltenen Weltwirtschaftsforums versammelten sich neben den linken Aktivisten erstmals auch die „reformorientierten Gegeneliten“³⁷, um im Rahmen eines Alternativgipfels zu diskutieren. Auf der von Attac organisierten Gegenkonferenz kamen vor allem die gemäßigten Kräfte zusammen, insbesondere kirchliche Gruppierungen, NGOs und Friedensinitiativen.

Die teils gewalttätigen Proteste gegen die Gipfel von Quebec und Göteborg wiesen bereits den Weg zum zweiten Schlüsseldatum der globalisierungskritischen Proteste und „Gipfelstürme“: zum G8-Gipfel in Genua 2001. Es wurde die bis dahin kraftvollste Demonstration der Bewegung – insgesamt nahmen bis zu 300.000 Menschen an den Aktionen in und um Genua teil.³⁸ Während des Gipfels kam es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen militanten Linken und der Polizei, in deren Folge der Aktivist Carlo Giuliani erschossen wurde. Seither gilt er als „Märtyrer“ der Bewegung.³⁹ Die massenmediale Verbreitung der Bilder aus Genua begünstigte die erweiterte globalisierungskritische Mobilisierung über das klassische linksradikale Lager hinaus;⁴⁰ man sprach von der Symbolkraft Genuas.⁴¹

Deutlich wird: Der globalisierungskritische Protest suchte sich zu institutionalisieren.⁴² Im April 2001 fand das erste Weltsozialforum in Porto Alegre statt, an dem rund 15.000 Aktivisten

35 Vgl. ebd. f. Dass dieses Bündnis zustande gekommen ist, erklärt Claus Leggewie vor allem mit der Schwäche der klassischen Arbeiterbewegung in den USA, die im Kampf gegen das „Corporate America“ und arbeits- und sozialpolitische Kürzungsmaßnahmen auf neue Bündnispartner angewiesen gewesen sei; vgl. ebd., S. 117 f.

36 Bei dieser EU-Konferenz ging es weniger um Marktliberalisierung. Hier deutete sich bereits an, dass sich diese Protestbewegung zu Teilen auch daraus speiste, ein Ausdruck des massenhaft verbreiteten Gefühls der Ohnmacht gegenüber Entscheidungsträgern zu sein.

37 Leggewie 2003, S. 59.

38 Vgl. Holzapfel/König 2001, S. 24–34.

39 Vgl. Braun, Michael: Carlo Giuliani, ein Junge, in: taz.de, 17.07.2011, URL: <http://www.taz.de/!5116232/> [eingesehen am 09.11.2015]; o. V.: Todesschuss auf Carlo Giuliani schockiert ganze Bewegung, in: Die Welt, 23.07.2001, URL: <http://www.welt.de/print-welt/article464769/Todesschuss-auf-Carlo-Giuliani-schockiert-ganze-Bewegung.html> [eingesehen am 09.11.2015].

40 Vgl. Rucht/Roth 2008, S. 498.

41 Vgl. etwa Lucke, Albrecht v.: Schröder goes Genoa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2001, S. 1159–1162.

42 Bei der Institutionalisierung und Vernetzung von Protesten (neben deren Vorbereitung und Mobilisierung) spielen besonders die involvierten Organisationen eine herausragende Rolle. Zur Institutionalisierung der globalisierungskritischen Bewegung vgl. Fisher, Dana R./Stanley, Kevin/Berman, David/Neff, Gina: How do Organizations Matter? Mobilization and Support for Participants at Five Globalization Protests, in: Social Problems, Jg. 52 (2005), H. 1, S. 102–121.

aus insgesamt 122 Ländern teilnahmen.⁴³ Diese Plattform sollte dazu dienen, über Verfehlungen einer als neoliberal bezeichneten Globalisierung zu diskutieren. Als letztes großes Gründungsereignis – neben Seattle, Genua und Porto Alegre – gilt das Europäische Sozialforum (ESF) vom November 2002, mit welchem nach dem Vorbild des Weltsozialforums auf europäischer Ebene der Globalisierungskritik Ausdruck verliehen werden sollte. So entstand und institutionalisierte sich eine junge transnationale Bewegung, in der freihandelskritische Positionen fest eingeschrieben waren und die sich die Losung „Eine andere Welt ist möglich“ gab.⁴⁴ Zu dieser Zeit wurde die Kritik an der Globalisierung zunehmend massentauglicher und populärer. In dem geistigen Umfeld der *No Globals* taten sich vor allem Intellektuelle und Autoren wie Noam Chomsky⁴⁵, Jean Ziegler⁴⁶, Antonio Negri⁴⁷, Joseph Stiglitz⁴⁸ oder Naomi Klein⁴⁹ hervor; die u. a. Armut, Arbeitsausbeutung, Hungersnöte, Kriege, Umweltverschmutzung und Ressourcenumgang sowie Verteilungsfragen ansprachen und zugleich für globale Fairness sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit eintraten. In Deutschland profitierten vor allem eher reformorientierte Teile der Globalisierungskritiker um Attac vom neuen Interesse an ihren Themen; zumal die Proteste gegen die Reformpolitik der rot-grünen Bundesregierung und den Irakkrieg die Bewegungen zusätzlich stärkte. Auch über Deutschland hinaus steigerten die Globalisierungskritiker ihre Dynamik und wuchsen an, wie später die Massenproteste gegen die EU-Gipfel in Barcelona (2002), Brüssel (2002) und den G8-Gipfel in Gleneagles (2005) sowie die zunehmende Popularität der Welt- und Europäischen Sozialforen dieser Jahre zeigen sollten.⁵⁰

Doch zugleich kam es zu einem Bruch, die Euphorie der Aufbruchphase ebte ab. Die in den westlichen Gesellschaften nicht mehr nur abstrakt empfundene Bedrohung durch den internationalen Terrorismus verdrängte globale Fragen der sozialen Gerechtigkeit als zentrales

43 Vgl. Schröder 2015.

44 Vgl. della Porta et al. 2006, S. 7. Donatella della Porta bestätigt in ihrer Untersuchung des ESF die Institutionalisierung der globalisierungskritischen Bewegung. Danach habe sich eine Struktur von Aktivist:innen verfestigt, die als Kern und „Multiplikator“ für die Bewegung agierten, die seit Jahren aktiv dabei seien und von denen regelmäßig Organisation und Mobilisierung der Gipfelproteste und Demonstrationen ausgehe; vgl. della Porta, Donatella: *Global Activists: Conceptions and Practices of Democracy in the European Social Forums*, WP 5 Report, *Democracy in Movement and the Mobilization of the Society*, Paper at the Annual Joint Sessions of the European Consortium for Political Research, Helsinki, May 2007, URL: <https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/514662d3-5b33-4d4a-88e0-5f8f3a3b3735.pdf> [eingesehen am 09.11.2015], S. 12 f.

45 Vgl. Chomsky, Noam: *Profit over People – Neoliberalismus und globale Weltordnung*, Hamburg 2000.

46 Vgl. Ziegler, Jean: *Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher*, München 2003.

47 Vgl. Hardt, Michael/Negri, Antonio: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a. M. 2002.

48 Vgl. Stiglitz, Joseph: *Die Schatten der Globalisierung*, München 2002.

49 Vgl. Klein, Naomi: *No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht – ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern*, München 2001.

50 Vgl. Beyeler, Michelle: *Was bewirkt Globalisierungskritik? Protestkampagnen gegen die Welthandelsorganisation und das Weltwirtschaftsforum*, Frankfurt a. M./New York 2013; van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan: *Who is that (Wo)man in the Street? From the Normalization of Protest to the Normalisation of the Protester*, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 39 (2001), H. 4, S. 461–486. Gleneagles markierte mit bis zu 300.000 Demonstranten neben Genua den Mobilisierungshöhepunkt der Bewegung; vgl. Gronau, Jennifer: *Die Selbstlegitimation internationaler Institutionen. G8 und G20 im Vergleich*, Frankfurt a. M. 2015, S. 67.

weltpolitisches Thema zügig von der Agenda.⁵¹ Damit zusammenhängend wurden Gipfeltreffen vermehrt in der übersichtlichen Peripherie abgehalten statt in den Großstädten. Nicht mehr Toronto (1988), Paris (1989), London (1991) oder Tokio (1993) hießen fortan die Orte der Zusammenkünfte der Gruppe der Sieben – bzw. der Gruppe der Acht (mit Russland) –, sondern Kananaskis (2002), Évian-les-Bains (2003) oder L'Aquila (2009). Nach den 9/11-Anschlägen verlegte man die Treffen von New York und Washington D. C. in ländliche Gegenden, in Urlaubs- und Erholungsorte fern der Metropolen, die einfacher zu überwachen, zu schützen, auch abzuriegeln waren und somit Gegenproteste erschwerten. Den Gipfelgegnern wurden damit die urbanen Protestplätze entzogen und somit ein guter Teil ihrer Möglichkeiten, massenmediale Resonanz zu erfahren. Auch aus diesem Grund blieben aufsehenerregende Demonstrationen fortan weitgehend aus.⁵²

Die Proteste in Heiligendamm 2007, von denen vornehmlich die Gewaltthematik transportiert wurde,⁵³ markierten einen neuen Höhepunkt der deutschen Gipfelproteste, sie waren ein massenmedial begleitetes Großereignis.⁵⁴ Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet reisten an – je nach Bericht waren es insgesamt 30.000⁵⁵ bzw. zwischen 40.000 und 80.000 Menschen.⁵⁶ Die Kampagnen verschiedenster linker und linksradikaler Gruppierungen verstanden es, das symbolische Gewicht eines G8-Gipfels in Dienst zu nehmen und den nötigen Kitt für lagerübergreifende Bündnisse zu schaffen. Wie einst in Seattle fanden hier Akteure nahezu des gesamten Protestspektrums zueinander – von der Ökologie- und Friedensbewegung bis hin zur antikapitalistischen Linken. So entstand ein „Experimentierfeld“⁵⁷ für Protestformen, das den netzwerkartigen Charakter der globalisierungskritischen Bewegungen widerspiegelte. Die integrative Kraft dieses neuen Bündnisses wird besonders anhand zweier heterogener Strömungen deutlich, die in der Vorbereitung der Proteste zueinander gefunden haben: linksradikale Gruppierungen und gewaltfreie Umweltinitiativen.⁵⁸ Den Höhepunkt bildete ein großer Protestzug, der durch das Bündnis „Block G8“ organisiert

51 Vgl. Fisher, Dana R.: Taking Cover Beneath the Anti-Bush Umbrella: Cycles of Protest and Movement-to-Movement Transmission in an Era of Repressive Politics, in: *Research in Political Sociology*, Jg. 15 (2006), S. 27–56.

52 Vgl. Finkbeiner, Florian/Geiges, Lars/Keune, Hannes/Schenke, Julian: G7-Gipfel: Protest in der Provinz, in: *Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung*, 03.06.2015, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/g7-gipfel-protest-in-der-provinz> [eingesehen am 10.11.2015].

53 Vgl. Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.): *Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien*, Frankfurt a. M. 2008.

54 Vgl. Mihm, Andreas: „Das gab es vorher noch nicht“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.06.2007, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ergebnisse-des-g-8-gipfels-das-gab-es-vorher-noch-nicht-1439940.html> [eingesehen am 15.07.2015].

55 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: *Extremistische Globalisierungskritik nach Heiligendamm*, Köln 2008, S. 8.

56 Vgl. o. V.: *Konsequenzen aus G8-Randale: Regierung will Autonome stärker überwachen*, in: *Spiegel Online*, 09.06.2007, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/konsequenz-aus-g-8-randale-regierung-will-autonome-staerker-ueberwachen-a-487609.html> [15.06.2015].

57 Vgl. dazu Schröder, Berit: *Heiligendamm 2007. Experimentierfelder in Zeiten der Umbrüche*, in: Haug, Christoph/Maier, Rudi/Schröder, Berit (Hrsg.): *Kampf um Teilhabe*, Hamburg 2008, S. 20–33.

58 Vgl. Peters 2014, S. 292.

wurde. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei⁵⁹, zu Straßenschlachten⁶⁰, bei denen rund 1.000 Menschen verletzt und über 100 festgenommen wurden.⁶¹ Mithilfe der sogenannten „Fünf-Finger-Taktik“⁶² wurden die Sicherheitsbereiche durchbrochen – was allgemein als Erfolg der Protestierenden betrachtet worden ist.⁶³ Aktivisten, die sich der Interventionistischen Linken (IL) zurechnen lassen, sprachen von einem „Fest der globalisierungskritischen Bewegung, des entschiedenen zivilen Ungehorsams und des rebellischen Widerstands“⁶⁴. Auch Attac, Greenpeace, IG-Metall und andere Organisationen lobten die Proteste als Ausdruck einer neuen Bündnisfähigkeit. Die globalisierungskritischen Bewegungen schienen sich in Deutschland endgültig etabliert zu haben.⁶⁵

Doch anders als die teils euphorischen Einschätzungen kurz nach den Protesten im Ostseebad nahegelegt haben, ist in den darauffolgenden Jahren – im Zuge der Bankenkrise – die Anzahl an Protesten und Protestierenden immer weiter zurückgegangen – und zwar weltweit. Gegen den Gipfel 2008 in Toyako wurde vor Ort überhaupt nicht demonstriert. Lediglich kam es in den Großstädten Tokio und Sapporo zu kleineren Demonstrationen mit insgesamt ca. 5.000 Menschen.⁶⁶ Im Jahr darauf tagte der Gipfel im italienischen L'Aquila. Staat, Polizei und Medien erwarteten hier ein zweites Genua.⁶⁷ Doch in L'Aquila selbst gingen letztlich nur ca. 3.000 bis 5.000 Demonstranten auf die Straße.⁶⁸ Die globalisierungskritische Bewegung in Italien war infolge von Streitigkeiten über den Kurs und die Form der Protestaktionen zersplittert. Auch aus anderen europäischen Ländern kam wenig Unterstützung:⁶⁹ 2010 traf sich die Gruppe der Acht in Huntsville und kurz darauf im Rahmen der G20 in Toronto. Während in

59 Vgl. Schröder 2008, S. 21 f.

60 Vgl. Narr, Wolf-Dieter: Die Gewalt der Demonstrationen – Nachträgliche Bedenken zum heiligen Damm-Ereignis vom 2. bis zum 8. Juni 2007, in: Rilling, Rainer (Hrsg.): Eine Frage der Gewalt. Antworten von links, Berlin 2008, S. 11–22, hier S. 12–15.

61 Vgl. o. V.: G8-Protest: Randalie in Rostock. 430 verletzte Polizisten, in: Spiegel Online, 02.06.2015, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g-8-protest-randalie-in-rostock-430-verletzte-polizisten-a-486280.html> [eingesehen am 15.07.2015]; Schlieben, Michael: Ein schwarzer Samstag, in: Zeit Online, 04.06.2007, URL: <http://www.zeit.de/online/2007/23/rostock-g8-kommentar> [eingesehen am 15.07.2015]; Haarhoff, Heike: Zahlenkrieg um die Verletzten, in: taz.de, 07.06.2007, URL: <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2007/06/07/a0178> [eingesehen am 16.07.2015].

62 Die „Fünf-Finger-Taktik“ bezeichnet die organisierte Teilung eines Demonstrationzuges in mehrere untereinander abgestimmte Gruppen, wodurch sich Konfrontationspunkte zwischen Protestierenden und Polizisten vervielfachen und dezentralisieren, mithin Lücken in den Polizeiketten entstehen, die dann von den Demonstrierenden durchdrungen werden können.

63 Vgl. Haunss, Sebastian: Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 25 /2012), H. 4, S. 6–16, hier S. 13.

64 Interventionistische Linke: Der Weg ist voller Windungen, aber das Ziel ist hell und klar, in: analyse & kritik, Jg. 37 (2007), H. 518.

65 So bspw. Schröder 2008, S. 31; vgl. auch Schoppengerd, Stefan: Praktische Globalisierungskritik in der BRD angekommen, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, H. 71/2007, URL: <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/637.praktische-globalisierungskritik-in-der-brd-angekommen.html> [eingesehen am 10.11.2015].

66 Vgl. Lee, Felix: „Stoppt den Biosprit-Wahn“. Proteste gegen den G8-Gipfel, in: taz.de, 06.07.2015, URL: <http://www.taz.de/!5179455/> [eingesehen am 18.07.2015].

67 Vgl. Seith, Anne: Gipfel in L'Aquila: G-8-Staaten kämpfen verzweifelt um Erfolge, in: Spiegel Online, 08.07.2009, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/gipfel-in-l-aquila-g-8-staaten-kaempfen-verzweifelt-um-erfolge-a-635061.html> [eingesehen am 16.09.2015].

68 Vgl. Walker, Julia/Gerhardt, Franziska/Wolf, Alex: G-8-Gipfel in L'Aquila: Wo sind die Demonstranten?, in: Spiegel Online, 09.07.2009, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/g-8-gipfel-in-l-aquila-wo-sind-die-demonstranten-a-635088.html> [eingesehen am 18.07.2015].

69 Vgl. Dingler, Catrin: Gipfel ohne Sturm, in: Jungle World, 16.07.2009, URL: <http://jungle-world.com/artikel/2009/29/35479.html> [eingesehen am 18.07.2015].

Huntsville kaum protestiert worden war, demonstrierten in Toronto über 10.000 Menschen.⁷⁰ Der nächste G8-Gipfel fand 2011 im französischen Deauville statt, wo ca. 5.000 Menschen demonstrierten.⁷¹ 2012 wurde der Gipfel von Chicago kurzfristig nach Camp David verlegt. Grund hierfür waren die Ausschreitungen beim NATO-Gipfel wenige Tage zuvor: Über 15.000 Menschen hatten gegen die US-amerikanische Außenpolitik demonstriert und ein Ende des Afghanistan-Einsatzes gefordert.⁷² Die Erwartungen in der globalisierungskritischen Bewegung waren hoch, diese Proteste auch zum Gipfel weiterzutragen;⁷³ doch kamen am Ende lediglich achtzig Demonstranten nach Camp David.⁷⁴ Der nächste Gipfel fand 2013 in Lough Erne statt; gegen ihn demonstrierten ca. 1.500 Menschen.⁷⁵ 2014 wandelte sich das Gipfelformat: Wegen des Russland-Ukraine-Konfliktes fand der G7-Gipfel nicht in Sotschi am Schwarzen Meer, sondern ohne den russischen Präsidenten Putin in Brüssel statt.⁷⁶ Die Ukraine-Krise und entsprechende Sanktionen waren die beherrschenden Themen;⁷⁷ protestiert wurde hier nur wenig.

G7-Protteste in Elmau im Juni 2015

Im Juni 2015 hat abermals ein Gipfeltreffen in Deutschland stattgefunden. Die beteiligten Protestgruppen hatten sich dabei schwergetan: bei der Ausrichtung der Aktionen, der Wahl der Protestorte und auch dabei, für die inhaltliche Positionierung einen gemeinsamen Kurs zu finden. Dies führte schließlich zur Bildung zweier Bündnisse, die jeweils eine zentrale Demonstration organisierten: eine in München (am 4. Juni) und eine in Garmisch (am 6. Juni). Vor allem in München spielte gerade das Freihandelsabkommen TTIP eine exponierte Rolle bei der Mobilisierung: Die Losungen lauteten etwa „TTIP stoppen! Klima retten! Armut bekämpfen!“ oder „Gib TTIP keine Chance“. Das Abkommen bezeichnete man als „Lizenz zum Plündern“ bzw. als „Wirtschafts-NATO“. Weder bei der Demonstration in München noch in

70 Vgl. o. V.: G20-Staaten verschärfen Spardruck, in: Neues Deutschland, 28.06.2010, URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/174053.g20-staaten-verschaerfen-spardruck.html> [eingesehen am 18.07.2015].

71 Vgl. Joeres, Annika: G8 in Deauville: Gipfel langweilt seine Gegner, in: Spiegel Online, 27.05.2011, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/g8-in-deauville-gipfel-langweilt-seine-gegner-a-765212.html> [eingesehen am 19.07.2015]; Pfohl, Manuela: Der Widerstand hat anderes vor, in: Stern, 26.05.2011, URL: <http://www.stern.de/politik/ausland/g8-gipfel-in-deauville-der-widerstand-hat-anderes-vor-3578608.html> [eingesehen am 19.07.2015].

72 Vgl. o. V.: Nato-Treffen: Tausende Kriegsgegner protestieren gegen Gipfel von Chicago, in: Spiegel Online, 21.05.2012, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/massendemonstration-bei-nato-gipfel-in-chicago-a-834096.html> [eingesehen am 19.07.2015].

73 Vgl. Böhnelt, Max: Alternativgipfel und Proteste in aller Abgeschiedenheit, in: Neues Deutschland, 18.05.2012, URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/227084.alternativgipfel-und-proteste-in-aller-abgeschiedenheit.html> [eingesehen am 19.07.2015].

74 Vgl. Gronau 2015, S. 67.

75 Vgl. Scheuermann, Christoph: Belfast vor dem G8-Gipfel: „Die Imperialisten kommen, und keiner macht was“, in: Spiegel Online, 16.06.2013, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/g-8-gipfel-in-belfast-keine-demonstrationen-in-nordirland-a-906009.html> [eingesehen am 19.07.2015].

76 Vgl. Denkler, Thorsten: Kleine Strafe für Putin, in: Süddeutsche Zeitung, 03.06.2014, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-in-bruessel-kleine-strafe-fuer-putin-1.1984447> [eingesehen am 19.07.2015].

77 Vgl. o. V.: G7 drohen Russland mit zusätzlichen Sanktionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.06.2014, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/gipfel-in-bruessel-g7-drohen-russland-mit-zusaetzlichen-sanktionen-12973077.html> [eingesehen am 19.07.2015].

Garmisch war „die Politik der G7“ das zündelnde, beherrschende und damit Protest mobilisierende Thema, wie unsere Demonstrationsbeobachtungen und -befragungen verdeutlicht haben; ein anderes Thema stand im Vordergrund: TTIP.

Getragen wurde die Münchener Großdemonstration u. a. von Campact, einigen NGOs wie dem BUND, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Oxfam Deutschland, den Naturfreunden Deutschland, der LINKEN und den Jungen Grünen. Dem Demonstrationsaufruf der Trägergruppen folgten etwa 30.000 bis 40.000 Menschen.⁷⁸ Eine zweitägige Konferenz, der „Internationale Gipfel der Alternativen“, begleitete als „Gegengipfel“ die Proteste.

Zur Demonstration in Garmisch rief das zweite Protestbündnis „Stop G7 Elmau“, von eher linken bis linksradikalen Zusammenschlüssen dominiert, auf. Neben für die Organisation wichtigen, klassisch linken Zusammenhängen wie der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und den ebenfalls stark engagierten NGOs und Verbänden (besonders der Bundeskoordination Internationalismus [BUKO], einem Dachverband von 120 dem „One World“-Gedanken verpflichteten Gruppen, und dem Jugendnetzwerk für politische Aktionen [JunepA]) zählten einige Antifa-Gruppen (etwa die Antikapitalistische Linke München), kirchliche Organisationen (pax christi, die Katholische Arbeitnehmerbewegung [KAB]), Die LINKE sowie einige Gewerkschaften (insbesondere ver.di Bayern und die GEW Bayern) zu den Unterstützern des Aufrufs. Zu dieser Demonstration fanden sich etwa 3.600 (laut der Polizei) bis 5.000 Teilnehmer (laut den Veranstaltern)⁷⁹ zusammen. Abgesehen von vereinzelten kleinen Auseinandersetzungen,⁸⁰ verlief der Protest weitgehend friedlich – was teils von Medien und teils von Politikern anders erwartet worden war. Vor allem die gewalttätigen Zusammenstöße der „Blockupy“-Demonstration in Frankfurt a. M. anlässlich der Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank im März 2015⁸¹ hatten ihnen als „Vorgeschmack“⁸² auf die G7-Proteste gegolten. Mehr als 20.000 Menschen hatten damals in der Mainmetropole gegen die EU-Krisenpolitik protestiert. Die Bilanz: Mehrere hundert Personen waren verletzt worden, darunter über 150 Polizisten; mehr als 500 Demonstranten waren vorübergehend festgenommen und über fünfzig Polizeifahrzeuge beschädigt worden.⁸³

78 Vgl. o. V.: München: Mehr als 30.000 Menschen protestieren friedlich gegen G7, in: Spiegel Online, 04.06.2015, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g7-gipfel-zehntausende-protestieren-friedlich-a-1037232.html> [eingesehen am 28.07.2015].

79 Vgl. o. V.: Massive Polizeipräsenz bei Anti-G7-Demo, in: tagesschau.de, 06.06.2015, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/protest-garmisch-101.html> [eingesehen am 28.07.2015].

80 Siehe ebd.

81 Vgl. o. V.: Vom Feuer zum brüchigen Frieden, in: Süddeutsche Zeitung, 18.03.2015, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/blockupy-protest-um-neue-ezb-zentrale-vom-feuer-zum-bruechigen-frieden-1.2399099> [eingesehen am 21.07.2015].

82 Vgl. o. V.: Polizei nach Blockupy: „Ein Vorgeschmack auf G7“, in: RP Online, 19.03.2015, URL: <http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/ezb-polizei-nach-blockupy-ein-vorgeschmack-auf-g7-aid-1.4955555> [eingesehen am 28.07.2015].

83 Vgl. Röttele, Stefan: EZB-Krawalle in Frankfurt: Blockupy drückt sich um Verantwortung, in: Spiegel Online, 19.03.2015, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/blockupy-bewegung-distanziert-sich-nicht-von-gewalt-a-1024534.html> [eingesehen am 21.07.2015].

Ähnliche Protestverläufe wie bei Blockupy hatte man nun auch in Bayern befürchtet.⁸⁴ „In Garmisch geht die Angst um“⁸⁵, hatte als nur ein Beispiel unter vielen der *Merkur* getitelt.

„Bunt und friedlich gegen den G7-Gipfel“⁸⁶ seien die Demonstrationen im Wesentlichen verlaufen, hielten Medien hinterher fest. Auch Protestverantwortliche gaben sich betont zufrieden. So bilanzierte etwa Benjamin Ruß vom Bündnis „Stop G7 Elmau“: „2015 gab es deutlich höhere Kosten, ein massives Polizeiaufgebot und ein repressives Vorgehen gegen die Proteste. Aber die Rechnung ging nicht auf [...]. Gleichzeitig lehnen immer mehr Menschen die inhumane und mörderische Kriegs- und Flüchtlingspolitik der G7-Staaten ab. Die Legitimation der G7-Gipfel bröckelt. Ich bin mir sicher, es wird so einen Gipfel in der Form nicht mehr in der Bundesrepublik geben.“⁸⁷

Trotz dieser zufrieden-euphorischen Deutung: Die beiden Bündnisse protestierten weitgehend separat. Zwar äußerten sie vereinzelt Unterstützungsbekundungen für das jeweils andere Bündnis, dennoch fanden die Fraktionen der Gipfelgegner nicht zueinander. Insbesondere die Frage nach dem Grad des zivilen Ungehorsams bzw. der Militanz während der Aktionen im Rahmen des Gipfels trennte die Bündnisse, wie z. B. auf Mobilisierungsveranstaltungen, etwa der fünften und letzten vorbereitenden Aktionskonferenz in München am 25. April 2015, deutlich wurde. Offenbar aus diesen Differenzen heraus entwickelten Beobachter aus Politik und Medien die Unterscheidung zwischen legitimem zivilgesellschaftlichen Protest des Münchener Bündnisses auf der einen Seite sowie linksautonomen „Krawallmachern“⁸⁸ in Garmisch und Umgebung auf der anderen Seite. Zudem wurde innerhalb der radikalen Linken anderer europäischer Staaten kaum für Garmisch mobilisiert. Auch waren die gut vernetzten kommunistischen Zusammenschlüsse „... ums Ganze!“ sowie die Interventionistische Linke – anders als noch in Heiligendamm – kaum bis gar nicht an der Organisation der Proteste beteiligt. Jedoch fanden sich bei den jeweiligen Mobilisierungskampagnen – neben der gemeinsamen Ablehnung von TTIP – weitere inhaltliche Gemeinsamkeiten. Bei der Rahmung ihres

84 Zu den Szenarien und Gewalterwartungen von Politik und Medien, um vermeintlich notwendig gewordene zusätzliche Sicherheitsaspekte rund um den Gipfel zu rechtfertigen, vgl. Frank, Marie: Stein um Stein, in: *Jungle World*, 26.03.2015, URL: <http://jungle-world.com/artikel/2015/13/51669.html> [eingesehen am 21.07.2015]. Doch auch Teile der Gipfelgegner setzten Videopassagen von den Blockupy-Aktionstagen ein, um damit für die Protestteilnahme zu mobilisieren. Wenngleich innerhalb der Protestbündnisse keinesfalls dominant, vgl. exemplarisch das Mobi-Video von Block G7, URL: <http://www.g7-mobi.org/> [eingesehen am 29.10.2015].

85 o. V.: Wilde Gerüchte kursieren. G7-Gipfel auf Schloss Elmau: In Garmisch geht die Angst um, in: *merkur.de*, 04.04.2015, URL: <http://www.merkur.de/lokales/garmisch-partenkirchen/landkreis/g7-gipfel-schloss-elmau-proteste-geht-garmisch-angst-4881025.html> [eingesehen am 29.07.2015]; o. V.: München: Mehr als 30.000 Menschen protestieren friedlich gegen G7, in: *Spiegel Online*, 04.06.2015, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g7-gipfel-zehntausende-protestieren-friedlich-a-1037232.html> [eingesehen am 28.07.2015] sowie o. V.: Angst vor Krawallen. G7 schadet Geschäften in Garmisch-Partenkirchen, in: *Abendzeitung München*, 28.05.2015, URL: <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt/angst-vor-krawallen-g7-schadet-geschaeften-in-garmisch-partenkirchen.4bc1dfe2-5800-442e-b08c-6e7a02755c8d.html> [eingesehen am 28.07.2015].

86 o. V.: Mehr als 30.000 Menschen protestieren friedlich gegen G7, in: *Spiegel Online*, 04.06.2015, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g7-gipfel-zehntausende-protestieren-friedlich-a-1037232.html> [eingesehen am 14.09.2015].

87 Vgl. Website des Bündnisses „Stop G7 Elmau“, URL: <http://www.stop-g7-elmau.info/> [eingesehen am 20.07.2015].

88 Vgl. o. V.: G7-Gipfel: Bund schließt Krawallversicherung ab, in: *merkur.de*, 12.05.2015, URL: <http://www.merkur.de/lokales/garmisch-partenkirchen/garmisch-partenkirchen/g7-gipfel-bund-schliesst-krawallversicherung-4918262.html> [eingesehen am 18.01.2016].

Protests bedienten sich die Gipfelgegner einer vergleichbaren Ansprache. Sie zielten auf die mangelnde demokratische Legitimation der Gipfeltreffen, auf die europäische Krisenpolitik im Hinblick auf Griechenland, warfen der NATO und anderen westlichen Bündnissen gar kriegerische Aggressionen gegen Russland und seine Verbündeten vor und mahnten den Kampf gegen Armut und Umweltverschmutzung an.

3. Die Anti-TTIP-Mobilisierung in Deutschland

Befragte man die Demonstranten in Garmisch und München, so wurde schnell klar, dass nicht zuvörderst das Treffen der Staats- und Regierungschefs selbst, sondern insbesondere das geplante Freihandelsabkommen TTIP als Kristallisationspunkt kritikwürdiger internationaler Politik galt. Vor allem bei der Münchener Demonstration am Fronleichnamstag konzentrierte sich der Protest gegen TTIP.⁸⁹ Campact-Vorstand Christoph Bautz zog ein überaus positives Fazit: „Merkels Plan, mit dem G7-Gipfel TTIP wieder fit zu machen, haben heute viele Tausende Menschen durchkreuzt.“⁹⁰ Eine breite und bunte Bürgerbewegung sei dagegen, dass mit TTIP und CETA die großen Konzerne noch mehr Macht erhielten, während man zugleich die Parlamente entmündigte. Gemeinsam, so Bautz, verteidige man die Demokratie und den Rechtsstaat „gegen die Googles und Monsanto dieser Welt“: „Heute haben wir Bürger den G7-Staatschefs klar gemacht: Mit TTIP und CETA kommt Ihr nicht durch.“⁹¹

Der Protest gegen TTIP setzte sich auch nach dem Gipfel in Bayern fort und hat seinen bisherigen Höhepunkt bei der großen „Stop TTIP“-Demonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin erreicht; daran beteiligten sich rund 250.000 Menschen. Dass der Protest gegen den geplanten Vertrag eine solche Dynamik in Europa und hier insbesondere in Deutschland entwickeln würde, war zunächst nicht abzusehen. Zwar waren viele der in den vergangenen Jahren initiierten Freihandelsabkommen von Unbehagen begleitet – wie oben gezeigt –; doch blieben Proteste vielfach aus.⁹² Bereits im Februar 2013 hatte US-Präsident Barack Obama in seiner Rede zur Lage der Nation angekündigt, dass die USA Verhandlungen mit der Europäischen Union wegen eines Freihandelsabkommens aufnehmen würden. Protest verursachte dies zu

89 Die Münchener Großdemonstration umfasste einen Trägerkreis, der neben den Internetaktivisten von Campact aus einigen NGOs wie dem BUND, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Oxfam Deutschland, den Naturfreunden Deutschland, der Partei Die LINKE und den Jungen Grünen bestand.

90 Pressemitteilung des Trägerkreises G7-Demo, 40000 bei Großdemo gegen G7, 04.06.2015, URL: <http://g7-demo.de/presse/pressemitteilungen/> [eingesehen am 15.09.2015].

91 Ebd.

92 „Jahrelang hat sich nie einer für Handelsverträge interessiert“, schreiben gar Bollmann, Ralph/Nienhaus, Lisa: Da läuft etwas aus dem Ruder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.02.2015.

diesem Zeitpunkt indes weder diesseits noch jenseits des Atlantiks. Wie kam es dann aber zum plötzlichen Massenprotest gegen TTIP Anfang Oktober 2015? Im Folgenden soll die Vorgeschichte der Protestmobilisierung ab Dezember 2013 gegen ein Abkommen betrachtet werden, das im Verlauf des darauffolgenden Jahres 2014 – und im Gegensatz zu früheren freihandelspolitischen Initiativen – zu einem politischen Großthema mit breiter öffentlicher Aufmerksamkeit avancierte.

„Politik gegen den Bürger“

Infolge der gestiegenen medialen Aufmerksamkeit und des lauter werdenden Unmuts gerieten das Freihandelsabkommen sowie die es verteidigenden EU-Institutionen besonders im Verlauf des Jahres 2014 zunehmend in die Kritik. Immer häufiger wurde TTIP als Instrument undemokratischer Machtpolitik im Interesse der großen Unternehmen verstanden, das dem Interesse der Bürger diametral entgegengesetzt sei.⁹³ Hier ist der Netzaktivismus der TTIP-Gegner besonders entscheidend gewesen für die breite Streuung kritischer Perspektiven – einen Weg, den die TTIP-Befürworter (noch) weniger stark nutzen.⁹⁴ Besonders Campact, das in beiden großen Bündnissen eine zentrale Rolle einnimmt und nach eigenen Angaben über mehr als 1,7 Millionen Mitstreiter verfügt,⁹⁵ organisierte die professionelle Netzkampagne. Andere Stopp-TTIP-Aktivist*innen widersprechen der zentralen Rolle des Internets für die Mobilisierung;⁹⁶ dennoch fällt auf, dass konkurrierende positive Imagekampagnen der EU-Kommission sowie der Bertelsmann-Stiftung zu diesem Zeitpunkt nicht in Öffentlichkeit und Online-Medien gelangt sind.⁹⁷ Gegen die US-Werbekampagnen der letztgenannten Stiftung etwa sammelte bis zum 9. Juli 2015 allein die Online-Plattform LobbyControl 18.969 Unterschriften.⁹⁸ Ein offenbar effektiver, von einer Welle öffentlicher Aufmerksamkeit getragener Einstellungswandel konnte bei diversen politischen Akteursgruppen erreicht werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bspw. äußerte im April 2013, dass TTIP angesichts der ablehnenden Haltung der USA zu Arbeitnehmerrechts-Standards der internationalen

93 Vgl. Pinzler, Petra: Wenn die Bürger nerven. Brüssel hat das Bürgerbegehren zur Handelspolitik abgelehnt – taktisch geschickt, politisch dumm, in: Die Zeit, 19.09.2014.

94 Vgl. Bauer, Matthias: Klicks gegen TTIP. Netzaktivismus als Mittel zur Massenmobilisierung, in: Analysen & Argumente, H. 174, Berlin 2015.

95 Stand: 30.11.2015, URL: <https://www.campact.de>.

96 Vgl. Werdermann, Felix: Der neue Anti-TTIP-Protest, in: Der Freitag 21/2014. URL: <https://www.freitag.de/autoren/felix-werdermann/der-neue-anti-ttip-protest> [eingesehen am 17.09.2015].

97 Vgl. European Commission: The top 10 myths about TTIP. Separating fact from fiction, Luxemburg 2015, URL: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/march/tradoc_153266.pdf [eingesehen am 17.09.2015]. Vgl. außerdem etwa Schoof, Ulrich: USA und gesamte EU würden von transatlantischem Freihandelsabkommen erheblich profitieren. Bertelsmann Stiftung untersucht die Folgen für 126 Staaten – Verlierer wären traditionelle Handelspartner und Entwicklungsländer. Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung vom 17.06.2013, URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse-startpunkt/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/usa-und-gesamte-eu-wuerden-von-transatlantischem-freihandelsabkommen-erheblich-profitieren/> [eingesehen am 21.07.2015].

98 Vgl. Müller, Ulrich: Aktion: TTIP-Werbung der Bertelsmann-Stiftung, in: lobbycontrol.de, 20.05.2014, URL: <https://www.lobbycontrol.de/2014/05/aktion-ttip-werbung-der-bertelsmann-stiftung-stoppen/> [eingesehen am 17.09.2015].

Arbeitsorganisation (ILO) kritisch eingeschätzt werden müsse.⁹⁹ Die Kritik war konkret, sie bemühte sich, in die laufenden Verhandlungen zu intervenieren und das Ergebnis politisch zu beeinflussen.¹⁰⁰ Etwa ein Jahr später hingegen, im Mai 2014, hieß es vonseiten des DGB-Bundeskongresses: Die TTIP-Verhandlungen müssten vollständig ausgesetzt werden, bis eine umfassende Neuausrichtung vorliege; das geplante Abkommen schädige Arbeitnehmer und Verbraucher, ja die gesamte Umwelt.¹⁰¹

Erst kurz zuvor hatten sich erste vage Anzeichen einer sich zu verbinden begriffenen Anti-TTIP-Protestbewegung gezeigt – indes blieb es bis etwa Mitte 2014 des darauffolgenden Jahres relativ still. Der Beginn der konkreten Verhandlungen im Jahr 2013 wurde flankiert von Studien, die TTIP insgesamt positiv bewerteten und ab dem Januar desselben Jahres erschienen.¹⁰² Sie äußerten deutlich positive Erwartungen, insbesondere einen Anstieg des EU-Bruttoinlandsproduktes zwischen 68 und 119 Milliarden Euro jährlich im Falle der vollständigen Umsetzung bzw. einen insgesamt stärkenden Einfluss auf die globale Wirtschaft.¹⁰³ Demnach wäre die Bundesrepublik insgesamt einer der Hauptprofiteure des TTIP-Abkommens.¹⁰⁴ Es folgten, zumeist initiiert von linken bzw. grünen Parlamentariern und ihnen nahestehenden Stiftungen, gegenteilige Studien; diese mahnten insbesondere kurz-, mittel-, und langfristige Kosten der Übergangsphase an und äußerten Zweifel an den prognostizierten Wohlfahrtseffekten, aber auch Warnungen vor dem drohenden Verlust demokratischer Kontrolle von großen Unternehmen, etwa durch geplante Schiedsgerichtsbarkeiten.¹⁰⁵ Zunehmend wurde

99 Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund: Statement of the German Trade Union Confederation (DGB) Concerning the Planned Negotiations for a Transatlantic Trade and Investment Partnership Between the EU and the US (TTIP), 29.04.2013, URL: <http://www.dgb.de/themen/++co++b803bbb0-9a17-11e3-a1f3-52540023ef1a> [eingesehen am 17.11.2015].

100 Vgl. Mayer, Hartmut: Between ‚NATO for Trade‘ and ‚Pride in Angst‘: The German TTIP Debate and its Spill-over into Wider Transatlantic Concerns, in: Morin, Jean-Frédéric et al.: The Politics of Transatlantic Trade Negotiations. TTIP in a Globalized World, Farnham/Burlington 2015, S. 45–57, hier S. 54.

101 Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund: Freihandelsverhandlungen mit den USA aussetzen. Kein Abkommen zu Lasten von Beschäftigten, Verbrauchern oder der Umwelt, 15.05.2014. URL: <http://www.dgb.de/themen/++co++0643b170-08d3-11e4-b547-52540023ef1a> [eingesehen am 17.11.2015].

102 Im Januar 2013 erscheint hier Felbermayr, Gabriel et al.: Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA, ifo Institut/Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, München 2013; im März Francois, Joseph et al.: Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment. An Economic Assessment, Centre for Economic Policy Research, London 2013. Die Bertelsmann Stiftung spricht im Juni 2013 im Anschluss an die Studie des ifo Instituts davon, dass EU und USA vom Abkommen „erheblich profitieren“ würden; vgl. Schoof, Ulrich: USA und gesamte EU würden von transatlantischem Freihandelsabkommen erheblich profitieren. Bertelsmann Stiftung untersucht die Folgen für 126 Staaten – Verlierer wären traditionelle Handelspartner und Entwicklungsländer. Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung vom 17.06.2013, URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse-startpunkt/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/usa-und-gesamte-eu-wuerden-von-transatlantischem-freihandelsabkommen-erheblich-profitieren/> [eingesehen am 21.07.2015]. Im August 2013 wird eine positiv urteilende Studie der Deutschen Bank veröffentlicht, die wirtschaftliche Chancen hervorhebt, aber auch auf politische Schwierigkeiten hinweist; vgl. Deutsch, Klaus Günter: Atlantische Einheit im weltweiten Wettbewerb. TTIP in Perspektive, in: EU Monitor Europäische Integration, Deutsche Bank Research, Frankfurt a. M. 2013; im September und Oktober erscheinen weitere apologetische Veröffentlichungen der Bertelsmann Stiftung; vgl. Schoof, Ulrich: Von transatlantischem Freihandelsabkommen profitieren alle Bundesländer, Branchen und Einkommensgruppen. Studie der Bertelsmann Stiftung rechnet mit 160.000 neuen Arbeitsplätzen / Gewinner wären vor allem das produzierende Gewerbe in NRW, Bayern und Baden-Württemberg. Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung vom 04.10.2013. URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse-startpunkt/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/von-transatlantischem-freihandelsabkommen-profitieren-alle-bundeslaender-branchen-und-einkommensgru/> [eingesehen am 21.07.2015]; Barker, Tyson et al.: TTIP and the Fifty States: Jobs and Growth from Coast to Coast. Atlantic Council/Bertelsmann Foundation/British Embassy in Washington, Washington, D. C. 2013.

103 Vgl. Francois 2013, S. 95 f. Vgl. Außerdem Felbermayr et al. 2013, S. 16.

104 Vgl. Weeber, Joachim et al.: TTIP – Theoretische Grundlagen, Maßnahmen und Wirkungen, in: Arbeitspapiere der Nordakademie Nr. 08, Elmshorn 2014, S. 11.

105 Vgl. Raza, Werner: ASSESS_TTIP: Assessing the Claimed Benefits of the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). OFSE Austrian Foundation for Development Research, Wien 2014. Vgl. auch Beck, Stefan/Scherrer, Christoph: Das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA. Arbeitspapier 303, Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2014, S. 63–66.

überdies vor dem Abbau von nationalen arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen, von Verbraucher- und Umweltschutz gewarnt.¹⁰⁶

Zusammengefasst stehen sich damit zwei verschiedene Perspektiven wissenschaftlicher Studien gegenüber, die unterschiedlichen kalkulatorischen Modellen folgen. Sabine Stephan fasst zusammen: „In der öffentlichen Debatte haben die Ergebnisse der großen Studien ein großes Gewicht, weil sie der Anschein von Objektivität und Verlässlichkeit umgibt. Dabei gerät aus dem Blick, dass es sich bei den Zahlen nicht um harte Fakten, sondern um die Ergebnisse von Modellrechnungen handelt, die stark von den zugrunde liegenden Annahmen abhängen.“¹⁰⁷ Insofern: Keine wissenschaftliche Prognose hat bisher vermocht, diesen Streit verbindlich zu entscheiden.

Die Proteste gegen TTIP blieben zunächst punktuell, sporadisch, noch weitgehend unverbunden. „Es gibt eine Umweltbewegung, es gibt eine Friedensbewegung, aber es gibt keine Anti-Freihandels-Bewegung“¹⁰⁸, lässt sich rückblickend über diese Zeit sagen. Zivilgesellschaftliche Opposition regte sich 2013 nur vereinzelt. Hier wäre etwa Pia Eberhardt vom Corporate Europe Observatory (CEO) in Brüssel zu nennen, die als „das Gehirn der Bewegung von links gegen TTIP“¹⁰⁹ bezeichnet worden ist. Sie hat sich bereits seit Bekanntwerden konkreter Verhandlungspläne als Lobbyistin im EU-Parlament gegen TTIP und den Einfluss großer Unternehmen auf die EU-Politik engagiert.¹¹⁰ Sie ist somit sowohl Expertin als auch Aktivistin und arbeitet daran, andere Organisationen von ihrer Opposition zu überzeugen.¹¹¹ Im Juni 2013 wurde ein erstes deutschsprachiges Positionspapier verschiedener NGOs (Attac, Campact, BUND, NABU, WEED) unter dem Titel „TTIP – Nein Danke!“ verfasst.¹¹² Zu diesem Zeitpunkt handelte es sich bei TTIP im öffentlichen Diskurs eher noch um eine Art Nischenthema; das Vierbuchstaben-Abkommen war weitgehend unbekannt. Der Zusammenschluss weitete sich später aus zum NGO-Bündnis „TTIP unfairhandelbar“¹¹³. Vor allem Attac war hier (publizistisch) sehr aktiv: Im Juli 2013 veröffentlichte die Organisation „38 Argumente gegen

106 Vgl. o. V.: TTIP: Streitpunkt Freihandel. Wohlstand für alle oder Aushöhlung des Rechtsstaates?, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 22.05.2014, URL: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/184807/ttip-streitpunkt-freihandel> [eingesehen am 31.07.2015]

107 Stephan, Sabine: TTIP – Das Märchen vom Wachstums- und Beschäftigungsmotor, in: WISO direkt. Analysen und Konzepte der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014, S. 4.

108 Werdermann 2014.

109 Bollmann, Ralph/Nienhaus, Lisa: Da läuft etwas aus dem Ruder. Politik und Medien haben lange nicht gemerkt, wie explosiv das Thema Freihandel werden kann. Als sie es schließlich erkannten, war es fast schon zu spät. Eine Rekonstruktion der Anti-TTIP-Kampagne, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.02.2015, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/freihandelsabkommen-eu-usa-chronik-des-anti-ttip-protests-13442387.html> [eingesehen am 23.07.2015].

110 Vgl. Kreuzfeldt, Malte: Gefragtes Gesicht des Widerstands, in: taz.de, 22.05.2014, URL: <http://www.taz.de/!5041757/> [eingesehen am 17.11.2015].

111 Vgl. ebd.

112 Vgl. Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.): „TTIP“ NEIN DANKE! TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT GEHT ANDERS, Berlin 2013, URL: http://www.dnr.de/downloads/pospap_ttip_fin.pdf [eingesehen am 17.09.2015].

113 Vgl. die Website des Bündnisses, URL: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/> [eingesehen am 17.09.2015].

TTIP, CETA und TiSA¹¹⁴, ferner wurde zunehmender Einspruch gegen CETA und TTIP formuliert,¹¹⁵ teilweise qua Einordnung der beiden Abkommen als neue Episoden „neoliberaler“ Globalisierung.¹¹⁶ Im Oktober desselben Jahres wurde das damals noch parallel verhandelte CETA-Abkommen als „Blaupause“ für TTIP bezeichnet.¹¹⁷ Im Juli und November 2013, kurz nach der ersten TTIP-Verhandlungsrunde, erschienen jeweils gemeinsame Briefe mit gesammelten Kritikpunkten verschiedener europäischer und nordamerikanischer NGOs (hauptsächlich Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen sowie Attac), die den Protest gegen TAFTA und TTIP zum Ausdruck brachten.¹¹⁸ In diesen Briefen sorgte man sich um Nahrungsmittelqualität, die Sicherheit sozialer Lebensverhältnisse und der Versorgung sowie den Klimaschutz. Im Dezember 2013 richtete sich ein ähnlicher Brief der Organisation Global Marshall Plan Initiative, gemeinsam mit europäischen und amerikanischen NGOs verfasst, an den damaligen EU-Handelskommissar Karel De Gucht und den US-Handelsbeauftragten Michael Froman.¹¹⁹ Darin wurde insbesondere eine drohende „Paralleljustiz“, die TTIP ermögliche, kritisiert.

Besonders Campact ging in der Folge mit dem aufsteigenden Thema „TTIP“ eine besondere Symbiose ein und wuchs allmählich zur führenden professionellen Kampagnenmacherin heran. Bis zum Dezember 2013 konnte die Organisation 250.000 Unterschriften zur Überreichung an Handelskommissar De Gucht sammeln. Die massenmediale Repräsentation der Unterschriftenaktionen und der Thematisierung im Rahmen des Europawahlkampfes 2014 schien hier eine wichtige Katalysatorfunktion erfüllt zu haben: Im Verlauf des Jahres 2014 explodierte die Berichterstattung in der deutschen Presselandschaft nahezu,¹²⁰ und in deutlich paralleler Weise war ein Erwachen der Protestdynamik zu beobachten.

2014 fanden schließlich erste Kundgebungen und Demonstrationen statt. Das „Seattle to Brussels Network“, Mitglied im Bündnis „Stop TTIP“, koordiniert europäische Anti-TTIP-Proteste.¹²¹ Es wirft der EU eine zu stark von Unternehmensinteressen beeinflusste Agenda vor.

114 Vgl. Klimenta, Harald et al.: 38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co. – Für einen zukunftsfähigen Welthandel, Hamburg 2015. Vgl. außerdem die Website von Attac: <http://www.attac.de/38/38-argumente-gegen-tisa-ceta-und-ttip/> [eingesehen am 17.09.2015].

115 Vgl. Attac Deutschland: Freihandelsabkommen: CETA OFFEN LEGEN, TTIP STOPPEN! Geheimverhandlungen mit Kanada als Blaupause für Abkommen mit USA, in: Website von Attac Deutschland, URL: http://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/freihandelsabkommen-ceta-offen-legen-ttip-stoppen/?no_cache=1&cHash=c1d7aada39991040449c577f945bd543 [eingesehen am 17.09.2015].

116 Vgl. Stierle, Steffen: TTIP – Worum geht es?, 2013, URL: <http://blog.attac.de/ttip-worum-geht-es/> [eingesehen am 17.09.2015].

117 Vgl. Attac Deutschland: Freihandelsabkommen: CETA OFFEN LEGEN, TTIP STOPPEN! Geheimverhandlungen mit Kanada als Blaupause für Abkommen mit USA, in: Website von Attac Deutschland. URL: http://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/freihandelsabkommen-ceta-offen-legen-ttip-stoppen/?no_cache=1&cHash=c1d7aada39991040449c577f945bd543 [eingesehen am 17.09.2015].

118 Vgl. Greenpeace/Transatlantic Consumer Dialogue (TACD): Offener Brief (o. T.), 2013, URL: <http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2013/11/TTIP-TAFTA-CROSSBORDER-LETTER-11-11-131.pdf> [eingesehen am 17.09.2015].

119 Vgl. o. V.: Global Marshall Plan Initiative und 140 Organisationen weltweit zeichnen Brief gegen paralleles Rechtssystem in TTIP, in: Website der Global Marshall Plan Initiative, 20.12.2013, URL: <http://www.globalmarshallplan.org/global-marshall-plan-initiative-zeichnet-transatlantischen-brief> [eingesehen am 17.09.2015].

120 Vgl. ebd.

121 Vgl. Website des Bündnisses, URL: <http://www.s2bnetwork.org/> [eingesehen am 17.09.2015].

Neben vielen US-amerikanischen Organisationen sind auch einige deutsche Mitglied, etwa Attac, Powershift, WEED und Oxfam. Für April war ein „globaler Aktionstag“¹²² angesetzt. Laut Attac waren rund 700 Aktionen in etwa 45 Ländern geplant, davon alleine 230 in Deutschland. Stattgefunden haben die deutschen Proteste vor allem in zwanzig Städten in Nordrhein-Westfalen;¹²³ die größte Demonstration mit 20.000 Teilnehmern fand in München statt.¹²⁴ Man warf den Verhandlungsführern Intransparenz vor, kritisierte die geplante Investitionsschutzklausel (meist zusammengefasst als „Schiedsgerichte“), forderte vor allem strikte soziale wie ökologische und Verbraucherschutzstandards für Europa. Im Mai 2014, kurz vor der Europawahl, wurde erstmals vermutet, die TTIP-Gegner könnten bereits eine neue gemeinsame Bewegung bilden.¹²⁵ Alessa Hartmann, Referentin für internationale Handelspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung und Koordinatorin von „TTIP unfairhandelbar“, sagt rückblickend über diesen Zeitpunkt: „Wir wussten: Da kommt was Großes auf uns zu, da müssen wir was Großes machen.“¹²⁶ Angesichts der Veröffentlichung von Geheimdokumenten aus den Verhandlungsrunden stiegen Aufmerksamkeit und auch Empörung über TTIP in den folgenden Wochen erneut an. Besonderes Augenmerk lag fortan auf dem Vorwurf, die Verhandlungen seien intransparent. In Brüssel haben sich 120 NGOs zu einer „Europäischen Bürgerinitiative“ (EBI) vereinigt, welche die Abkommen CETA und TTIP verhindern will. Auch „TTIP unfairhandelbar“ und „Stop TTIP“ sowie ein großer Teil ihrer Mitunterzeichner und Träger gehören dieser Initiative an.¹²⁷ Im Mai 2014 wurde darüber hinaus eine weitere gemeinsame Erklärung „Europäisches Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen – Gemeinsam gegen TTIP!“ verabschiedet, an der u. a. Attac, Greenpeace, Campact und Powershift teilnahmen.¹²⁸ Als im September 2014 das gegen TTIP und CETA gerichtete Bürgerbegehren eines gesamteuropäischen Zusammenschlusses von 230 Initiativen von der Europäischen Kommission abgelehnt wurde, nahm die Kritik am gesamten Unterfangen abermals deutlich zu,¹²⁹ sodass

122 Vgl. Website von „trade4people“, URL: <https://www.trade4people.org/> [eingesehen am 25.11.2015].

123 Vgl. Crumbach, Conny: Aufstand gegen den Freihandel, in: WDR aktuell, 18.04.2015, URL: http://www1.wdr.de/themen/aktuell/xy_politik/ttip-aktionstag100.html [eingesehen am 17.09.2015].

124 Vgl. o. V.: Zehntausende protestieren gegen TTIP, in: Zeit Online, 18.04.2015, URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-04/freihandelsabkommen-ttip-protest-tag-europa> [eingesehen am 17.09.2015].

125 Vgl. Werdermann 2014.

126 Zit. nach ebd.

127 Vgl. Website des Bündnisses „TTIP unfairhandelbar“, URL: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/ebi/> [eingesehen am 17.09.2015] sowie Website des Bündnisses „Stop TTIP“, URL: <https://stop-ttip.org/de/unterschreiben/> [eingesehen am 17.09.2015]. Vgl. auch Sauer, Stefan: Gegner bündeln ihre Kräfte, in: Berliner Zeitung, 15.07.14, URL: <http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/protest-gegen-das-freihandelsabkommen-gegner-buendeln-ihre-kraefte,10808230,27819846.html> [eingesehen am 17.09.2015].

128 Vgl. o. V.: Europäisches Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen – Gemeinsam gegen TTIP!, in: Website der Global Marshall Plan Initiative, 22.05.2014, URL: <http://www.globalmarshallplan.org/europaeische-zivilgesellschaftliche-organisationen-gegen-ttip> [eingesehen am 17.09.2015].

129 Vgl. ebd.

am 11. Oktober 2014 ein „europäischer Aktionstag gegen TTIP, CETA & TiSA“¹³⁰ stattfand. In vielen deutschen Städten kam es zu einigen kleineren dezentralen Aktionen (etwa Unterschriftensammlungen). Das Jahr endete mit einer entschlossenen und stetig wachsenden Protestszenerie, die sich keinesfalls vom erfolgreichen Abschluss der CETA-Verhandlungen (im September 2014) demoralisieren ließ. Hierzu zählen seither auch lokale Anti-TTIP-Bündnisse vor allem in Süddeutschland, die sich zumeist aus regionalen Organisatoren und Aktivisten sowie Kommunalpolitikern zusammensetzen.

Mitte Januar 2015 ereignete sich in Berlin die traditionell im Rahmen der „Internationalen Grünen Woche“ stattfindende Demonstration „Wir haben es satt“, die sich in diesem Jahr ausdrücklich auch gegen TTIP wandte.¹³¹ Dabei demonstrierten Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen sowie globalisierungs- und wachstumskritische Gruppen, geschätzt etwa 50.000 Menschen.¹³² Die *FAZ* titelte: „Da läuft etwas aus dem Ruder.“¹³³ Die verschiedensten Protestgruppen seien nun zunehmend in der Lage, den vielfältigen Ungewissheiten des Freihandelsabkommens mit unversöhnlichem Einspruch zu begegnen: „Ja, der Protest ist mittlerweile fast überall. Undemokratische Schiedsgerichte, Genmais, Chlorhühnchen, die Verwüstung der europäischen Kulturlandschaft – das fürchten beileibe nicht nur Sozialdemokraten.“¹³⁴

An verschiedenen Orten fanden Vorträge und Podiumsdiskussionen statt. Oft waren sie gestaltet wie am 18. Juni 2015 im Amerika-Haus München.¹³⁵ Ein übergreifendes Bündnis – in diesem Fall: „STOP TTIP München“ – lud dazu ein. Zur Diskussion erschienen Vertreter der Presse (hier die *SZ*-Wirtschaftsredakteurin Silvia Liebrich), der Politik (hier der EU-Abgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner, ÖDP) sowie TTIP-kritischer NGOs (hier Roman Huber, Vorstand von Mehr Demokratie e. V., sowie Gertraud Garfus, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V.). Eher selten erschienen hingegen ausdrückliche Befürworter des Abkommens (in diesem Fall der amerikanische Generalkonsul William E. Moeller und der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Bertram Brosardt); und wenn sie es taten, hatten sie es von Anfang offenkundig schwer – nachzulesen im Veranstaltungsprotokoll des Münchener Bündnisses: „Die 500 Zuschauer kommentierten die

130 Vgl. o. V.: Machen Sie mit beim europäischen Aktionstag gegen TTIP, CETA & TiSA!, in: Website der Global Marshall Plan Initiative, 17.09.2014, URL: <http://www.globalmarshallplan.org/europaeischer-aktionstag-gegen-ttip-ceta-tisa> [eingesehen am 17.09.2015].

131 Vgl. URL: <http://www.wir-haben-es-satt.de/start/presse/> [eingesehen am 17.09.2015].

132 Vgl. o. V.: Fotostrecke – der Marsch der Bio-Jünger, in: Spiegel Online, 17.01.2015, URL: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/agrarwende-demonstranten-gegen-massentierhaltung-und-gentechnik-fotostrecke-122957.html> [eingesehen am 23.07.2015].

133 Ebd.

134 Ebd.

135 Vgl. Website des Bündnisses „Stop TTIP München“, URL: <http://stop-ttip-muenchen.de/bericht-zur-podiumsdiskussion-im-amerika-haus-am-18-06-2015/> [eingesehen am 25.11.2015].

Darlegung der weitreichenden Gefahren mit lebhafter Zustimmung. Die beiden Befürworter fanden nur wenige Fans im Publikum, bekamen nach den zwei Stunden aber respektvollen Applaus.¹³⁶ Besonders die seit dem Protest gegen das Großprojekt Stuttgart 21 bekannte Organisation „Mehr Demokratie“, die sich seit 1988 für direktdemokratische Initiativen auf allen politischen Ebenen einsetzt, organisiert regelmäßig, meist mehrere Veranstaltungen pro Monat zur Unterstützung der „Stop TTIP“-Kampagne. Für den Zeitraum von Dezember 2015 bis Februar 2016 stehen zehn Termine auf dem Programm, die sich mit ihren Schwerpunkten zumeist auf das prekäre Verhältnis von Freihandelsabkommen und Demokratie beziehen.¹³⁷ Neben Podiumsdiskussionen und Vorträgen sind Forderungspapiere und Unterschriftenaktionen ebenfalls Teil des Protests. Das Netzwerk „trade4people“ rief für den Zeitraum vom 10. bis 17. Oktober 2015 zur „International Days Action“ auf, die auch bis über den Atlantik gespannt war (zwanzig Aktionen in Europa, zwei in den USA).¹³⁸ Der Tag war als weiterer europaweiter Aktionstag gedacht; in Deutschland fiel der Protest offenkundig am entschlossensten aus – das geht aus der Mobilisierungsstärke, der schlechten Reputation des Abkommens in der Bundesrepublik, der mehrfachen Überlappung mit politischen Grundsatzfragen¹³⁹ und der Breite des hiesigen Protests hervor. Im Vorfeld der Berliner Demonstration, an der sämtliche der aufgestellten Bündnisse teilnahmen, hatte das größte Bündnis „Stop TTIP“ im Rahmen der bereits erwähnten Europäischen Bürgerinitiative Online-Unterschriften gesammelt: Die Zustimmung zur Forderung „Handelsabkommen gemeinsam stoppen“ zählte am 6. Oktober 2015 als Endergebnis 3.284.289 Stimmen, nachdem das selbstgesetzte Ziel von 2.500.000 Stimmen bereits einen Monat zuvor erreicht worden war. Knapp die Hälfte aller Stimmen stammt aus Deutschland.¹⁴⁰

Nach einem erneuten Aufschwung des Themas inklusive weiterer deutschlandweiter Veranstaltungen wurde Mitte Juli 2015 in Brüssel mithilfe eines großen, aus Holz gefertigten trojanischen Pferdes gegen TTIP und CETA demonstriert. In der *Zeit* nahm Petra Pinzler Bezug auf diesen Tag, um dem Protest und auch einigen deutlichen Kritiken politische Berechtigung zuzusprechen – schließlich werde ein Großteil der Bürger tatsächlich kaum informiert.¹⁴¹ Die EU-Kommission sei angesichts der drängenden öffentlichen Empörung in Bedrängnis geraten: „TTIP ist längst zu einem Synonym für alle möglichen Übel der Globalisierung geworden. Das

136 Ebd.

137 Vgl. die Website von Mehr Demokratie e. V., URL: <http://www.mehr-demokratie.de/stopttip-terme2.html> [eingesehen am 25.11.2015].

138 Vgl. die Website von trade4people, URL: <https://www.trade4people.org/> [eingesehen am 25.11.2015].

139 Vgl. Mayer 2015.

140 Vgl. Website des Bündnisses „Stop TTIP“, URL: https://stop-ttip.org/de/?noredirect=de_DE [eingesehen am 06.10.2015].

141 Vgl. Pinzler, Petra: CETA wird nicht mehr geändert, in: *Zeit Online*, 02.09.2015. URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/ttip-freihandels-abkommen-ceta-kanada> [eingesehen am 17.09.2015].

muss man nicht per se richtig finden. Doch die Zweifel werden sich nicht durch Geheimnis-krämerei neutralisieren lassen. Im Gegenteil: Je mehr die Handelspolitiker verstecken, desto stärker nähren sie die Verschwörungstheorien.¹⁴² Diese und ähnliche Stimmen ließen sich oft vernehmen im Sommer 2015: Das nur wenig dialogbereite Verhalten der politischen Reprä-sentanten, sowohl der deutschen als auch der europäischen, so hieß es aufseiten von TTIP-Geg-nern, wecke grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem gesamten Freihandelsprojekt.

„Stop TTIP“ – Die Berliner Großdemonstration im Oktober 2015

Der im Vorfeld der für den 10. Oktober 2015 angesetzten Großdemonstration anwachsen-de Protest wurde sowohl dezentral als auch überregional vorangetrieben, kanalisiert und organisiert.¹⁴³ Die beiden Bündnisse „Stop TTIP“ und „TTIP unfairhandelbar“ umfassten im Vorfeld der Berliner Demonstration die wichtigsten und größten Mobilisierungskampagnen. Auch waren sie maßgeblich am Aufruf zur Europäischen Bürgerinitiative beteiligt. Flankiert wurden sie von zahlreichen lokalen Bündnissen¹⁴⁴, die sich, wenn auch mit einer gewissen Ak-zentuierung, inhaltlich ähnlich äußerten: Die beiden großen Bündnisse bezogen sich stärker auf Makro-Zusammenhänge, mahnten eher prospektive allgemeine Gefahren für die europä-ische Demokratie, die nationalen Parlamente, die Verbraucher- und Umweltschutzstandards sowie Arbeitnehmerrechte an, die aufgrund der Bevorteilung großer Konzerne und der In-transparenz der Verhandlungen drohen könnten. Die kleineren lokalen Bündnisse beschäftig-ten sich stärker mit ökologischen Themen wie etwa Gentechnik, mit den Kosten für die Kom-munen und anderen regionalen Fragen.¹⁴⁵ Die stolze Liste von europäischen Akteuren und Organisationen, die am Bündnis „Stop TTIP“ teilnehmen, vermittelt einen Eindruck von der bunten Protestszenerie.¹⁴⁶ Unterzeichnet haben teils miteinander eng verwandte Organisati-onen aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Italien, Griechenland,

142 Pinzler, Petra: Und sie lernt es nicht, in: Die Zeit, 20.08.2015.

143 Als Mitträger der Berliner Demonstration werden gelistet: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirt-schaft (ABL), Attac Deutschland, Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, Der Paritätische, Deut-scher Kulturrat, Foodwatch, Greenpeace, Mehr Demokratie, Naturfreunde Deutschland, Naturschutzbund Deutschland (NABU), Oxfam, Umwel-tinstitut München, WWF.

144 Dazu zählen z. B.: „Stoppt TTIP Berlin“, „Kölner Bündnis gegen TTIP“, „Nordhessisches Bündnis Freihandelsabkommen stoppen“, „Stopp TTIP Hameln-Pyrmont“, „Kölner Bündnis gegen TTIP“, „Stopp TTIP Rottal-Inn“, „Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ sowie „Stop TTIP München“.

145 Vgl. etwa Website des Bündnisses „Stop TTIP Hameln-Pyrmont“, URL: http://hameln-pyrmont.bund.net/buendnis_stop_ttip/ [eingesehen am 25.11.2015].

146 Darin finden sich Parteien bzw. parteinahe Organisationen (Bündnis 90/Die Grünen, Grüne Jugend, Die LINKE, Piratenpartei), Gewerkschaften (GEW, ver.di), Globalisierungskritiker (Attac, Campact e. V.), ökologische und Tierschutzorganisationen (Greenpeace, Deutsche Umweltstiftung, BUND, NABU, PROVIEH, Aktionsgemeinschaft Artenschutz, u. a.), Lobbyismuskritiker (v. a. Lobbycontrol), Internetaktivisten (Campact e. V., Netzfrauen, Digitalcourage), landwirtschaftliche Interessengruppen (Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft), Gewerkschaften, kirch-liche Gruppen (Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung [KAB], Katholische Landjugendbewegung), eine ganze Reihe von Bürgerinitiativen (etwa die Bürgerinitiative FrackingFreies Hamburg [BI-FFH] oder die Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e. V.), Kulturverbände (Deutscher Kulturrat, KulturNetz Kassel e. V.), Traditionsinke (Marxistische Linke e. V.), weitere Jugendverbände (etwa JunepA, ein Bestandteil des Or-ganisationsteams der großen G7-Demonstration) sowie einige politisch schwer zuordenbare Vereinigungen (etwa Ärzte/innen und Wissen-schaftler/innen gegen TTIP, Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband [BLLV] e. V., Deutscher Übersetzerverband, Verein zur Unterstützung nordamerikanischer Indianer). Die Daten finden sich online auf der Unterseite „Unterstützerorganisationen“ der Website des Bündnisses „Stop TTIP“; URL: https://stop-ttip.org/wp-content/uploads/2015/07/ECI-Partner-List_0728.pdf [eingesehen am 03.08.2015].

Großbritannien, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien und Ungarn. Auch finden sich gesamteuropäische Organisationen bzw. Parteien wie bspw. Food & Water Europe, ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt, die Bee Life European Beekeeping Coordination, die European Left oder die European Green Party.

Gleichwohl bleibt schwer einzuschätzen, wie zahlenstark die jeweilige Mobilisierungskraft aus Nord-, Ost- und Südeuropa tatsächlich war bzw. ist. Fast nicht im Aufruf vertreten gewesen sind Interessenverbände kleiner und mittelständischer Unternehmen, obwohl auch diese dem Freihandelsabkommen teils skeptisch gegenüberstehen.¹⁴⁷ Auffälliger Weise finden sich hier an der Spitze der Befürworter des Freihandelsabkommens mit dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Eric Schweitzer, oder dem Präsidenten der Amerikanischen Handelskammer Deutschland, Bernhard Mattes, Personen, die positive Ausstrahlungseffekte des gesamtwirtschaftlichen Auftriebs erwarten,¹⁴⁸ während Umfragen zeigen, dass die Unternehmer selbst eine deutlich kritische Haltung einnehmen, da sie die Bevorzugung größerer Konzerne befürchten.¹⁴⁹ Die beim Thema „TTIP“ ähnlich bekenntnisfreudigen Rechtspopulisten tauchten in dieser Liste ebenfalls nicht auf, bemühten sich aber auf ihren eigenen Plattformen und mit teils ähnlichen Argumenten um Mobilisierung und Indoktrinierung gegen TTIP.¹⁵⁰ Sie beurteilen TTIP als Instrument der Unterminierung staatlicher Souveränität durch Konzerne.¹⁵¹ Als Forderungen des 10. Oktober 2015 nannten die Demo-Organisatoren: eine alternative Handels- und Investitionspolitik, hohe ökologische und soziale Standards, die Förderung nachhaltiger Entwicklung in allen Ländern. Mit TTIP und CETA drohe die Gefahr, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausgehebelt würden und die Chance vertan werde, „die Globalisierung fair zu gestalten“; man müsse „für einen gerechten Welthandel“ eintreten; TTIP und CETA hätten „negative Auswirkungen auf viele Lebensbereiche“.¹⁵²

Trotz der offenkundigen Breite und Professionalität des Protests war im Vorfeld keineswegs klar, ob die von den Veranstaltern angemeldete ohnehin hohe Zahl von 100.000 Teilnehmern

147 Vgl. etwa o. V.: Mittelstand hegt Vorbehalte gegen TTIP, in: Handelsblatt, 18.04.2015, URL: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/freihandel-mittelstand-hegt-vorbehalte-gegen-ttip/11655636.html> [eingesehen am 18.09.2015].

148 Vgl. Schweitzer, Eric/Mattes, Bernhard: Der Mittelstand braucht das Freihandelsabkommen, in: Die Welt, 04.05.2014, URL: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article127607351/Der-Mittelstand-braucht-das-Freihandelsabkommen.html> [eingesehen am 03.08.2015].

149 Vgl. o. V.: Mittelstandsumfrage: Firmen setzen wenig Hoffnung in Freihandelsabkommen, in: Spiegel Online, 14.05.2014, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ttip-mittelstand-setzt-kaum-hoffnung-in-freihandelsabkommen-a-968383.html> [eingesehen am 03.08.2015].

150 Als Flaggschiff der Agitation fungiert hier das *COMPACT Magazin für Souveränität* um Jürgen Elsässer, das nicht nur als Druckmedium, sondern auch als Online-Plattform mit Videokanal konzipiert ist. Darin wird mit der alten Parole „Ami go home!“ getitelt, die Bundesrepublik als besetztes Gebiet bzw. „Militärkolonie des Pentagon“ bezeichnet („Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten“) und mehr „Souveränität“ für den deutschen Nationalstaat bzw. für „Europa“ – beides läuft hier assoziativ ineinander – gefordert; vgl. dazu: Ami go home! Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten, COMPACT Spezial Sonder-Ausgabe Nr. 6, Werder 2015.

151 Vgl. Harzheim, Harald: TTIP und CETA: Konzerne okkupieren staatliche Souveränität. COMPACT-Live vom 18.05.2015, URL: <https://www.compact-online.de/ttip-und-ceta-konzerne-okkupieren-staatliche-souveraenitaet-compact-live-vom-18-mai-2015/> [eingesehen am 03.08.2015].

152 URL: <http://ttip-demo.de/presse/pressemitteilungen/> [eingesehen am 23.11.2015].

tatsächlich erreichbar sein würde. Indes: Weit mehr kamen. Die Polizei sprach von 150.000 Demonstranten,¹⁵³ die Veranstalter bilanzierten sogar 250.000.¹⁵⁴ Überdeutlich wurde: Die „Stop TTIP“-Großdemonstration war ein Massenereignis des politischen Protests, wie es Deutschland seit Jahren nicht gesehen hatte. Die Teilnehmer des Demonstrationzugs, der am Berliner Hauptbahnhof/Washingtonplatz nach Kundgebungen und allmählicher Sammlung gegen Mittag seinen Ausgang genommen hatte, über Friedrichstraße, Scheidemannstraße und die Straße des 17. Juni führte, um schließlich an der Siegestsäule zu enden, zeigten sich angesichts ihrer Zahlenstärke beeindruckt. Die anhand der verschiedenen Aufrufe zu erwartende Organisationskompetenz der Veranstalter bestätigte sich in Gestalt eines durchkomponierten Demonstrationzugs: Vor Beginn des Marsches fand ab elf Uhr eine Auftaktkundgebung am Hauptbahnhof statt; dabei sprachen der Grünen-Fraktionschef im Bundestag Anton Hofreiter und der Parteivorsitzende der Partei Die LINKE Bernd Riexinger, aber auch Vertreter verschiedener NGOs wie Roland Süß von Attac und Thilo Bode von foodwatch. Dem Ende des Zuges folgte eine Abschlusskundgebung mit Redebeiträgen u. a. von Gesine Schwan, dem Vorsitzenden des DGB Reiner Hoffmann, dem Vorsitzenden des BUND Hubert Weiger, dem Präsidenten des Deutschen Kulturrates Christian Höppner. Begleitet wurde die Kundgebung von einem reichhaltigen Kulturprogramm mit Live-Musik, Kabarett und Lesungen; ferner wurden für den Abend Veranstaltungen in verschiedenen Einrichtungen angeboten.¹⁵⁵

Auf der Demonstrationstrecke waren 25 Motiv- und Lautsprecherwagen unterwegs. Unseren Beobachtungen zufolge präsentierten sich die Gewerkschaften und Umweltinitiativen dabei am zahlenstärksten. Auch die Linkspartei, dicht gefolgt von den Grünen, brachte eine stolze Anhängerschaft und einen eigenen Lautsprecherwagen mit, auf dem der Parteivorsitzende Bernd Riexinger die anwachsende Macht der Wirtschaft und den drohenden Demokratieabbau anprangerte. Die Campact-Sektion schob das Wort „STOP“ in roten Großbuchstaben auf Rädern vor sich her, gleich einer Walze in Signalfarbe. In den Zug fügten sich einige linksradikale Gruppen ebenso wie Mitglieder der DKP. Auch der Deutsche Kulturrat, angeführt von seinem Geschäftsführer Olaf Zimmermann, war zu sehen; ferner fuhren zwei Wagen der sogenannten Montagsmahnwachen samt AfD-Plakatierung auf – gewiss Raritäten des Protestzuges.

Insgesamt demonstrierte man Geschlossenheit, feierte im Grunde ein großes politisches Familienfest, ausgelassen und fröhlich. Viele traten entschlossenen auf, sprachen vom „Zeichen setzen“ und davon, dass man „jetzt was tun“ müsse. Die Redebeiträge, die von den

153 Vgl. o. V.: Massendemo gegen TTIP: So viele kamen noch nie, in: Spiegel Online, 10.10.2015, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ttip-demonstration-in-berlin-stellt-teilnehmerrekord-auf-a-1057187.html> [eingesehen am 23.11.2015].

154 Vgl. URL: <http://ttip-demo.de/home/> [eingesehen am 23.11.2015].

155 Vgl. URL: <http://ttip-demo.de/ablauf/> [eingesehen am 23.11.2015].

verschiedenen Lautsprecherwagen erschallen, streuten in erster Linie spruchreife, zum Skandieren und Mitsingen bestimmte Formeln und Forderungen. Die Geschichte, die sie erzählten, handelte von undurchsichtigen Machtblöcken, die vornehmlich aus Großkonzernen und käuflichen Politikern bestünden und für deren Interesse das Freihandelsabkommen wie maßgeschneidert sei. Man wolle kein vergiftetes Essen, keine Paralleljustizen, keine „Wirtschafts-NATO“, konnte der Beobachter vernehmen. Eine Auswahl der vielen wiederkehrenden, gesungenen und schriftlich präsentierten, Appelle: „Menschen- statt Konzernrechte!“, „Ami go home!“, „Gesundes Essen – TTIP vergessen!“, „T. T. I. P. wollten wir nie!“, „Kein Krieg mit Russland“, „Wirtschafts-NATO verhindern!“, „Kein Chlor in meinem Essen“ (eine Anspielung auf die in den USA vermeintlich gängige Desinfektion von Geflügel mit Chlordioxid) sowie „Wir haben es satt!“ (das Motto der Januar-Demonstration). Wiederkehrende Plakatmotive waren der die Wirtschaftsordnung parodierende *Monopoly*-Kapitalist, Anspielungen auf das technokratische Einebnen von Standards und Rechten durch Kettensägen oder Bulldozer, ferner Parodien auf Angela Merkel – u. a. auf einem foodwatch-Transparent dargestellt als Brandstifterin, die eine große Cartoon-Bombe zündet, die im Reichstagsgebäude ruht. Auch ein metaphorischer Krake tauchte auf, den man fast identisch auch auf der Münchener Demonstration im Rahmen der G7-Proteste hatte sehen können. Eine ältere Dame lief im Kostüm einer Richterin mit ausfaltbaren Flügeln und einem überdimensionierten Rotstift umher; vermutlich um auf die Debatte über die Schiedsgerichte aufmerksam zu machen. Außerdem war ein gezimmertes Trojanisches Pferd aus Holz zu sehen, ähnlich dem von der bereits genannten Brüsseler Demonstration. Auf zahllosen Spruchbändern und Transparenten wurden ökologische Themen und Symboliken mit transatlantischen Beziehungen, Verbraucherschutz, Kritik des Wirtschaftslobbyismus und einem ausgemachten „Ende der Demokratie“ verwoben. Dissens unter den Demonstranten war zu keinem Zeitpunkt zu vernehmen.

4. Zur Methode der (online-basierten) Demonstrationsbefragung

Öffentliche Demonstrationen sind auch immer ein Seismograf für die Unzufriedenheit einiger Bürgerinnen und Bürger mit der Politik. Deshalb besteht seit jeher – nicht nur in den Gesellschaftswissenschaften, sondern auch bei einem Großteil der Öffentlichkeit – ein reges Interesse daran, mehr über die Protestierenden und ihre Motive zu erfahren. Denn das Wissen über den soziodemografischen Hintergrund und die kollektiven Mentalitäten der Aktivisten sowie über die Ursachen des Widerstandes erlaubt auch Aussagen über die Reichweite der Proteste.

Dies schließt deren Bewertung bzw. die Legitimität, die man den Protesten und ihren Zielen zuspricht, mit ein. Dieser Aspekt ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil sich die Forschung über Proteste und soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert mittlerweile einig ist, dass diese Form der kollektiven Handlungen nicht mehr nur Ausdruck von Minderheiten ist.¹⁵⁶

Eine Möglichkeit, Aussagen darüber zu treffen, wer eigentlich auf der Straße als Aktivist unterwegs ist, besteht darin, Rückschlüsse aus allgemeinen Bevölkerungsumfragen zu ziehen. Innerhalb solcher Erhebungen wird oftmals die Frage gestellt, ob man in der Vergangenheit bereits an Demonstrationen teilgenommen hat – und wenn ja, zu welchem Themenbereich – oder ob man sich möglicherweise in Zukunft vorstellen könnte, sich an solchen Straßenprotesten zu beteiligen. Idealerweise liegen diese Bevölkerungsumfragen für eine spezifische Region als Panelumfrage vor, die dann mit tatsächlichen Demonstrationen in Beziehung gesetzt werden kann.¹⁵⁷ Diese Methode ist jedoch insgesamt sehr ungenau: Sie ermöglicht kaum die Erforschung der individuellen Protestmotivation; auch kann durch sie nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob der Befragte tatsächlich an einer Demonstration teilgenommen hat. So gaben bspw. bei einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Dresden im Winter 2015 elf Prozent der Respondenten an, bereits an einer Demonstration der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) teilgenommen zu haben bzw. sich eine Beteiligung daran vorstellen zu können. Ohne Umland – aus dem sich in diesem Zeitraum immerhin zwischen zwanzig und vierzig Prozent der Pegida-Demonstranten rekrutiert haben – umfasst Dresden rund 530.000 Einwohner; was allein einem Potenzial von ca. 58.300 Pegida-Anhängern entspräche – wobei sich anlässlich des „Spazierganges“ maximal 25.000 Personen zusammenfanden.¹⁵⁸ Auch aufgrund solcher Missverhältnisse sind andere Verfahren zur Erforschung von Protest bzw. seiner Träger entwickelt worden.

In der deutschen Protestforschung haben Dieter Rucht und dessen Mitarbeiter Pionierarbeit geleistet. Rucht und sein Team am Wissenschaftszentrum Berlin erstellten anhand einer selektiven Auswahl von Zeitungsberichten aus der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Rundschau* eine Datenbank über Proteste in der BRD zwischen 1950 bis 1996 („Prodat“). Bei der systematischen Erfassung der Ereignisse wurde der Fokus sowohl auf Anzahl und

156 „Collective action is not just the domain of minorities.“ Van Aelst, Ptere/Walgrave, Stefaan: Who is That (Wo)man in the Street? From the Normalization of Protest to the Normalization of the Protester, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 39 (2001), H. 4, S. 461–486, hier S. 482. Auch: Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Who Demonstrates? Antistate Rebels, Conventional Participants, or Everyone, in: *Comparative Politics*, Jg. 37 (2005), H. 2, S. 189–205.

157 Beispielsweise bei: Jenkel, Dorett/Lippert, Susanne: Politische Proteste in Leipzig von 1990–1996, in: Häder, Michael/Häder, Sabine (Hrsg.): *Sozialer Wandel in Ostdeutschland. Theoretische und methodische Beiträge zur Analyse der Situation seit 1990*, Wiesbaden 2008, S. 256–285.

158 Zur Forsa-Umfrage vgl. Schenk, Winfried: Forsa-Umfrage: 89 Prozent der Dresdener lehnen Teilnahme bei PEGIDA-Demo ab, in: *Menschen-in-Dresden.de*, 11.02.2015, URL: <http://www.menschen-in-dresden.de/2015/forsa-umfrage-89-prozent-der-dresdener-lehnen-teilnahme-bei-pegida-demo-ab/> [eingesehen am 03.01.2016]; zur Diskussion über die Teilnehmerzahlen vgl. die Beiträge von „Durchgezählt“, einer Initiative von Mitarbeitern und Studierenden der Dresdener und Leipziger Universität, URL: <http://durchgezaehlt.org> [eingesehen am 06.01.2016]; zu den Zahlen über Pegida vgl. Erhebungen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in: Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz: *Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, Bielefeld 2015.

Motive der Teilnehmer sowie deren sozialstrukturelle Merkmale als auch auf Inhalt, Form, Dauer und räumliche Verteilung der Demonstrationen gelegt. Dabei kam Rucht u. a. zu dem Ergebnis, dass im Laufe der Jahre nicht nur die Zahl der Proteste zugenommen, sondern sich auch die Anzahl der Demonstrationsteilnehmer erhöht hat.¹⁵⁹ Allein dieser Befund bestärkt die Relevanz der Protestforschung; auch weil öffentlich geäußelter Widerstand immer eine Herausforderung für das politische System darstellt und mit einer Zunahme an Protesten und Akteuren die Demokratie verstärkt unter Druck gerät.

Ein Defizit der Forschung über Protest hat bis dato darin bestanden, dass dieser und seine Trägergruppen sozusagen lediglich aus zweiter Hand wahrgenommen und erfasst werden konnten, da wie bspw. beim „Prodat“-Projekt die Befunde aus Zeitungsartikeln zusammengetragen worden waren. Dies mag bei Informationen über den Ort oder den Verlauf von Straßendemonstrationen noch relativ unproblematisch sein, ist jedoch bei der Ergründung der Protestmotive oder der systematischen Erfassung der soziodemografischen Merkmale der Demonstranten weitaus problematischer. Auch die französischen Wissenschaftler Pierre Favre und Olivier Fillieule, die in den 1990er Jahren zur Erforschung von Protesten nationale und lokale Polizeiakten auswerteten,¹⁶⁰ hatten ein ähnliches methodisches Problem. Die Träger des Protests und ihre Beweggründe konnten nicht über ein kontrolliertes Forschungsdesign im klassischen Sinn, sondern nur anhand einer Sekundärauswertung von Quellen, die eigentlich anderen Zwecken dienten, erhoben werden.

Im internationalen Forschungsprojekt „Caught in the act of Protest“ wurden Proteste in Großbritannien, Belgien, Spanien, Schweden, der Schweiz und den Niederlanden mittels direkter Befragung erstmals systematisch befragt. Die Sozialforscher verteilten während der Protestmärsche schriftliche Fragebögen, welche die Protestteilnehmer mitnehmen, zu Hause ausfüllen und zurückschicken sollten. Gleichzeitig führten sie vor Ort eine Art Kurzumfrage durch, um herauszufinden, ob es systematische Ausfälle der Stichprobe der postalischen Befragung gab. Van Aelst erreichte mit der schriftlichen Befragung unter den Protestlern eine Rücklaufquote von vierzig Prozent. Aufgrund dieser vermeintlich hohen Ausfallquoten waren viele der Meinung, dass diese Art der Protestforschung nicht in der Lage sei, das Problem hinreichend zu bearbeiten. Wahrscheinlich ist daher diese Methode der Demonstrationsbefragung lange nicht weiterverfolgt worden.¹⁶¹ Mittlerweile hat die Diskussion hinsichtlich der Rücklaufquoten innerhalb der Sozialwissenschaft eine gewisse Gelassenheit eingenommen; womöglich, weil sich aufgrund

159 Vgl. Rucht, Dieter: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt a. M./New York 1994.

160 Vgl. Favre, Pierre et al.: *La fin d'une étrange lacune de la sociologie des Mobilisations. L'étude par sondage des manifestants, fondements, théoriques et solution techniques*, in: *Review française de science politique*, Jg. 47 (1997), S. 3–28.

161 Vgl. van Aelst/Walgrave 2001, S. 474.

bestimmter Abnutzungseffekte bei den Bürgern Ermüdungserscheinungen eingestellt haben und auch allgemeine Bevölkerungsumfragen im Laufe der Jahrzehnte z. T. mit verhältnismäßig hohen Stichprobenausfällen zu kämpfen haben.¹⁶²

Neben diesen allgemeinen Problemen der Umfrageforschung steht die Befragung von Protestteilnehmern zudem vor besonderen strukturellen Schwierigkeiten. Protest entsteht oftmals eruptiv und spontan. Soll eine direkte Befragung der Demonstrationsteilnehmer erfolgen, müssen Forscher rasch reagieren. Zeit, ein ausgeklügeltes Forschungsdesign zu entwickeln und Interviewer zu rekrutieren, geschweige denn systematisch zu schulen oder Drittmittel für das Forschungsprojekt zu akquirieren, bleibt hier nicht.¹⁶³ Überdies ist öffentlicher Protest ein Zeichen des Widerstandes gegen geplante politische Projekte, herrschende Eliten oder getroffene Entscheidungen. Dies führt – insbesondere in der letzten Zeit – häufig dazu, dass die Protestträger der aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschung gegenüber äußerst misstrauisch reagieren und sich systematisch jeglichen Befragungen entziehen. Und schließlich werden mittlerweile zahlreiche Proteste professionell organisiert und kampagnenartig gesteuert, damit die Botschaften und Ziele möglichst laut und effektiv kommuniziert werden können. Darauf werden die Protestträger eingeschworen. Auch dies gilt es bei der direkten Befragung zu berücksichtigen.

Trotz der genannten Probleme verspricht die direkte Befragung der Aktivisten zahlreiche lohnende Erkenntnisse. Für die Bundesrepublik war es erneut Dieter Rucht, der erstmals im Jahr 2003 bei einer Berliner Demonstration gegen den Irakkrieg die Methode der direkten Befragung einsetzte. Auch hier entschied man sich für die Verteilung eines schriftlichen Fragebogens, der nach Beantwortung an die Forscher gesandt werden sollte. Ähnliche postalische Verfahren wiederholte die Forschergruppe bei den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV, später auch bei den Demonstrationen gegen den unterirdischen Neubau des Stuttgarter Bahnhofs.¹⁶⁴

Die Qualität von Umfragen bemisst sich klassischerweise anhand der Gütekriterien Validität, Objektivität und Reliabilität. Während die Objektivität danach beurteilt wird, ob das Umfragedesign vom Interviewer möglichst unabhängig ist, soll die Reliabilität Aussagen über die Zuverlässigkeit bzw. Stabilität der Ergebnisse liefern; und die Validität steht letztlich dafür, dass die Umfrage das misst, was sie auch messen soll. Für Umfragen unter Demonstrationsteilnehmern ist daher wichtig, bei der Auswahl der Umfrageteilnehmer ein möglichst breites

162 Vgl. hierzu Kutsch, Horst B.: Repräsentativität in der Online-Marktforschung. Lösungsansätze zur Reduktion von Verzerrungen bei Befragungen im Internet, Köln 2007, S. 51.

163 Vgl. hierzu auch Teune, Simon/Ullrich, Peter: Demonstrationsbefragungen – Grenzen einer Forschungsmethode, URL: <https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/09/demonstrationsbefragungen-teueullrich-2015-09-161.pdf> [eingesehen am 29.12.2015].

164 Vgl. Rucht, Dieter: Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Sonderdruck: Konturen der Zivilgesellschaft Zur Profilierung eines Begriffs, Jg. 16 (2003), H. 2, S. 10–13; Yang, Mundo/Rucht, Dieter: Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 17 (2004), H. 4, S. 21–27; Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter: Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ – einzigartig oder typisch?, in: Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hrsg.): *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Wiesbaden 2013, S. 97–125.

Spektrum der Demonstranten zur Teilnahme an der Umfrage zu bewegen; insbesondere dann, wenn über die Demonstrationsteilnehmer an sich wenig bekannt ist. Sowohl Rucht als auch Ladd und van Aelst vor ihm haben versucht, durch ein ausgeklügeltes Setting – Verteilung der Fragebögen durch ein möglichst großes Team an allen Zugangswegen zur Demonstration mithilfe einer Zufallsauswahl entsprechender Demonstrationsteilnehmer – eine Zufallsstichprobe herzustellen, um damit möglichst verlässliche Aussagen über die Grundgesamtheit zu erhalten. Dabei stießen sie jedoch auf das Problem, dass die schriftliche Befragung der Demonstranten bspw. im Vergleich zu allgemeinen Bevölkerungsumfragen mit deutlich geringeren Rücklaufquoten konfrontiert war. Wobei eine niedrige Rücklaufquote sich prinzipiell negativ auf die Validität auswirkt,¹⁶⁵ da sich z. B. bei einer nahezu unbekanntem Grundgesamtheit keinerlei Aussagen darüber treffen lassen, ob sich bestimmte Merkmalsträger, die zufällig zur Umfrage eingeladen worden sind, systematisch dieser verweigern und so die Stichprobe verzerren.¹⁶⁶ Dieses Problem ist bei Umfragen unter Personen, die gegen eine gesellschaftliche Mehrheit oder herrschende Eliten protestieren, besonders virulent. Bislang fehlen hierzu systematische Forschungen und vergleichende Studien.

Durch unsere Befragungen bei verschiedensten Straßenprotesten konnte der Eindruck gewonnen werden, dass Aktivisten grundsätzlich eine große Bereitschaft an den Tag legen, sich an solchen Umfragen zu beteiligen, welche die Protestmotive in den Fokus stellen. Immerhin ist ein Ziel von Straßenprotesten u. a., dem jeweiligen Anliegen Gehör und Öffentlichkeit zu verschaffen und dafür zu mobilisieren. Daher schätzen nicht wenige jede Form von Aufmerksamkeit, auch seitens der Wissenschaft. Der Zusammenhang zwischen der Teilnahmebereitschaft und der subjektiven Bedeutung des Untersuchungsthemas ist mehrfach nachgewiesen worden.¹⁶⁷ Dennoch zeigen unsere Erfahrungen und die Berichte anderer Forschergruppen im Feld¹⁶⁸ auch, dass je radikaler die Aktivisten vermutlich sind bzw. je weiter sie sich von einer von ihnen vermuten Mehrheitsmeinung entfernt haben und sie daher für die öffentliche Äußerung ihrer Ansichten Sanktionen befürchten, desto geringer ihre Bereitschaft ausfällt, sich an Umfragen zu beteiligen.

Während Rainer Schnell in seinen Arbeiten über *Nonresponse* nachgewiesen hat, dass es hinsichtlich allgemeiner Bevölkerungsumfragen keinen harten Kern von systematischen

165 Vgl. Batinic, Bernad: Datenqualität bei internetbasierten Befragungen, in: Theobald, Axel et al.: Online-Marktforschung. Theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen, Wiesbaden 2001, S. 115-132, hier S. 125.

166 Vgl. hierzu auch Reuband, Karl-Heinz: Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: MIP, Jg. 21 (2015), URL: https://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Soziologie/Dokumente/Reuband/Reuband_-_Wer_demonstriert_in_Dresden_fuer_Pegida_-_MIP_2015_Seiten_133-143-5.pdf [eingesehen am 13.10.2015].

167 Vgl. Schnell, Rainer: Nonresponse in Bevölkerungsumfragen. Ausmaß, Entwicklung und Ursachen, Opladen 1997, S. 180–185.

168 Vgl. Daphi, Priska et al.: Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, URL: https://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf [eingesehen am 07.01.2016].

Verweigerern gibt, sondern deren Nichtteilnahme immer auf situative Faktoren zurückgeführt werden muss,¹⁶⁹ so scheint dies für die spezifische Teilgruppe der Protestierenden nur bedingt zu gelten. Sicherlich kommt es auch hier zu Verweigerern, da äußere Umstände wie Zeitmangel oder Skepsis hinsichtlich der Erhebungsmethodik oder -institution den Befragten negativ beeinflussen. Dennoch scheint die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Umfrage – abhängig vom *Framing* und Ziel des Protests – eine von der Protestmotivation abhängige Variable zu sein. Wir konnten bisher Verweigerung aufgrund der Kritik und Distanz zum herrschenden System – zu dem auch die Wissenschaft gezählt wird –, Verweigerung aufgrund der Befürchtung von Repressalien und Verweigerung wegen grundsätzlichem Misstrauen beobachten. Bisher gibt es jedoch keine Studien darüber, inwiefern diese Stichprobenausfälle letztlich einen Einfluss auf die Ergebnisse der Demonstrationbefragungen zeitigen.

Neben dem Problem der Rücklaufquote gibt es noch weitere klassische Nachteile einer postalischen Befragung von Protestierenden. So ist letztlich die Situation, in der die Befragten die Fragebögen ausfüllen, für den Forscher in keiner Weise kontrollier- und überprüfbar. Ob bspw. mehrere Personen gemeinsam statt eine allein die Fragen beantwortet, ob sich Zeit zum Nachdenken genommen wird und in welcher Form Ablenkungen vorhanden sind, die das Antwortverhalten beeinflussen könnten, oder ob zusätzlich recherchiert wird, um Fragen beantworten zu können: Auf all diese Aspekte hat der Forscher keinen Einfluss mehr. Darunter könnte zwar die Datenqualität leiden;¹⁷⁰ andererseits wird so die Frage allein als schriftliche Vorlage an den Befragten herangetragen und Intervieweffekte, die bei einer mündlichen Befragung problematisch sind und sich negativ auf die Objektivität auswirken können, entfallen. All diese Vor- und Nachteile teilt sich die postalische Befragung unter Demonstrationsteilnehmern mit der Methode der Online-Befragung. Das Institut für Demokratieforschung hat dieses Verfahren erstmals bei den Protesten gegen Stuttgart 21 im Jahr 2010 eingesetzt und anschließend ebenso unter den Protestierenden gegen den Ausbau des Berliner Flughafens und gegen Stromtrassen (2011) sowie auf Pegida- und NoPegida-Demonstrationen (2015). Bei der Online-Befragung werden die Demonstrationsteilnehmer mithilfe eines während der Protestaktion verteilten Flyers auf die Umfrage aufmerksam gemacht, deren Fragen sie durch das Aufrufen eines speziellen Links im Internet beantworten können. Da so auf der Demonstration nicht mehr ein ganzer Umfragebogen verteilt werden muss, sondern lediglich mithilfe der Handzettel die Umfrage beworben wird, kann – bei einem entsprechenden Setting vor der Demonstration auf allen Zugangswegen und während des Demonstrationzugs –

169 Vgl. Schnell 1997, S. 192.

170 Vgl. Quent, Matthias: Fallstudie IV: Erfurt, in: ders./Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, Wiesbaden 2015, S. 211–265, hier S. 211.

der Versuch unternommen werden, alle Demonstrationsteilnehmer zu der Umfrage einzuladen.¹⁷¹ Im Vergleich zur Verteilung von bspw. 2.000 Fragebögen auf einer Demonstration mit 100.000 Teilnehmern hat dies den Vorteil, dass die Stichprobe deutlich weiter gefasst ist. Nach Schnell unterscheiden wir daher zwischen der Grundgesamtheit aller Demonstrationsteilnehmer und der Auswahlgesamtheit, also denjenigen, „die eine prinzipielle Chance haben“, an der Umfrage teilzunehmen.¹⁷² Letztere ist bei unserer Online-Erhebung deutlich höher als bei der Verteilung durch wenige Fragebögen.

Wenn die Umfrage – wie in unserer Studie – im Internet offen zugänglich ist, besteht freilich das Problem der Selbstrekrutierung bzw. Selbstselektion. Das heißt, nicht alle Personen, die erreicht werden und an der Umfrage teilnehmen, gehören zwangsläufig zur Zielgruppe. Dies könnte zwar durch die Vergabe eines speziellen Zugangsschlüssels, der nur einmalig verwendet werden darf und auf jedem Flyer separat gedruckt ist, umgangen werden; dieses Verfahren ist jedoch derart aufwendig, dass es einen entscheidenden Vorteil der Methodik – die rasche, unkomplizierte und kostengünstige Umsetzung der Umfrage – beinahe wieder völlig negiert. Außerdem bauen diese Zugangsschlüssel eine (technische) Hürde für die Teilnehmer auf, was wiederum einen höheren Stichprobenausfall zur Folge haben könnte. Überdies sind unsere Online-Umfragen so konstruiert, dass sie sehr detailliert die Teilnahme an der jeweiligen oder ggf. an den thematisch ähnlichen und zeitlich vorgelagerten Demonstrationen abfragen. Auf diese Art kann in einem gewissen Rahmen zudem überprüft werden, ob der Umfrageteilnehmer auch Demonstrationsteilnehmer war. Eine weitere Gefahr bei offenen, anonymisierten Online-Umfragen ohne personalisierten Zugang könnte darin bestehen, dass ein Befragter die Umfrage mehrmals absolviert. Theoretisch wäre auf diese Art eine Person in der Lage, mehrere Datensätze zu erzeugen. Dies ist jedoch in der Praxis eher unwahrscheinlich¹⁷³ oder führt kaum zu Verzerrungen der Ergebnisse.¹⁷⁴ Die Attraktivität von Online-Umfragen bzw. schriftlichen Befragungen im Vergleich zu mündlichen Erhebungen liegt für den Umfrage-Teilnehmer zudem in der Anonymität. Gerade wenn politische Einstellungen oder die Opposition gegen das vorherrschende politische System Gegenstand der Umfrage sind, ist die Garantie von Anonymität für den Umfrageteilnehmer von Bedeutung. Ein personalisierter Zugang zur Online-Umfrage könnte daher von einigen als Einschränkung dieser Anonymität interpretiert

171 Abhängig von den Umständen (Wetter, Lichtverhältnisse, Stimmung der Demonstranten, Übersichtlichkeit und Größe der Demonstration, Differenz zwischen Sozialforschern und Protestierenden u. a.) kann dies mal mehr oder mal weniger gut gelingen; vgl. hierzu Klandermans, Bert/Walgrave, Stefaan/van Stekelenburg, Jacquelin/Verhulst, Joris/van Laer, Jeroen/Wouters, Ruud/van Troost/Dunya/van Leeuwen, Anouk: Manual for Data Collection on Protest Demonstrations – Caught in the Act of Protest: Contextualizing Contestation (CCC-Projekt), Version 3.0, 2011, S. 7, URL: <http://www.protestsurvey.eu> [eingesehen am 07.01.2016].

172 Vgl. Schnell 1997, S. 16.

173 Überdies gibt es mithilfe von *Cookies* eine kleine technische Hürde, die es auf der von uns verwendeten Umfrageplattform *Unipark* nicht ohne Weiteres erlaubt, die Umfrage mehrmals durchzuführen.

174 Vgl. Birnbaum, Michael H.: Human research and data collection via the internet, in: *Annual Review of Psychology*, Jg. 55 (2004), H. 6, S. 803–832.

werden. Da gerade die geringe Rücklaufquote eine zentrale Schwierigkeit der schriftlichen Befragung unter Demonstrationsteilnehmern darstellt, verwenden wir die Methodik der offenen Online-Umfrage, erreichbar über einen Link oder QR-Code, um die Teilnahmehürden so gering wie möglich zu halten und eine verhältnismäßig hohe Rücklaufquote zu erzielen.

Ein zentrales Problem von Online-Umfragen ist weiterhin der Umstand, dass noch immer nicht alle Haushalte über einen Internetzugang verfügen. Dieser Umstand spielt jedoch mit zunehmender Vernetzung inzwischen eine zunehmend geringere Rolle. Sind im Jahr 2001 lediglich 37 Prozent der Bevölkerung Internetnutzer gewesen, sind es mittlerweile 77,6 Prozent. Selbst der Anteil der Internetnutzer der älteren Generationen steigt beständig – wobei hier noch immer eine Differenz besteht: Während knapp jede zweite Person in Deutschland im Alter von über sechzig Jahren und älter im Netz aktiv ist, sind es bei den 18- bis 24-Jährigen bereits 99 Prozent. Auch sind tendenziell etwas mehr Männer als Frauen im *World Wide Web* unterwegs.¹⁷⁵ Demnach müssen zumindest bei den älteren Jahrgängen systematische Stichprobenausfälle in Betracht gezogen werden. Doch betrifft dieses Phänomen nicht nur die Online-Befragung, sondern auch die postalische Umfragetechnik. Vergleichende Studien haben hier nachweisen können, dass zumindest hinsichtlich des Bildungsgrades höhere Ausfälle hinzunehmen sind, da Personen mit höherer Bildung tendenziell eher bereit sind, den ausgefüllten Fragebogen zurückzusenden. Dennoch müssen aufgrund dieser Voraussetzungen die Stichproben der Online-Umfragen nicht zwangsläufig eine verminderte Qualität aufweisen: Studien in anderen Fachbereichen haben erste Hinweise dafür geliefert, dass Online-Stichproben eine deutlich größere Diversität hinsichtlich des Alters, des Berufs oder ähnlichen soziodemografischen Kennziffern aufweisen als *offline* erhobene Stichproben.¹⁷⁶

Überdies können die Ergebnisse unserer Online-Befragungen unter Gegnern des Stuttgarter Bahnhofsumbaus sowie unter Pegida-Anhängern mit anderen unabhängigen Studien, die ebenfalls unter den Demonstrierenden durchgeführt worden sind, verglichen werden. Insbesondere gilt dies mit Blick auf die demografischen Merkmale und politischen Einstellungen der Befragten. Die so festgestellten großen Ähnlichkeiten der mit unterschiedlichen Methoden erhobenen Stichproben lassen ebenso Rückschlüsse auf die Validität der Online-Befragung unter Protestierenden zu. Überdies haben wir auf zwei Dresdener Pegida-Demonstration am 12. und 19. Januar 2015 zusätzlich zu der Einladung für die Online-Umfrage unter den anwesenden Demonstrierenden per Zufallsauswahl eine Kurzumfrage durchgeführt und

175 Zu den Daten der Online-Nutzung vgl. ARD/ZDF-Onlinestudie 2015, URL: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=535> [eingesehen am 24.11.2015].

176 Gosling, Samuel D. et al.: Should we trust web-based studies? A comparative analysis of six preconceptions about Internet questionnaires, in: *American Psychologist*, Jg. 59 (2004), H. 2, S. 93–104.

dabei Alter, Geschlecht, Beruf, Wohnort und Teilnahmefrequenz an der seit Oktober 2014 montäglich stattfindenden Demonstration erhoben. Da auch diese Daten denen aus der Online-Erhebung stark ähneln, sind wir insgesamt von der Validität der Methode überzeugt.

Darüber hinaus hat das Online-Verfahren gegenüber einer postalischen oder Vor-Ort-Befragung von Demonstrationsteilnehmern zahlreiche Vorteile. So müssen keine Interviewer geschult oder Fragebögen gedruckt und deren Ergebnisse dann in Datenbanken eingepflegt werden; auch entfallen auf diese Weise nicht nur Interviewer-Effekte, sondern wird die Befragung überdies unabhängig von Ort und Zeit. Dies spielt insbesondere im speziellen Fall der Demonstrierenden-Befragung eine entscheidende Rolle. Denn in dem kurzen Zeitfenster, in dem die Aktivist:innen auf die Straße gehen und ihrem Anliegen Ausdruck verleihen wollen, empfinden sie es als kontraproduktiv, davon durch eine Befragung abgehalten zu werden. Auch die Verteilung eines umfangreichen Fragebogens hat sich in der Praxis eher nicht bewiesen. Oftmals halten die Aktivist:innen bereits Transparente oder andere Flugblätter in den Händen, nicht jeder hat eine Tasche zum Verstauen dabei, gelegentlich regnet es – unter diesen Umständen sinkt die Bereitschaft deutlich, einen Fragebogen auf der Demonstration entgegenzunehmen.

Neben dem Effekt, dass eine Online-Befragung äußerst schnell umsetzbar und günstig durchführbar ist, können die Fragen von den Studienteilnehmern beantwortet werden, wenn diese dazu bereit sind und sich auch die Zeit dafür genommen haben. So gestalten sich die Befragten praktisch die äußeren Umstände selbst möglichst angenehm. Dadurch sind durchdachtere Antworten zu erwarten bzw. ist eine höhere „Präzision im Antwortverhalten der Befragten“¹⁷⁷ denkbar – etwas, was insbesondere dann von größerer Relevanz ist, wenn politische Einstellungen und Wertvorstellungen erhoben werden sollen. Der Befragte neigt in solchen Situationen weniger zu sozial erwünschten Antworten („Social-Desireability-Response-Set“), soziale und gruppenspezifische Normen spielen demzufolge bei der Beantwortung eine deutlich geringere Rolle.¹⁷⁸ Außerdem erlaubt die schriftliche im Vergleich zur mündlichen Befragung einen deutlich längeren Fragebogen.

Interessant sind auch die technischen Möglichkeiten, welche die Online-Befragung bietet. So können nicht nur die Antwortkategorien, sondern auch die Fragen insgesamt randomisiert werden, sodass Positionseffekte vermieden werden können. Überdies können Grafiken und Videos eingebunden oder durch technische Vorgaben die Befragten gezwungen werden, bspw. mindestens drei Möglichkeiten auszuwählen oder das Geburtsdatum achtstellig anzugeben. Fehlerquellen, die oftmals zu fehlenden Daten führen, lassen sich dadurch minimieren. Auch

177 Quent, S. 211.

178 Vgl. hierzu auch Atteslander, Peter/Kneubühler, Hans-Ulrich: Verzerrung im Interview. Zur Fehlertheorie der Befragung, Opladen 1975, S. 14.

lassen sich ganze Frageblöcke ein- oder ausblenden, wenn bestimmte Bedingungen (nicht) erfüllt sind. Ebenso kann die Bearbeitungsdauer für einzelne Fragen oder die gesamte Umfrage ausgelesen werden, um bspw. „Durchklicker“ – also diejenigen, die sich ggf. willkürlich durch die Umfrage getippt haben – auszusortieren.¹⁷⁹ Und nicht zuletzt können Online-Umfragen bereits nach geringen Feldzeiten ausgewertet werden, da nicht auf die postalische Rücksendung gewartet und die schriftlichen Bogen erst eingepflegt werden müssen, sondern die Daten quasi in Echtzeit ausgelesen werden können.

Bei aller Beschränkung, die dem Verfahren der Demonstrierendenbefragung generell zugrunde liegt, erscheint uns mit Blick auf den Aufwand und den Ertrag die Online-Methodik als die ergiebigste. Gewiss würde ein ideales Forschungsdesign neben der flächendeckenden Einladung zur Online-Umfrage auch per Zufallsauswahl schriftliche Fragebögen verteilen und gleichzeitig stichprobenartige *Face-to-Face*-Befragungen durchführen, um auch denjenigen, die nicht im Internet aktiv sind, die Chance zu geben, an der Umfrage teilzunehmen. Dies würde jedoch keinesfalls all jene zur Teilnahme motivieren, die sich aus prinzipiellen oder politischen Gründen – und genau dies wäre für die Erhebung unter Demonstrierenden zentral – der Methode verweigern. Hier müssen die Sozialforscher weiterhin andere Erhebungsmethoden anwenden.

Beschreibung des Vorgehens bei den drei Befragungen

Ein möglichst umfassendes Verteilungsergebnis ist nur durch eine systematische Ausgabe der Handzettel zu erzielen. Deshalb sollte jedem Demonstrationsteilnehmer mindestens einmal im Verlauf der Demonstration ein Handzettel angeboten werden. Dadurch sollte allen Anwesenden zumindest theoretisch die Möglichkeit zur Teilnahme an der Befragung gegeben werden. Die Mitarbeiter des Instituts gingen dabei in München am Donnerstag, den 4. Juni 2015, wie folgt vor: Die Auftaktkundgebung begann um 15.30 Uhr auf dem Karlsplatz (Stachus) in der Innenstadt. Um 15 Uhr positionierten sich die neun Institutsmitarbeiter auf diesem u-förmig, halboffen angelegten Platz und begannen, den eintreffenden Demonstrationsteilnehmern Flyer auszuhändigen. Dabei standen jeweils zwei Mitarbeiter an den beiden U-Bahnaufgängen zum Platz, zwei weitere hielten sich in Richtung Stadtzentrum unterhalb des Karlstores (Neuhauser Straße) auf, zwei Mitarbeiter standen am „offenen Ende“ des Platzes, straßenseitig entlang dem Taxistand Stachus Ost in Sichtweite zueinander. Von Anfang bis Ende der Demonstration fungierte ein Kollege als „freier“ Beobachter. Er protokollierte nicht nur den Fluss der Versammlung, sondern fotografierte auch den Demonstrationzug und dessen Teilnehmer zu Beginn sowie mehrfach

179 Thielsch, Meinold T./Weltzin, Simone: Online-Befragungen in der Praxis, S. 77, URL: http://www.thielsch.org/download/thielsch_2009_online-befragungen.pdf [eingesehen am 02.01.2016].

im Verlauf des Umzuges. Er bewegte sich frei in der Demonstration. Die anderen acht Institutsmitarbeiter hielten bis zum Ende der Auftaktkundgebung ihre Positionen auf dem Stachus. Als sich der Demonstrationzug zu formieren und zu bewegen begann, eilten drei Mitarbeiter wenige hundert Meter die Sonnenstraße hinauf, bildeten über die Breite der Straße eine „Kette“ und ließen den gesamten Demonstrationzug an sich vorbeilaufen.¹⁸⁰ Eine zweite Kette wurde unterdessen auf der Frauenstraße in Höhe des Isartores gebildet. Etwas mehr als die Hälfte der Umzugstrecke war zu diesem Zeitpunkt absolviert, als der Demonstrationzug die Handzettelverteiler an dieser Stelle ein weiteres Mal passierte. Eine dritte Kette aus Mitarbeitern wurde auf der Ludwigstraße gebildet, kurz vor Erreichen des Ortes der Abschlusskundgebung, des Odeonsplatzes. Erneut ließ man die Demonstrationsteilnehmer an sich vorbeiziehen und bat mit den Handzetteln um die Teilnahme an der Online-Befragung.

Auch während der zweiten als Großdemonstration angekündigten Veranstaltung gegen das G7-Treffen, die am Sonnabend, 6. Juni 2015, in Garmisch stattfand, wurden zur Befragung Handzettel ausgeteilt. Gegen 12 Uhr erreichten vier Institutsmitarbeiter den Ort. Zu dieser Zeit hatten sich in Garmisch bereits einige Demonstranten auf der Kreuzung Bahnhofstraße/St.-Martin-Straße versammelt und wählten einer Eröffnungskundgebung bei. Teils vereinzelt, teils in Gruppen standen oder saßen sie beieinander. Mit der Verteilung der Flyer wartete das Team bis zum Beginn des Demonstrationzuges. Mit der Verteilung der Flyer wartete das Team bis zum Beginn des Demonstrationzuges. Denn ein Teil der Protestierenden hatte sich noch nicht angeschlossen; ausgehend vom Aktionscamp sollte er erst später hinzustoßen; zudem verteilten sich die bereits anwesenden Demonstranten zu diesem Zeitpunkt noch sehr in der Fläche, was es erschwerte, diese systematisch abzudecken. Kurz nach 14 Uhr startete dann der Demonstrationzug seine Schleife durch den Ort. Die Route verlief über die Bahnhofstraße, Hauptstraße, Mittenwalder Straße sowie die B2 Richtung Mittenwald bis zur Abzweigung Wildenauerstraße. Nach einer Zwischenkundgebung auf der B2 ging es zurück bis zum Rathausplatz, dann über die Ludwigstraße, die Hindenburgstraße, die Hauptstraße, in die Bahnhofstraße und zum Kundgebungsplatz zurück. Die Institutsmitarbeiter positionierten sich zu Beginn der Demonstration zu dritt auf der Brücke über die Partnach und ließen die Demonstrationsteilnehmer an sich vorbeiziehen, während Handzettel angeboten wurden. Eine weitere Kollegin verteilte Flyer frei an die G7-Gegner. Der Demonstrationzug musste mehrfach stoppen, weil die Polizei eine Fortsetzung immer wieder untersagte: Sie monierte den quaderförmigen Einsatz der Transparente und stellte die Bedingung, dass zwischen diesen ein Mindestabstand einzuhalten sei. Lange Zeit

¹⁸⁰ Die Demonstrationstrecke im Einzelnen: Karlsplatz – Sonnenstraße – Sendlinger-Tor-Platz – Blumenstraße – Frauenstraße – Isartorplatz – Thomas-Wimmer-Ring – Karl-Scharnagl-Ring – Franz-Josef-Strauß-Ring – Von-der-Tann-Straße – Ludwigstraße – Odeonsplatz (Platz vor der Feldherrnhalle); auf dem Odeonsplatz fand die Abschlusskundgebung statt, die gegen 19 Uhr endete.

weigerte man sich, diesen Forderungen nachzukommen; infolgedessen zog sich die Verteilung ohne großen Fortschritt zunächst über sechzig bis neunzig Minuten hin. Als das Fortkommen gesichert war und das Ende des Zuges an uns vorüberging, begaben wir uns wieder zur Spitze der Demonstration und verteilten teils gehend, teil stehend und etwas ungeordneter als bei der ersten Aufstellung die meisten der verbliebenen Flyer. Wir verließen die Demonstration kurz vor der Kreuzung zur Hauptstraße, da wir bereits auf der Bahnhofstraße eine dichte Sättigung erreicht hatten.

Zur Demonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin reisten neun Mitarbeiter frühzeitig an und postierten sich eine Stunde vor Kundgebungsbeginn rund um den Washingtonplatz. Drei Mitarbeiter reihten sich entlang der Edelweißstraße in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes auf. Vier Mitarbeiter stellten sich an die Ecke Rahel-Hirsch-Straße/Friedrich-List-Ufer/Gustav-Heinemann-Brücke. Zwei Mitarbeiter waren entlang der Ella-Trebe-Straße aufgestellt. Über die Elisabeth-Abegg-Straße war kein Zugang zum Washingtonplatz möglich, weil an dessen Ende eine Bühne aufgebaut worden war. Zeitgleich wurde begonnen, Zettel zu verteilen. Bis zum Beginn der Kundgebung wurden an den genannten Orten an ankommende Demonstrationsteilnehmer Handzettel ausgegeben. In der Folge bildete das Institutsteam an ausgewählten Streckenabschnitten des Demonstrationzuges drei „Ketten“, die Flyer an die passierenden Demonstranten aushändigten. Die erste Kette gab direkt zu Beginn des Umzuges hinter der Hugo-Preuß-Brücke am Kapelle-Ufer mit insgesamt vier Mitarbeiter Einladungen aus. Die zweite Kette, bestehend aus drei Mitarbeiter, hatte sich zur Weidendammer Brücke auf der Friedrichstraße begeben, die sämtliche Teilnehmer überqueren mussten, und dort Handzettel verteilt. Die dritte Kette positionierte sich auf der Straße des 17. Juni an der Ecke zur Yitzhak-Rabin-Straße. An den ersten beiden Ketten zog der Demonstrationzug vollständig vorbei und während dieser Zeit konnten Zettel ausgegeben werden. Die dritte Kette konnte nur rund die Hälfte des Zuges an sich vorbeiziehen lassen, ehe die Handzettel ausgingen, also alle 10.000 Stück verteilt waren. Wiederum: Ziel war auch hier gewesen, allen Demonstrationsteilnehmern zumindest die theoretische Möglichkeit zu eröffnen, einen Zettel zu erhalten.

5. Ergebnisse der Befragungen

Wie bereits gezeigt: Drei Demonstrationsbefragungen stehen im Zentrum dieser Ergebnisdarstellung. Zu den Protesten im Rahmen des G7-Gipfels Anfang Juni 2015 führte das Göttinger Institut für Demokratieforschung zwei Befragungen durch. Damals waren in München mehr als

35.000 Menschen gegen TTIP auf die Straße gegangen, von denen sich mehr als 600 Teilnehmer an unserer Befragung beteiligt haben. In Garmisch waren 4.000 Demonstranten versammelt, von denen sich lediglich 55 beteiligt haben. Und in Berlin, im Oktober 2015, waren es über 1.000 der bis zu 250.000 Demonstrierenden, die uns Auskunft gegeben haben. Für alle drei Befragungen gilt: Bei ihnen handelt es sich nicht um repräsentative Befragungen. Die Resultate sagen nur etwas aus über die tatsächlich Befragten, nicht aber über die Protestformation als solche. Ob die von uns befragten TTIP-Kritiker tatsächlich die Vielfalt an Parteien, Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen widerspiegeln, lässt sich nicht sagen. Dennoch mag unsere Studie ein Gefühl dafür vermitteln, welche Bürgerinnen und Bürger sich eigentlich hinter dem breiten Bündnis gegen das Freihandelsabkommen verbergen. Die Inhalte der Fragebögen ähneln sich dabei strukturell – auch, um eine Vergleichsebene zu eröffnen. Uns ging es um die Zusammensetzung, Motivation und Wünsche der Menschen, die gegen die Politik der G7 und das Freihandelsabkommen auf die Straße gehen.

Dabei lag der Fokus der Untersuchung neben der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Demonstranten vor allem auf der Frage, wie die Teilnehmer die Entwicklung von Demokratie und Kapitalismus (und dessen Institutionen) in Deutschland im Kontext von Globalisierung und Freihandelsabkommen wahrnehmen und bewerten. In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Studien vorgestellt; wobei der Fokus auf der Berliner Befragung liegt, während die bayrischen Kurzstudien eher ergänzend und mitunter kontrastierend eingeführt werden.

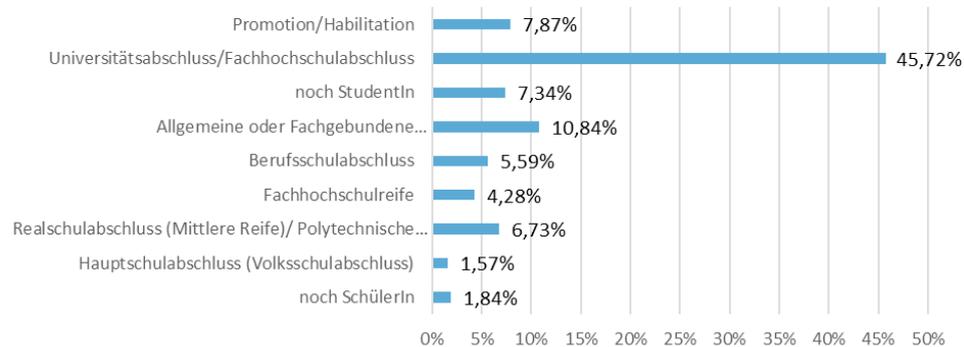
	04.06.2015 München	06.06.2015 Garmisch	10.10.2015 Berlin
Anzahl der mitgenommenen Flyer	10.000	3.870	10.690
Ablehnungsquote im Durchschnitt (Annahme: ungefähr die Hälfte aufgrund von Redundanz)	21 %	72 %	40 %
Kontaktierte Demonstranten (Schätzung aufgrund der Ablehnungsquote/2)	6.774	808	12.828
Anzahl der verteilten Flyer	6.130	594	10.690
	6.724		
Übrig	3.870	3.276	0
Teilnehmerzahl der Online-Umfrage (Gesamtsample)	751 (623)		1.337 (1.039)
Rücklaufquote (Online-Teilnehmer/verteilte Flyer)	11,2 % (9,3 %)		12,5 % (9,7 %)

Grafik 1:
Die drei Befragungen im Überblick (München, Garmisch, Berlin)

Sozialstruktur

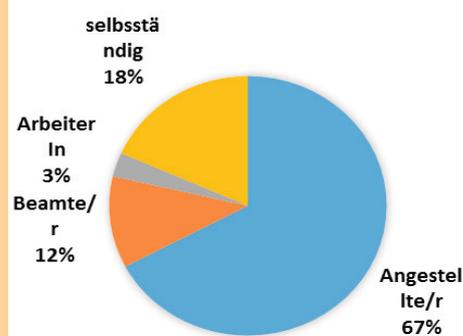
Fast achtzig Prozent der befragten Teilnehmer auf der Berliner Großdemonstration haben Abitur oder einen Hochschulabschluss; in Bayern waren es mit über siebzig Prozent nur geringfügig weniger. Bereits die Zusammensetzung der Stuttgart-21-Gegner vor fünf Jahren hatte gezeigt, dass politisch-kulturell vergleichbare Protestformationen vor allem von besser situierten Milieus getragen wurden.¹⁸¹ Die Quote der Promovierten und Habilitierten liegt bei den TTIP-Opponenten um ein Fünffaches über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Folglich handelt es sich bei den Protestierenden nicht um die bereits real Abgehängten, sondern zumindest soziostrukturell eher um die bürgerlichen Mittelschichten, die gegen das aus ihrer Sicht bedrohliche Szenario von TTIP und CETA auf die Straße gehen. Auch wenn bspw. die deutschen Gewerkschaften in hohem Maße in die Mobilisierung insbesondere für die Berliner Demonstration am 10. Oktober 2015 eingebunden gewesen sind, ist der Anteil an klassischen Facharbeitern, anderen lohnabhängig Beschäftigten und sozial Deprivierten äußerst gering. Dies spiegelt sich auch in der Erwerbssituation wider: Arbeiter sind je nur zu knapp unter vier Prozent vertreten, die Zahl der Erwerbslosen bewegt sich mit fünf Prozent auf einem vergleichbar tiefen Niveau.

Höchster erreichter Bildungsabschluss

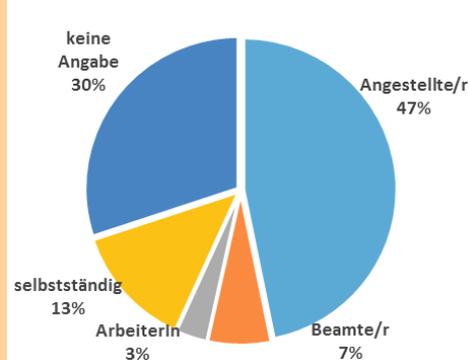


Grafik 2:
Höchster erreichter Bildungsabschluss, Berliner Befragung (n=1.071)

Erwerbsverhältnis G7



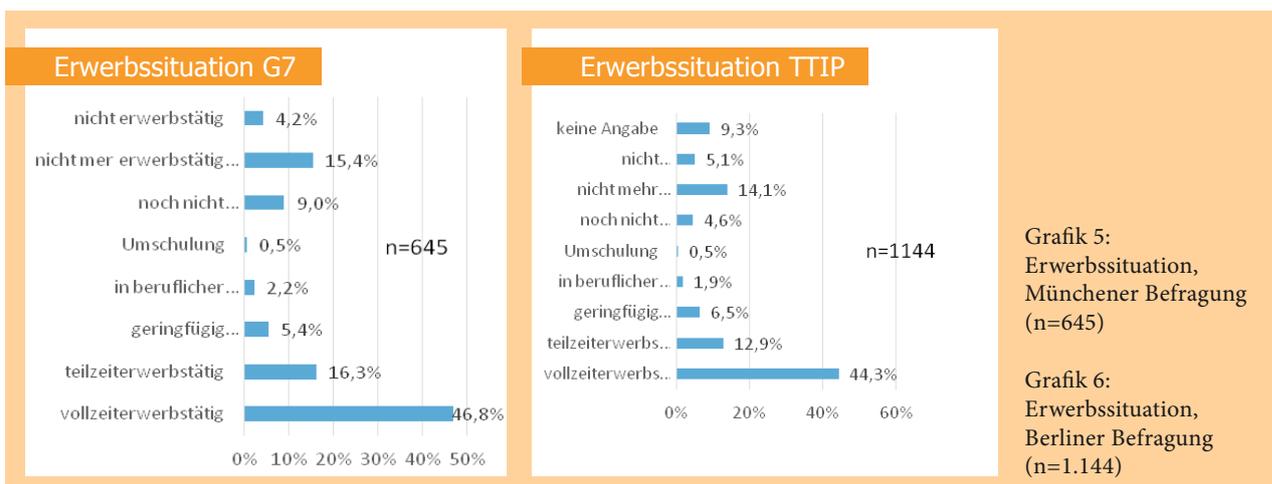
Erwerbsverhältnis TTIP



Grafik 3:
Erwerbsverhältnis, Münchener Befragung (n=502)

Grafik 4:
Erwerbsverhältnis, Berliner Befragung (n=1.144)

181 Vgl. Arbeitsgruppe Demokratietheorie: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21, S. 5, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> [eingesehen am 23.11.2015].



Grafik 5:
Erwerbssituation,
Münchener Befragung
(n=645)

Grafik 6:
Erwerbssituation,
Berliner Befragung
(n=1.144)

Im Untersuchungssample überwiegen Angestellte. Fast jeder zweite von uns Befragte gibt an, sich im Angestelltenverhältnis zu befinden. Mit großem Abstand folgen die Gruppen der Selbstständigen (13 Prozent) sowie der Beamten (sieben Prozent). Doch ist mit Blick auf das Beschäftigungsverhältnis auch festzuhalten, dass knapp jeder dritte Befragte uns gegenüber keine Angaben darüber gemacht hat, in welchem Beschäftigungsverhältnis er sich gerade befindet.

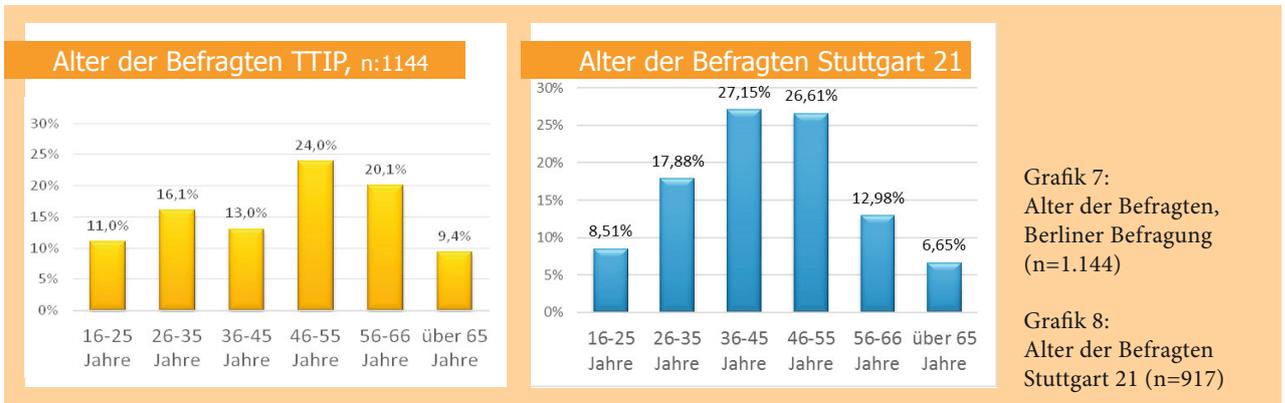
Altersstruktur, Geschlecht, Parteienpräferenz und politisches Engagement

Im Vergleich zu anderen von uns durchgeführten Erhebungen zeigt sich für die hier vorgestellte Untersuchung eine leichte, aber nicht signifikant abweichende Altersstruktur. Hatte es in Stuttgart vor allem die mittleren Alterskohorten der 36- bis 55-Jährigen auf die Straße getrieben, so ist die Verteilung in der vorliegenden Studie zumindest in Teilen eine andere. In München entfallen die größten Anteile auf die 46- bis 55-Jährigen (22 Prozent) sowie auf die Altersspanne von 56 bis 65 Jahre (zwanzig Prozent) – was sich von den Berliner Ergebnissen nicht sonderlich unterscheidet. In Berlin gehörten der Gruppe der 46- bis 55-Jährigen 24 Prozent und der Gruppe der 56- bis 65-Jährigen zwanzig Prozent der von uns Befragten an. Die jüngeren Kohorten sind insgesamt unterproportional vertreten: Nur knapp über ein Viertel der Teilnehmer unserer Studie sind 35 Jahre alt oder jünger. Ein ähnliches Ergebnis in diesem Punkt haben auch die Stuttgarter Befragungen ergeben¹⁸² – wobei in München und Berlin die 46- bis 65-Jährigen dominieren. Zum Vergleich: Bei Stuttgart 21 und Pegida¹⁸³ stellten sich vor allem die 36- bis 55-Jährigen unserer Untersuchung (54 bzw. 55 Prozent). Die „Patriotischen Europäer“ bspw. sind im Schnitt etwas jünger als die Anti-TTIP-Protestler, folgt man

182 Vgl. Arbeitsgruppe Demokratietheorie: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21, S. 5, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> [eingesehen am 23.11.2015].

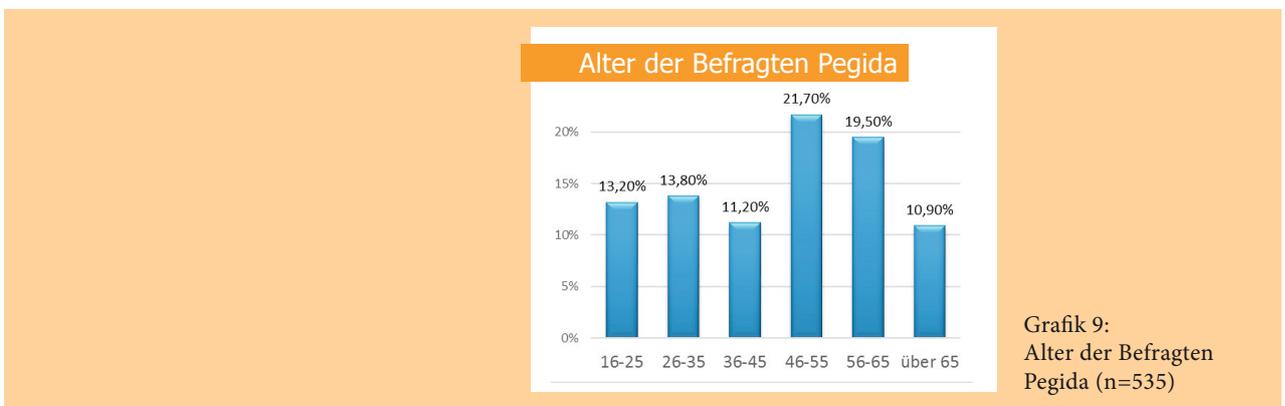
183 Vgl. Walter, Franz: Aktuelle Forschungsergebnisse zu den Pegida-Protesten, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/studie-zu-pegida> [eingesehen am 23.11.2015].

unseren Ergebnissen. Da es sich um eine Online-Befragung handelt, ist trotz einer zunehmenden Digitalisierung der älteren Bevölkerungsschichten von einer Überrepräsentation jüngerer online-affinerer Demonstranten auszugehen.



Grafik 7:
Alter der Befragten,
Berliner Befragung
(n=1.144)

Grafik 8:
Alter der Befragten
Stuttgart 21 (n=917)

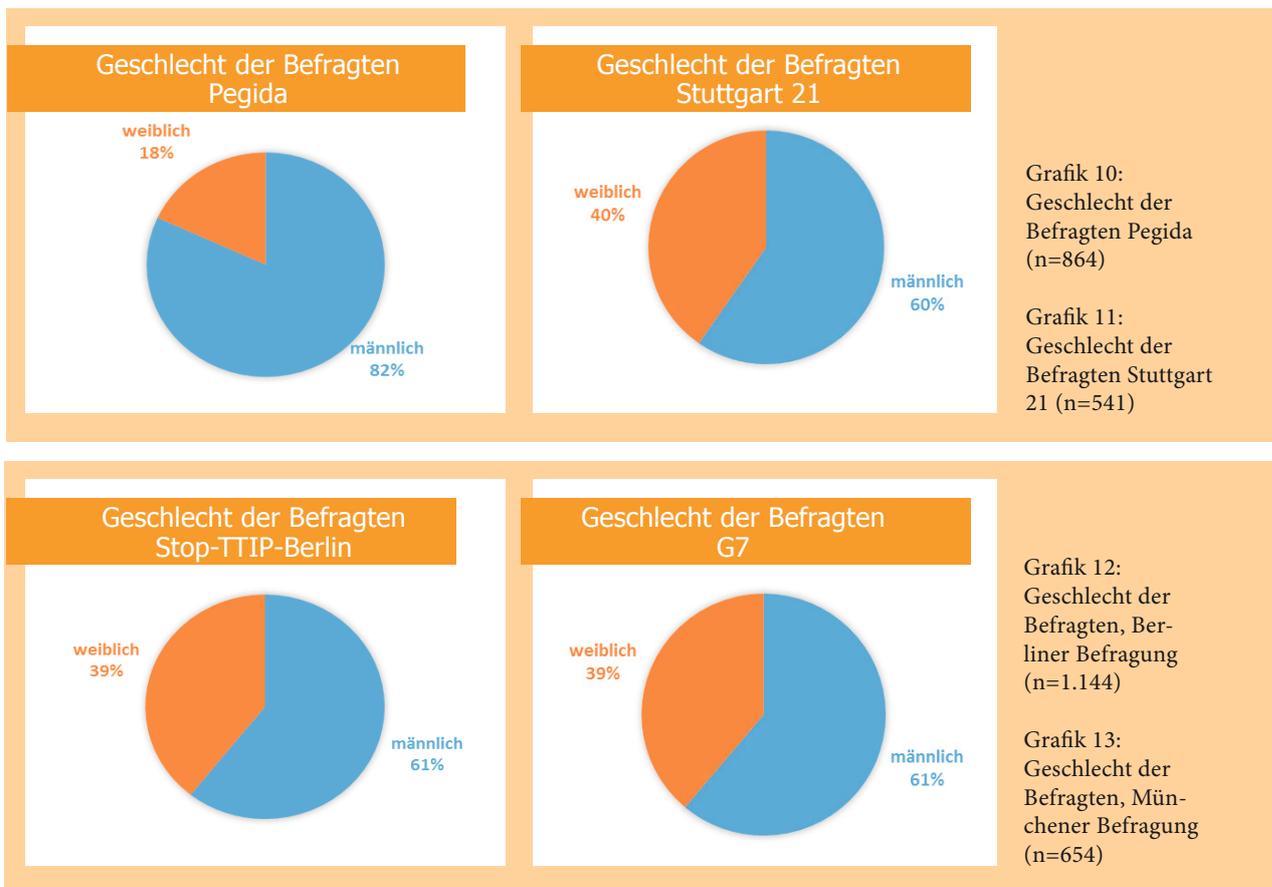


Grafik 9:
Alter der Befragten
Pegida (n=535)

Bei den Protesten gegen den G7-Gipfel in München wie auch bei der Berliner Stopp-TTIP-Demonstration liegt der Anteil der Frauen jeweils bei gut vierzig Prozent. Bei den von sozialstrukturell und kulturell vergleichbaren Milieus getragenen Aktionen gegen den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs belief sich der Anteil an Demonstrantinnen auf einen nahezu identischen Wert.¹⁸⁴ Bei Pegida waren Frauen hingegen massiv unterrepräsentiert; mit 19 Prozent lag der Anteil der „Patriotinnen“ bei unter einem Fünftel. Das mag indes nicht überraschen: Die Proteste gegen den G7-Gipfel und das transatlantische Freihandelsabkommen sind – wie unsere Umfrage auch im Folgenden darstellt – von sozialen Schichten getragen, in denen die Gleichstellung der Frau weiter fortgeschritten ist, als dies für die Milieus rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Mobilisierung zu konstatieren wäre. Zudem verorten sich die zentralen Organisationen und Initiativen der TTIP-Gegner in der Hauptsache eher links, mitunter mit einem dezidiert feministisch-emanzipatorischen Anspruch. Kurzum: Dass sie im Unterschied

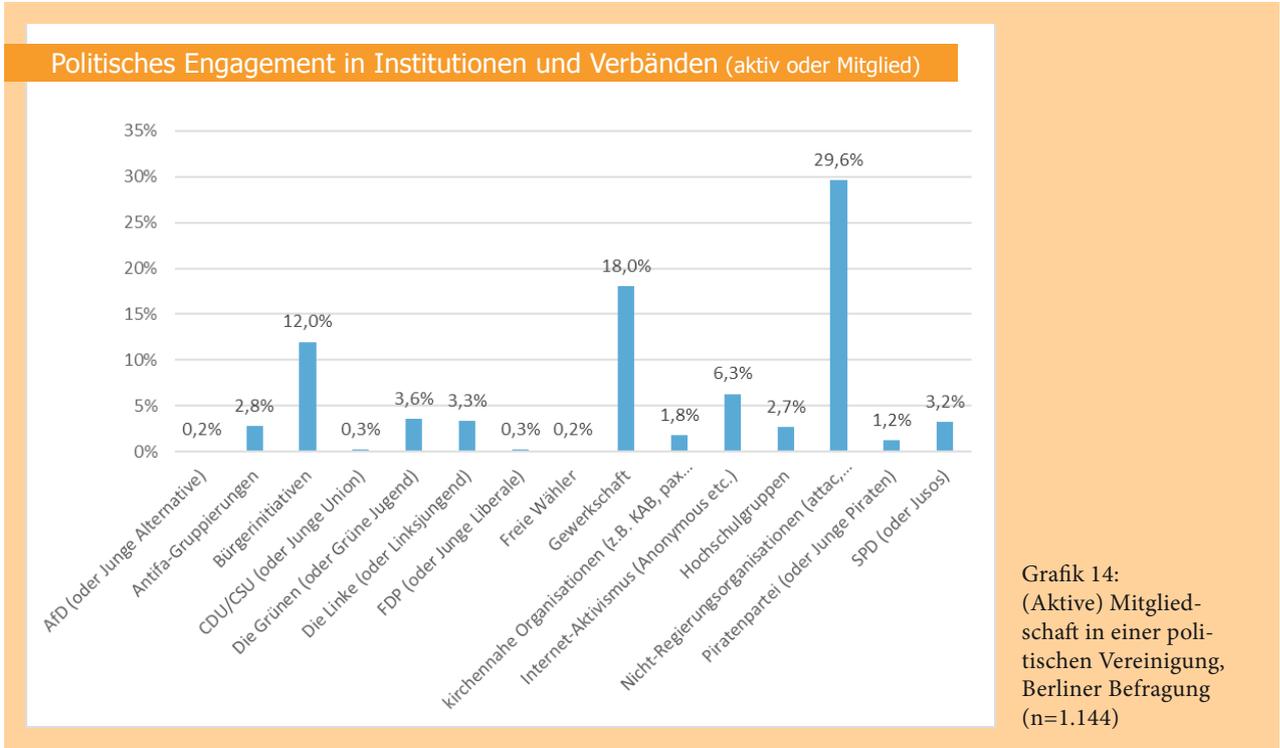
184 Vgl. Arbeitsgruppe Demokratietheorie: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21, S. 6, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> [eingesehen am 23.11.2015].

zur rechten Mobilisierung in Sachsen wesentlich mehr Frauen ansprechen konnten, war durchaus zu erwarten gewesen.

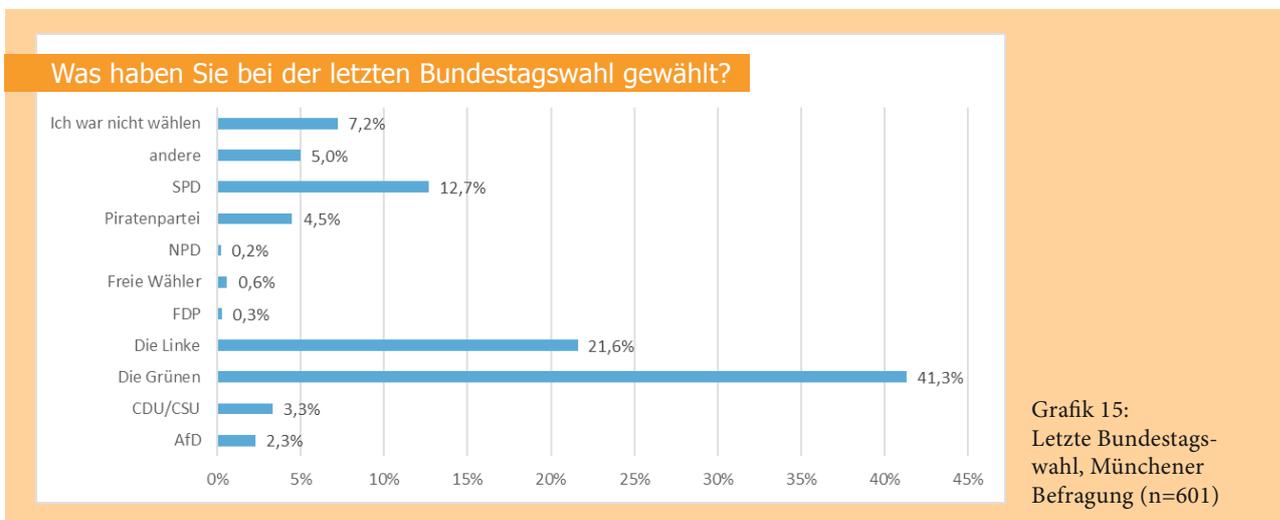


Mit Blick auf die politischen Zugehörigkeiten der von uns Befragten wird ersichtlich: Die überwiegende Mehrzahl der TTIP-Gegner begreift sich als (eher) links. Sofern eine (aktive) Mitgliedschaft in einer politischen Vereinigung vorliegt, sind die Demonstranten in (links-)ökologischen und globalisierungskritischen NGOs und Bürgerinitiativen sowie in Gewerkschaften organisiert. Bei Nichtregierungsorganisationen wie bspw. Attac, dem BUND oder Greenpeace engagierten sich ein knappes Drittel (dreißig Prozent) politisch; gewerkschaftlich engagierten sich 18 Prozent. In Bürgerinitiativen brachten sich zwölf Prozent derjenigen Demonstranten ein, die uns Auskunft gegeben haben. Ebenso sind Vertreter der drei großen Parteien links der Mitte – SPD, Die LINKE und die Grünen – sowie ihrer Jugendorganisationen zu nennen; wengleich zu einem deutlich geringeren Anteil als die oben genannten Assoziationen. Nur jeweils unter vier Prozent der Befragten gehörten den Parteien Die Grünen (3,6 Prozent), Die LINKE (3,3 Prozent) und SPD (3,2 Prozent) als (aktives) Mitglied an. Auch Internetaktivisten (sechs Prozent) und Mitglieder von Antifa-Gruppierungen (drei Prozent) waren zu ähnlich geringen Teilen unter den von uns befragten Demonstranten vertreten.

Erwähnenswert sind dabei gruppenspezifische Verzerrungen: In München nahmen bspw. mit dreißig Prozent überproportional viele aktive Mitglieder der Piratenpartei an der Befragung teil, was den tatsächlichen Anteil unter den in politischen Organisationen Aktiven unseren Demonstrations-Beobachtungen vor Ort vermutlich nicht widerspiegelt.

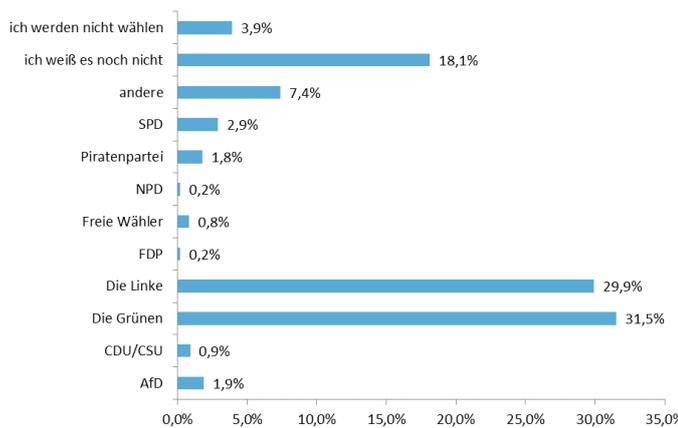


Der eher linke Charakter der Proteste gegen TTIP zeigt sich auch in den Parteipräferenzen. Auf die Frage, welche Partei sie bei der letzten Bundestagswahl gewählt haben, nennen die meisten Teilnehmer unserer Untersuchung die Grünen oder die LINKE. Im Juni 2015 in München entfallen dabei 41 Prozent der Angaben auf die Grünen, 22 Prozent auf die Linkspartei; nur knapp 13 Prozent gaben an, die SPD gewählt zu haben.



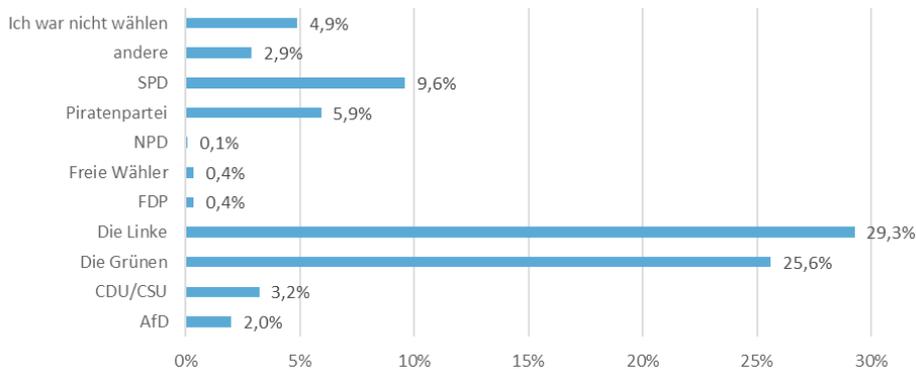
Fragt man jedoch nach dem künftigen Wahlverhalten, verschiebt sich das Bild leicht. Die SPD läuft hier nur unter „ferner liefen“ (drei Prozent), die Grünen haben demgegenüber offenkundig Kredit verspielt: Sie kommen auf 32 Prozent. Die LINKE gewinnt verglichen mit der vergangenen Wahl hinzu (dreißig Prozent). Konservative sowie offen nationalistische bzw. rechte Parteien spielen hingegen keine nennenswerte Rolle: Die AfD kam auf zwei Prozent, die CDU nicht mal auf ein Prozent, die NPD landete im Promillebereich. Fast jeder fünfte der von uns Befragten (18 Prozent) antwortete auf diese Frage mit „Ich weiß es noch nicht“.

Wenn heute Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?



Grafik 16:
Wenn heute Bundes-
tagswahl wäre, Münche-
ner Befragung (n=636)

Was haben Sie bei der letzten Bundestagswahl gewählt?

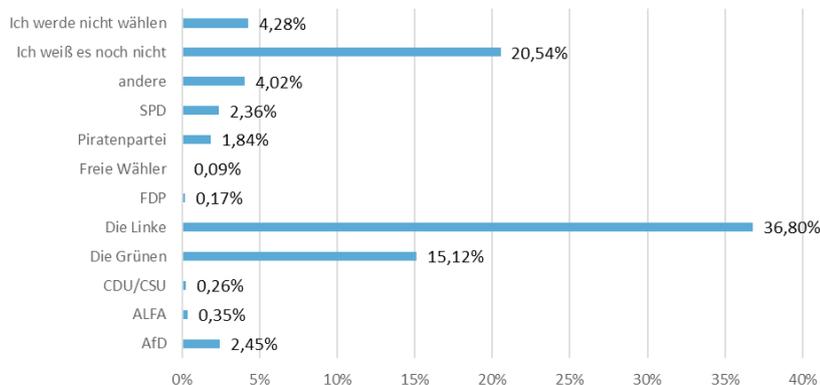


Grafik 17:
Letzte Bundestagswahl,
Berliner Befragung
(n=1.144)

Für die Berliner Befragung im Oktober 2015 ergibt sich eine ähnliche Verteilung. Hier war es allerdings die Linkspartei, welche die meisten Unterstützer unter den Umfrageteilnehmern auf sich vereinen konnte: 29 Prozent der Befragten gaben an, bei der vergangenen Bundestagswahl für sie gestimmt zu haben. Die Grünen wurden von 26 Prozent der Befragten zuletzt gewählt. Der SPD gaben knapp zehn Prozent zuletzt ihre Stimme. Nur die Piratenpartei kam bei dieser Frage auf mehr als fünf Prozent. Alle anderen Parteien blieben teils deutlich

darunter. Auf die Frage, welche Partei die Demonstrationsteilnehmer wählen würden, wäre heute Bundestagswahl, nannten fast 37 Prozent die LINKE, was im Vergleich zum letzten tatsächlichen Wahlverhalten unter den Befragten einen Zugewinn darstellt. Die Grünen würden indes Stimmen verlieren: Knapp 26 Prozent der Befragten gaben an, bei der zurückliegenden Bundestagswahl grün gewählt zu haben; aber nur noch knapp über 15 Prozent der Befragten informierten uns im Oktober in Berlin, bei der nächsten Bundestagswahl für die Grünen stimmen zu wollen. Unschlüssig waren auf der Berliner Demonstration ähnlich viele Befragte wie im Sommer in München: Knapp über zwanzig Prozent antworteten mit „Ich weiß es noch nicht“ auf die Frage nach der Wahlentscheidung.

Wenn heute Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?

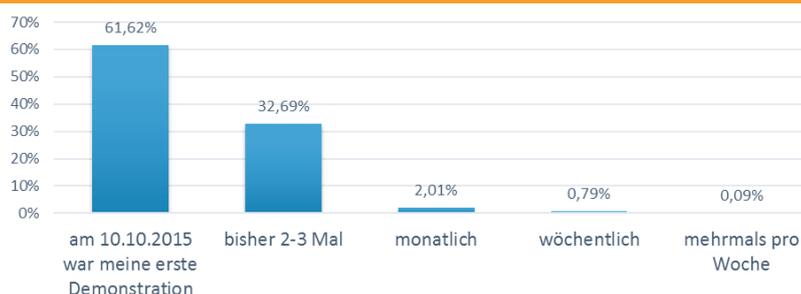


Grafik 18:
Wenn heute Bundestagswahl wäre, Berliner Befragung (n=1.070)

Engagement und Protesterfahrung

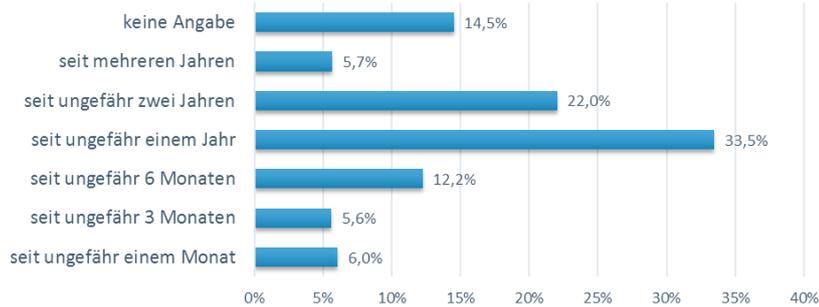
Über welche Protesterfahrungen verfügten die von uns Befragten? Sind sie gar „Berufsdemonstranten“, die ihr Unbehagen gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen hierzulande nicht erst seit Kurzem politisch artikulieren? Unsere Ergebnisse machen klar: Für die überwiegende Mehrheit derjenigen, die uns Auskunft gegeben haben, war die Stopp-TTIP-Demonstration vom 10. Oktober 2015 in Berlin zwar der erste Straßenprotest gegen das transatlantische bzw. andere vergleichbare Freihandelsabkommen (62 Prozent).

Wie oft haben Sie an Protesten gegen TTIP oder andere Freihandelsabkommen teilgenommen?



Grafik 19:
Protest gegen TTIP oder andere Freihandelsabkommen, Berliner Befragung (n=1.144)

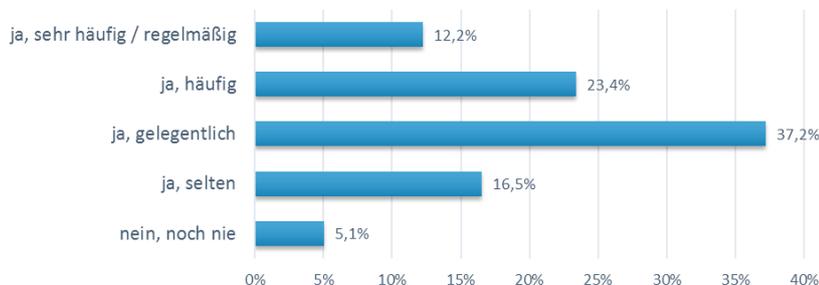
Seit wann engagieren Sie sich gegen Freihandelsabkommen wie TTIP?



Grafik 20: Engagement gegen Freihandelsabkommen, Berliner Befragung (n=1.144)

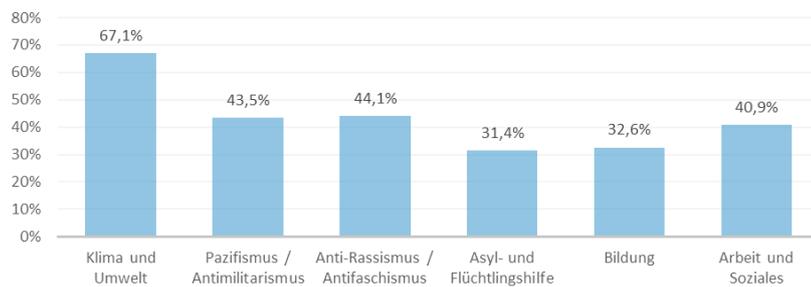
Doch haben im Demonstrationzug keineswegs die Protestneulinge dominiert, wenn man genauer hinsieht. Etwa ein Drittel der von uns Befragten gaben an, bereits mehr als einmal an Großdemonstrationen gegen TTIP oder CETA teilgenommen zu haben. Etwa sechzig Prozent gaben zudem an, sich bereits seit einem Jahr oder länger gegen das Freihandelsabkommen zu engagieren. Und sogar knapp 73 Prozent waren in der Vergangenheit an kleineren Demonstrationen, Unterschriftenaktionen oder sonstigem politischen Protest mindestens gelegentlich beteiligt gewesen. Dieses politische Engagement erstreckt sich dabei über eine ganze Reihe von Themenfeldern: 67 Prozent der Teilnehmer unserer Befragung gaben an, bereits für den Klima- und Umweltschutz aktiv gewesen zu sein. Auch in den Bereichen Arbeit und Soziales, Antimilitarismus sowie Antifaschismus waren zwischen vierzig und 43 Prozent der Befragten bereits vor den Protesten engagiert gewesen. Ebenso zählen Asyl- und Flüchtlingshilfe, die LGBT*-Bewegung, lokale Bürgerinitiativen oder Proteste gegen Infrastrukturprojekte zu den politischen Betätigungsfeldern, wie uns die Umfrageteilnehmer informiert haben.

Haben Sie sich vor TTIP bereits an politischem Protest beteiligt?



Grafik 21: Protestaktivität im Allgemeinen, Berliner Befragung (n=1.144)

In welchen Themenfeldern sind Sie bereits aktiv geworden?



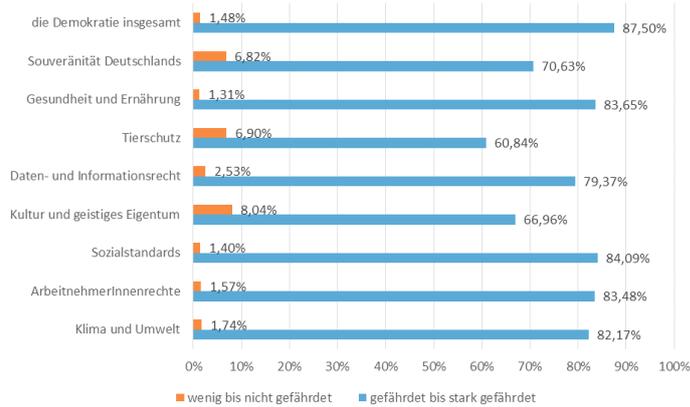
Grafik 22:
Protestaktivität im
Speziellen, Berliner
Befragung (n=1.144)

Zusammen: Die von uns Befragten verfügen über eine teils sehr ausgeprägte und vielfältige Engagementvergangenheit, in eher linken bzw. von linken Parteien und Organisationen besetzten Themenfeldern. Diejenigen, welche gegen TTIP auf die Straße gehen, tun dies in großem Maße offenbar als bereits politisch aktive Menschen, die sich oft auch in Parteien, Initiativen oder NGOs organisieren. Zumindest diejenigen Teilnehmer, die sich unserer Umfrage gestellt haben, sind also in einem vergleichsweise hohen Maße bereits (vor-)politisiert.

„Die Demokratie insgesamt“ und vieles mehr – Was gefährdet TTIP?

Das Unbehagen gegenüber TTIP ist groß. Kunstschaffende und Kulturfreunde fürchten um die Existenz des staatlich geförderten Theaterbetriebs und den kleinen Buchhandel, Gewerkschaften und Arbeitnehmer um soziale Mindeststandards, betriebliche Mitbestimmung – ja, um die Sozialpartnerschaft der Bundesrepublik insgesamt; Umweltverbände treibt u. a. die Furcht vor einer „Amerikanisierung“ der Klimapolitik ins Lager der Freihandelsgegner; vor der Gefährdung und Aushöhlung der europäischen und der deutschen Demokratie durch TTIP warnen die beteiligten Trägergruppen unisono. Was sehen die Demonstrationsteilnehmer zuvörderst durch TTIP gefährdet, haben wir sie gefragt. Die Befragten sehen die Demokratie als solche am gefährdetsten: 88 Prozent der Umfrageteilnehmer gaben an, „die Demokratie insgesamt“ sei durch TTIP gefährdet bis stark gefährdet. Ähnlich hoch ist den Antworten zufolge die Angst vor den Auswirkungen des Abkommens auf die Politikfelder Klima und Umwelt (82 Prozent), Arbeit und Arbeitnehmerrechte (84 Prozent), Sozialpolitik bzw. soziale Mindeststandards (84 Prozent), Datensicherheit (79 Prozent) sowie Gesundheit und Ernährung (84 Prozent). Bei letzterem Punkt dürfte – so legen es unserer Demonstrations-Beobachtungen nahe - vor allem der Sorge vor genmanipuliertem Essen und *Fracking* eine zentrale Bedeutung zukommen.

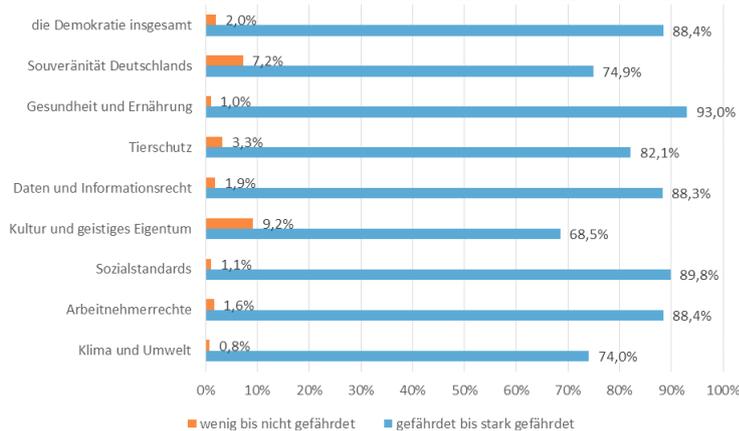
Was wird Ihrer Meinung nach vom Freihandelsabkommen TTIP besonders gefährdet?



Grafik 23: Bedrohung verschiedener Politikfelder durch TTIP, Berliner Befragung (n=1.087)

Zum Vergleich: Die Ergebnisse der Münchener Befragung unterscheiden sich nicht signifikant von denen der Berliner Befragung, wie Grafik 24 zeigt.

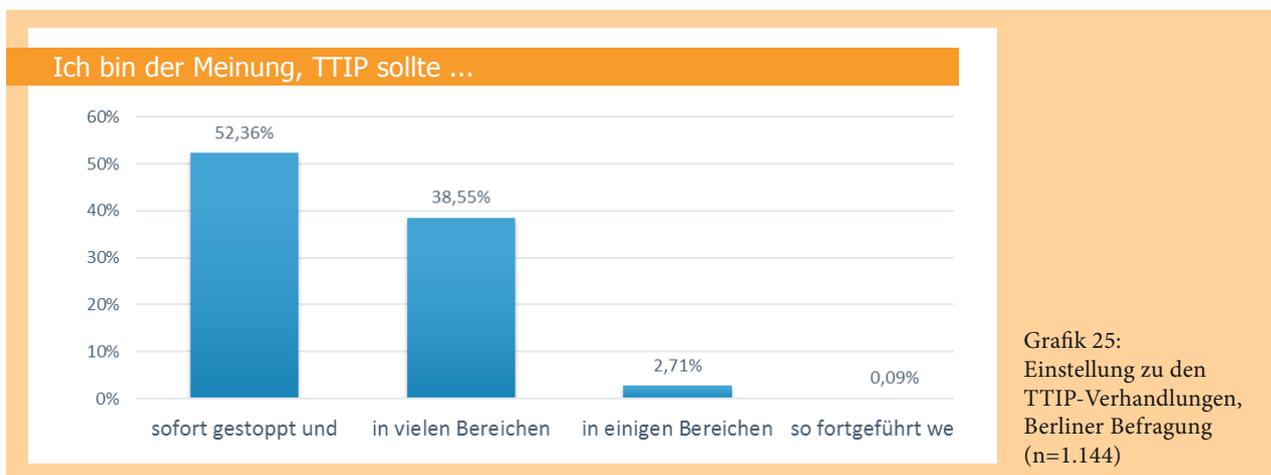
Was wird Ihrer Meinung nach vom Freihandelsabkommen TTIP besonders gefährdet?



Grafik 24: Bedrohung verschiedener Politikfelder durch TTIP, Münchener Befragung (n=636)

Folgerichtig sprechen sich über die Hälfte der in Berlin Befragten für einen sofortigen Stopp von TTIP aus (52 Prozent). Diesen Befragten geht es also nicht um Nachverhandlungen, eine andere Ausformulierung des Abkommens oder eine Änderung der Aushandlungsmodi. Demgegenüber hoffen 39 Prozent der Umfrageteilnehmer auf eine Neuverhandlung des Freihandelsabkommens; von ihnen wird TTIP nicht prinzipiell rundheraus infrage gestellt, ohne spürbare Nachbesserungen jedoch abgelehnt. Neben vielen NGOs und anderen Initiativen, aber auch Teilen der Grünen oder den Jusos können sie daher zu denjenigen TTIP-Kritikern gezählt werden, denen es statt fundamentaler Ablehnung eher um Reformen geht. Die Teilnahme an den Demonstrationen gegen TTIP scheint also nicht zwingend gleichbedeutend zu sein mit einer umfassenden Ablehnung des Abkommens. Bereits die Umfrage bei den G7-Protesten hat gezeigt, dass TTIP nicht per se abgelehnt wird, viele sich aber eine andere Ausgestaltung

wünschen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich über die Hälfte der von uns Befragten in Fundamentalopposition zu TTIP befinden. Diejenigen, die TTIP unter der Bedingung weitreichender Nachverhandlungen akzeptieren, sind in der Minderzahl. 41 Prozent der Befragten vertraten die Meinung, dass TTIP in vielen bzw. einigen Bereichen gestoppt und auf andere Weise weiterverhandelt werden müsse.



Weltanschauung und politische Überzeugungen

Wir haben die Demonstranten nach ihrem Grad der Zustimmung bzw. der Ablehnung von politischen Aussagen befragt, um Hinweise auf ihre Einstellungslagen und politischen Sichtweisen zu erhalten. Im Folgenden sind fünf Auffälligkeiten zusammengefasst.

Technologie und Modernisierung: Wie bereits angesprochen, gehören zu den Politikfeldern, die den Befragten zufolge besonders folgenschwer von TTIP betroffen seien, nicht zuletzt Gesundheit und Ernährung sowie Klima und Umwelt. In der Münchener Befragung bilden Gesundheit und Ernährung sogar das Politikfeld, das am meisten genannt worden ist (93 Prozent). Dabei spielt unter den Demonstranten die Skepsis gegenüber „moderner Technik“ eine große Rolle: Knapp zwei Drittel der in Berlin Befragten stimmten der Aussage, die Menschheit habe noch gar nicht wirklich erkannt, welche Gefahr ihr durch moderne Technologie drohe, zu. Darunter fassen die Befragten insbesondere ihre Opposition gegenüber Gentechnologie und *Fracking*.

Demokratie und Protest: Immerhin knapp über 47 Prozent der Befragten gaben an, dass sie Demonstrationen als vitales Mittel zur Belebung der Demokratie ansähen. Indes gingen knapp 53 Prozent davon aus, dass ihr Protest nur teilweise oder gar keinen Einfluss

auf demokratische Entscheidungsprozesse habe. Das ist ein durchaus interessanter Wert, spiegelt sich darin doch anscheinend die Annahme einer prinzipiellen Ohnmacht der Staatsbürger im politischen Prozess wider. Gewalt als adäquates Mittel einer Demonstration ist dagegen massiv abgelehnt worden: Nur knapp über fünf Prozent der TTIP-Kritiker halten politische Gewalt für legitim. Unter den Teilnehmern der Münchener Untersuchung im Sommer hatte dies im Vergleich dazu noch anders ausgesehen: Sachbeschädigung als „Kollateralschaden“ wie etwa bei den Frankfurter Blockupy-Protesten lehnten damals nur knapp über 52 Prozent ab. Dagegen ist die Forderung nach (mehr) direkter Demokratie in Deutschland äußerst populär, in München wie in Berlin ist sie von über siebzig Prozent der Befragten überwiegend oder voll unterstützt worden.

Krieg und Frieden: Der Aussage, dass Deutschland sich aufgrund der eigenen Vergangenheit noch stärker für die friedliche Lösung internationaler Konflikte einsetzen sollte, stimmten nahezu 74 Prozent der befragten Stopp-TTIP-Aktivisten voll oder überwiegend zu. Auch das mag nicht verwundern, stehen die Massenproteste gegen das transatlantische Freihandelsabkommen doch in der Tradition älterer Protestformationen wie bspw. der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung oder der Bewegung gegen den Irakkrieg von 2003. Allein Russlands Präsident Wladimir Putin scheint bei den grundsätzlich pazifistisch geprägten Demonstranten mit anderen Standards bewertet zu werden: Lediglich etwas mehr als ein Drittel der Befragten forderten von den politischen Spitzen in Deutschland und Europa, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland nicht anzuerkennen.

Geheime Pläne und Machenschaften: Nahezu siebzig Prozent der Teilnehmer der Berliner Untersuchung bejahten die Aussage, dass die meisten Menschen keine Ahnung hätten, in welchem Maße ihr Leben schon heute von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert werde; bei den Protesten gegen den G7-Gipfel lag der Anteil sogar bei knapp 75 Prozent. In weiten Teilen dürfte sich dies aus der Nichtöffentlichkeit bzw. der Intransparenz der TTIP-Verhandlungen wie auch der G7-Gipfel speisen, wie nicht zuletzt auch Gespräche mit den Demonstranten gezeigt haben. Doch liegen hierin auch Anknüpfungspunkte für verschwörungstheoretische Argumentationsmuster.

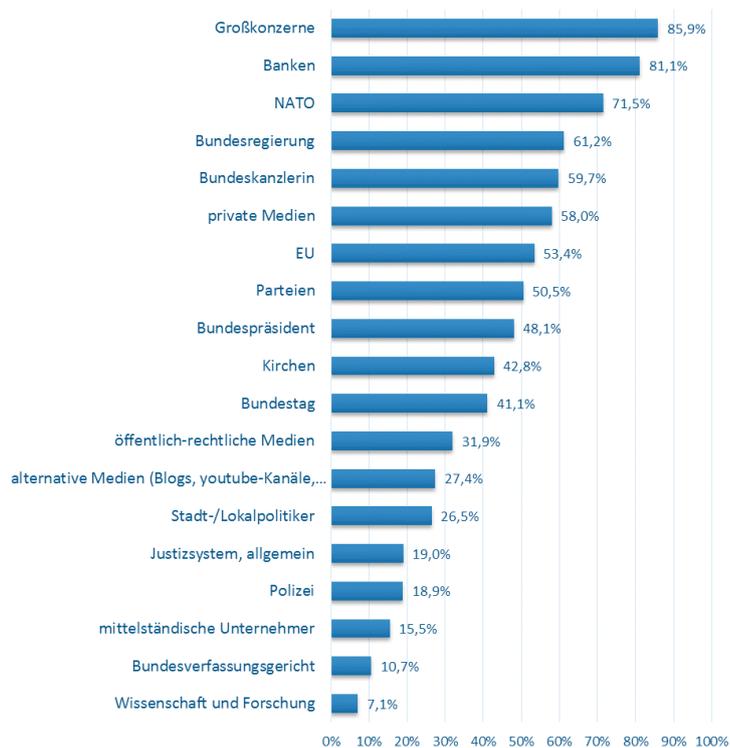
Refugees Welcome: Die Proteste gegen TTIP und noch deutlicher gegen den G7-Gipfel hatten dem eigenen Anspruch nach einen eindeutig antirassistischen Charakter, was insbeson-

dere an der (eher) linken Organisation der Großveranstaltungen lag. Ob linke oder grüne Parteien, Gewerkschaften, Öko-Initiativen oder Menschenrechtsorganisationen: Sie alle schreiben sich den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit auf die Fahnen. Ob Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtling spielt für weit über siebzig Prozent der Befragten ihren Antworten nach keine Rolle. Das Grundrecht auf Asyl habe für beide zu gelten, so haben uns Demonstrationsteilnehmer mitgeteilt. Insbesondere hier offenbaren sich Differenzen zu Protestformationen aufseiten der politischen Rechten wie bspw. Pegida und AfD.

Wem wird vertraut, wem misstraut?

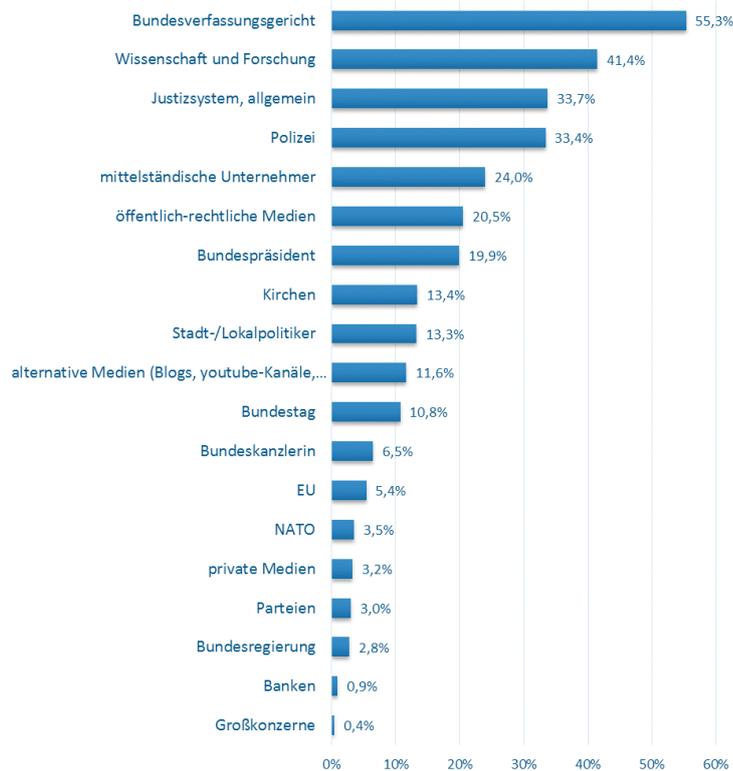
Dass die parlamentarische Demokratie und ihre Institutionen in Deutschland sich inmitten einer Legitimitäts- und Vertrauenskrise befinden, lässt sich auch durch die Ergebnisse unserer Befragungen stützen. „Welchen Personen bzw. Interessengruppen vertrauen Sie?“, lautete unsere Frage. Einzig in das Bundesverfassungsgericht setzten je über fünfzig Prozent der Befragten vollstes oder viel Vertrauen. Der Wissenschaft wird überdies noch am ehesten Vertrauen entgegengebracht (42 Prozent); ihr scheint also durchaus eine gewisse Autorität beigemessen zu werden. Wenig Vertrauen bzw. offenes Misstrauen erfahren unserer Studie zufolge Großkonzerne (86 Prozent), Banken (81 Prozent), die NATO (72 Prozent), die Bundesregierung (62 Prozent), auch Angela Merkel (60 Prozent) sowie die Europäische Union (54 Prozent).

Wenig und gar kein Vertrauen in folgende Institutionen



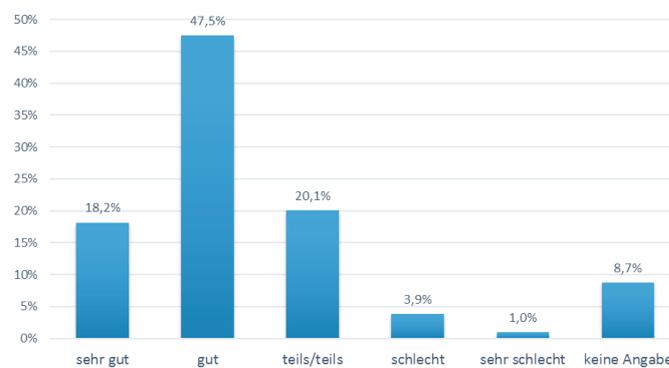
Grafik 26.1:
Vertrauen in
Institutionen,
Münchener Befragung
(n=651)

Vollstes und viel Vertrauen in folgende Institutionen



Grafik 26.2: Vertrauen in Institutionen, Münchener Befragung (n= 651)

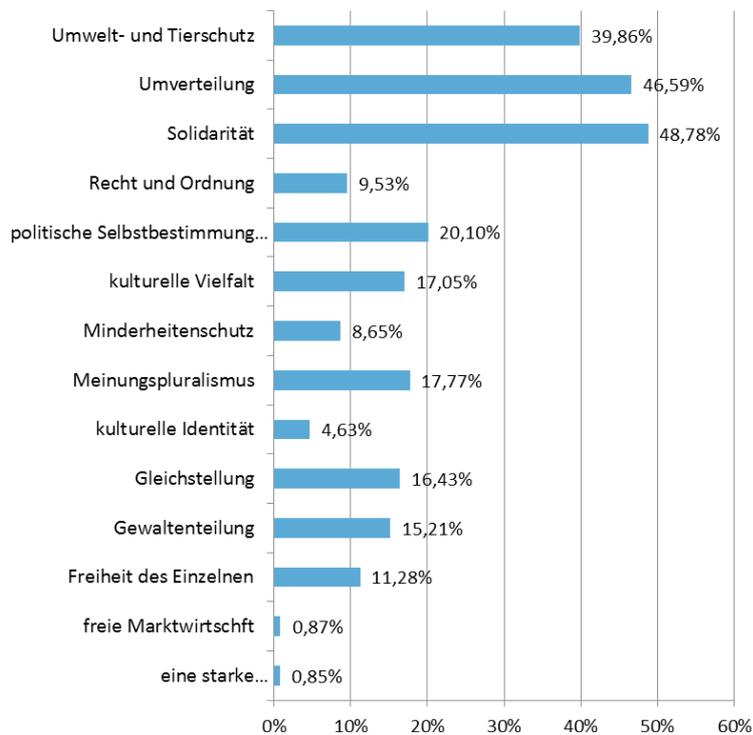
Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer eigenen heutigen Lage?



Grafik 27: Zufriedenheit mit eigener Lage, Berliner Befragung (n=1.144)

Wir fragten zudem danach, was in unserem politisch-gesellschaftlichen System eine größere Bedeutung haben sollte. Bei der Berliner Befragung dominieren Werte der Umverteilung (47 Prozent) und der Solidarität (49 Prozent); wobei auch der Umwelt- und Tierschutz (knapp vierzig Prozent) vergleichsweise häufig genannt worden ist. Einer „starke[n] Führungspersönlichkeit“ und „freie[n] Marktwirtschaft“ (jeweils 0,9 Prozent) sowie „kulturelle[r] Identität“ (knapp unter 5 Prozent) wurden dabei in Berlin jeweils die geringste Bedeutung zugeschrieben.

Was sollte Ihrer Meinung nach in unserem politisch-gesellschaftlichen System eine größere Bedeutung haben?

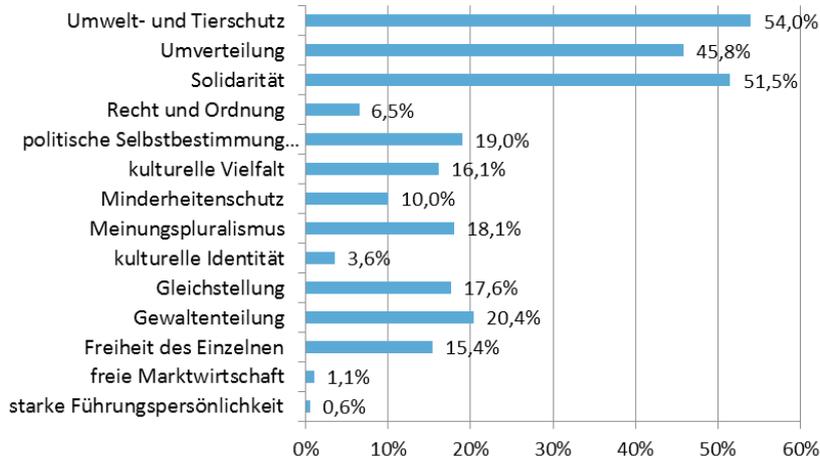


Grafik 28:
„Was sollte Ihrer Meinung nach in unserem politisch-gesellschaftlichen System größere Bedeutung haben?“, Berliner Befragung (n=1.063)

Nimmt man die Ergebnisse der Münchener Untersuchung als Kontrastfolie, so bietet sich ein ähnliches Bild. Auch hier sind Umverteilung (46 Prozent), Solidarität (52 Prozent) sowie Umwelt- und Tierschutz (54 Prozent) Punkte, die sehr häufig genannt worden sind. Über sechzig Prozent der Befragten erachteten „eine starke Führungspersönlichkeit“ für wünschenswert, was überrascht und wobei noch genauer zu untersuchen wäre, inwiefern sich dieser Wunsch vom Hang zu „mehr Recht und Ordnung“¹⁸⁵ abgrenzt, den wir in Protestformationen wie Pegida identifizieren konnten.

185 Anfang 2015 hatten sich knapp zwei Drittel der von uns in Dresden befragten Pegida-Demonstranten gewünscht, dass „mehr Recht und Ordnung“ in unserem politisch-gesellschaftlichen System eintrete; vgl. Geiges/Marg/Walter 2015, S. 70.

Was sollte Ihrer Meinung nach in unserem politisch-gesellschaftlichen System eine größere Bedeutung haben?

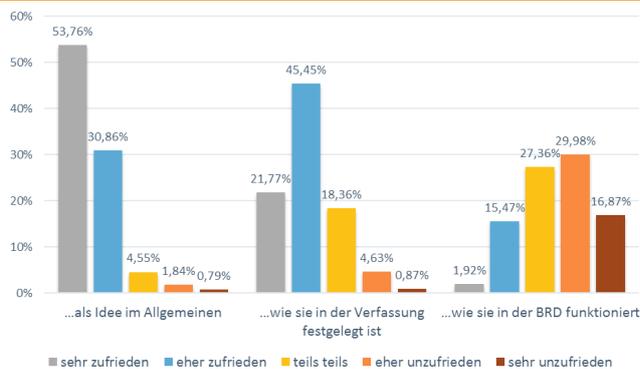


Grafik 29:
„Was sollte Ihrer Meinung nach in unserem politisch-gesellschaftlichen System eine größere Bedeutung haben?“, Münchener Befragung (n=648)

Krise der Repräsentation und Zukunft des demokratischen Kapitalismus

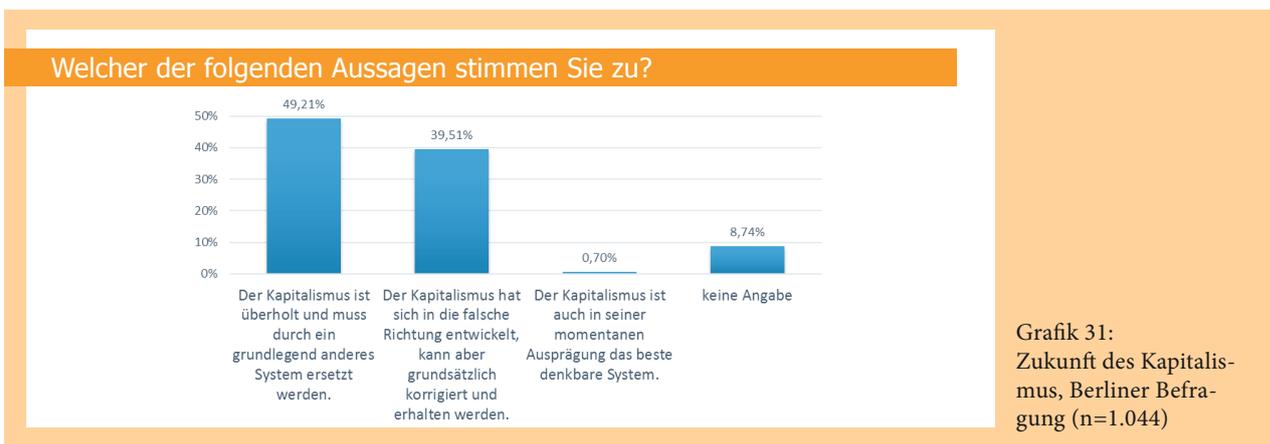
Die Institutionen des deutschen Parlamentarismus kommen bei den TTIP-Gegnern, wie gesehen, nicht sonderlich gut weg. Wir haben die TTIP-Gegner zudem gefragt, wie zufrieden sie mit der Demokratie sind. Die Ergebnisse zeigen, dass die von uns befragten Demonstrationsteilnehmer mit der Idee im Allgemeinen überaus zufrieden gewesen sind: 54 Prozent gaben an, mit der Demokratie sehr zufrieden zu sein; 31 Prozent gaben sich als eher zufrieden zu erkennen. Auch über die verfassungsmäßige Verankerung der Demokratie in Deutschland äußerte man sich insgesamt noch positiv: Sehr zufrieden damit waren 22, eher zufrieden 46 Prozent der von uns Befragten. Unzufrieden hingegen zeigten sich die Demonstranten mit der Demokratie, wenn man sie danach fragte, wie diese ihrer Meinung nach in der Bundesrepublik funktioniere. Demnach waren knapp die Hälfte der TTIP-Gegner sehr unzufrieden (17 Prozent) und eher unzufrieden (30 Prozent) mit der Funktionsweise der Demokratie in der Bundesrepublik.

Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie ...



Grafik 30:
„Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“, Berliner Befragung (n=1.063)

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie korrespondiert mit einer grundsätzlichen Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Erscheinungsform. Beinahe die Hälfte der Befragten geben sich äußerst entschlossen und umfassend: Für sie müsse Schluss sein mit dem Kapitalismus, ein grundlegend anders strukturiertes Gesellschaftssystem habe ihn zu ersetzen. Und immerhin weitere vierzig Prozent sehen dringenden Reformbedarf: Die aus ihrer Sicht fehlerhaften Entwicklungen des Gegenwartskapitalismus seien zu korrigieren.



6. Fazit und Ausblick

Fassen wir zusammen, worüber uns die Untersuchung informiert hat. Zunächst ist klar geworden, dass Proteste gegen die Durchsetzung von Freihandelsprinzipien breiten Bewegungsströmungen entspringen und dabei auch über gewisse Protesttraditionen verfügen. Bereits in den 1990er Jahren hatten sich im Kontext der globalisierungskritischen Bewegung Protestformationen gegen die Freihandelspolitik der westlichen Staaten formiert. Die *No Globals* schwenkten sich zu einer sozialen Bewegung auf, die den Protest gegen Freihandel, die Ausbeutung der armen Länder, die Umwelt- und Klimapolitik des Westens sowie andere Themen in die Städte Europas und Nordamerikas trug. Die Proteste gegen die G7-Gipfel von Seattle, Genua oder Heiligendamm waren dabei die zentralen Bühnen einer entschieden vorgetragenen Globalisierungskritik. Die Aktionen und Demonstrationen gegen den Anfang Juni 2015 auf Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen abgehaltenen G7-Gipfel bezogen sich positiv auf die *No Globals*. In München erinnerte nicht zuletzt ein zweitägiger „Internationaler Gipfel der Alternativen“ an globalisierungskritische Sternstunden, auf dem traditionelle Themen der Bewegung wie Neoliberalismus, Imperialismus und alternative Wege in eine solidarische Zukunft diskutiert wurden. Dennoch: Im Zentrum der Kritik der Protestierenden stand auch bereits in München das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP.

Die Berliner Großdemonstration fünf Monate später wurde dabei von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen, das sich ab 2013 als dezidierte Ablehnung des TTIP-Abkommens herauskristallisiert hatte. Bis weit in das Jahr 2014 und den Europawahlkampf hinein war es allerdings relativ ruhig um TTIP geblieben. Erst infolge einer zunehmenden massenmedialen Verhandlung und Thematisierung der als problematisch erachteten Konsequenzen des Abkommens nahm die Debatte um TTIP an Fahrt auf. Im Januar 2015 gelang dem stetig wachsenden Stopp-TTIP-Bündnis mit einer von 50.000 Menschen besuchten Demonstration gegen das Abkommen und für eine „Agrarwende“ ein erster großer Protesterfolg. Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich eine breite gesellschaftliche Koalition ab: Gewerkschaften, linke Parteien, Umweltverbände, NGOs, Bürgerinitiativen und viele Einzelpersonen organisierten bundesweit Veranstaltungen und kleinere Protestorganisationen. Die noch 2014 entstandene Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP geriet insbesondere hierzulande zu einem großen Erfolg. Die politischen Entscheidungsträger blieben auch im Sommer 2015 bei ihrem TTIP-freundlichen Kurs, die Gegnerschaft wuchs an: Dadurch konnte das sehr professionelle Stopp-TTIP-Bündnis rund 250.000 Menschen für die Demonstration in Berlin mobilisieren – diese wurde zu einem Massenereignis des politischen Protests, dessen bloße Teilnehmerzahl seit den Aktionen gegen den Irakkrieg 2003 nicht mehr erreicht worden war.

Wer nahm an diesen Kundgebungen teil? Wie schon bei den Protesten gegen den Bahnneubau in Stuttgart rekrutierten sich die TTIP-Gegner aus den linken und bürgerlichen Mittelschichten. Fast vier Fünftel der Teilnehmer der Berliner Umfrage haben Abitur oder einen Hochschulabschluss vorzuweisen. Die Quote der Promovierten und Habilitierten liegt hier damit um ein Fünffaches über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Sie sind Angestellte, Selbstständige und Beamte. Auf klassische Facharbeiter, geringfügig lohnabhängig Beschäftigte und Erwerbslose trafen wir in unseren Untersuchungen hingegen kaum. Die Mehrzahl der Befragten war zwischen 46 und 65 Jahre alt und männlich. Jedoch war der Anteil der Frauen mit über zwei Fünfteln relativ hoch. Hier waren also nicht diejenigen Gruppen anzutreffen, die sich gegen den „Klassenkampf von oben“ zur Wehr setzen, sondern die gebildeten, wohl situierten und bereits mit diversen Protest- und Engagementerfahrungen ausgestatteten Teile der bundesrepublikanischen Zivilgesellschaft. Die eigene ökonomische Situation beurteilten sie überwiegend positiv. Die TTIP-Kritiker wählen links – und zwar hauptsächlich die Partei Oskar Lafontaines und Sahra Wagenknechts sowie die Grünen. Hingegen spielt die SPD unter Stopp-TTIP-Aktiven kaum eine Rolle (mehr).

Zwar sind über achtzig Prozent der Befragten sehr oder eher zufrieden mit der Demokratie als Idee im Allgemeinen. Fragt man sie jedoch nach der real funktionierenden Demokratie in Deutschland, geben sich die TTIP-Kritiker ernüchtert. Die angemahnte Differenz zwischen demokratischem Ideal und tatsächlicher Verwirklichung hat viele Protestformationen der vergangenen Jahre geprägt. Allein das Bundesverfassungsgericht erreicht gute Vertrauenswerte. Insgesamt wird der Justiz und der Polizei ein relativ großes Vertrauen entgegengebracht. Den Banken und Großkonzernen, die von den Berliner Demonstranten als „Krisenprofiteure“ angesehen worden sind, wird überwiegend misstraut. Auch auf die politischen Entscheidungsträger der Republik, also Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundespräsident Joachim Gauck, die Bundestagsabgeordneten und die Parteien, will sich die Mehrzahl der Umfrageteilnehmer nicht verlassen.

Das transatlantische Freihandelsabkommen wird mehrheitlich in Gänze abgelehnt. Knapp über vierzig Prozent sind aber immerhin dafür, TTIP durch Nachverhandlungen inhaltlich zu verbessern. In der gegenwärtigen Form gefährde das Abkommen jedoch eine ganze Reihe Errungenschaften des politischen Systems der Bundesrepublik: Zuvorderst nennen die Kritiker hier die Demokratie als solche; aber auch Klima- und Umwelt, Arbeitnehmerrechte und soziale Mindeststandards würden in großem Maße vom verschärften Freihandel angegriffen. Ebenso warnen die Aktivisten vor den Auswirkungen moderner Technologien, hier vor allem vor *Fracking* und Gentechnik, und mahnen eine friedliche Lösung internationaler Konflikte

an. Indes: Nur knapp die Hälfte der von uns befragten TTIP-Opponenten glauben, dass ihr Protest tatsächlich Einfluss auf den Prozess demokratischer Entscheidungsfindung habe. Das Unbehagen an TTIP und die Wut auf die politisch Verantwortlichen sind also groß. Dabei ist bisher nur wenig bekannt über die konkreten Auswirkungen von TTIP. Zwar sind sich sowohl politische als auch wissenschaftliche Stimmen einig, dass das Abkommen zunächst die transatlantischen Beziehungen, in der Konsequenz aber die gesamte multilaterale Ordnung verändern und somit einen tiefgreifenden und dauerhaften Veränderungsprozess einleiten würde.¹⁸⁶ Niemand vermag jedoch vorab zu entscheiden, ob dieser Prozess gelingt oder misslingt.¹⁸⁷ Dies liegt nicht nur an der Geheimhaltung der Verhandlungen, sondern auch an der Komplexität der globalisierten Wirtschaft und der damit zusammenhängenden tatsächlichen Schwierigkeit, detaillierte Prognosen über Handelsverläufe, die Wirtschaftsentwicklung, die Funktionsweise der Welthandelsorganisation WTO, die möglichen Auswirkungen auf Drittstaaten und vieles mehr aufzustellen.¹⁸⁸

Eine Hintergrundfolie zum Engagement gegen das Freihandelsabkommen bildet dabei sicherlich auch ein grundsätzliches Misstrauen vieler Bürger gegenüber dem gegenwärtigen Modus des demokratischen Zusammenlebens. Die von uns befragten TTIP-Kritiker fühlen sich und ihre Positionen von relevanten politischen Institutionen und Akteuren nicht mehr ausreichend vertreten. Dieses Vertrauensdefizit sitzt offenbar tiefer, als dass allein die akute Gemengelage um das transatlantische Freihandelsabkommen das offenbar grundsätzliche Unbehagen am politischen Establishment erklären könnte. Für Gewerkschaften und linke Parteien geht es ganz grundsätzlich um die Konsolidierung noch nicht gefallener staatlicher Begrenzungen in einer zunehmend globalisierten Welt. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer im Sektor der erneuerbaren Energien haben demgegenüber ein genuines Interesse, dass in der Bundesrepublik nicht auf andere Formen der Energiegewinnung – Stichwort „Fracking“ – ausgewichen wird. Kulturschaffende, um eine dritte Interessengruppe gegen das Freihandelsabkommen zu nennen, befürchten einen Kahlschlag in der von öffentlichen Geldern am Leben erhaltenen Theaterlandschaft. Sie alle eint ein handfestes „materielles“ Interesse, nämlich die Sorge vor den aus ihrer Sicht verheerenden Auswirkungen des Abkommens. Diese vermengt sich mit der Artikulation politischer Ideale, die im Kontrast zu den befürchteten Konsequenzen einer verschärften Liberalisierung in diversen Politikfeldern stehen.

186 Vgl. Novotná, Tereza et al.: Introduction, in: Morin, Jean-Frédéric et al.: *The Politics of Transatlantic Trade Negotiations. TTIP in a Globalized World*, Farnham/Burlington 2015, S. 1–6, hier insbesondere S. 6.

187 Vgl. ebd.

188 Vgl. Aggarwal, Vinod K./Evenett, Simon J.: An Open Door? TTIP and Accession by Third Countries, in: Morin, Jean-Frédéric et al.: *The Politics of Transatlantic Trade Negotiations. TTIP in a Globalized World*, Farnham/Burlington 2015, S. 93–102.

Die ideellen Antriebskräfte des Protests wurzeln tief und sind überaus vielfältig: Den Opponenten des Abkommens geht es um Umwelt- und Klimaschutz, die Formulierung einer umfassenden Wachstumskritik, die grundlegende Ablehnung neoliberaler Politik, die allein den Banken und multinationalen Konzernen diene, sowie den Erhalt und Schutz deutscher und europäischer „Standards“ (vor denen der USA), wie es sich exemplarisch an den Diskussionen um Datensicherheit im Allgemeinen und der NSA-Affäre im Besonderen zeigen ließe.¹⁸⁹ Zusammen: In der Ablehnung des unter den Aktivisten neoliberal konnotierten Freihandels treffen sich also eine Vielzahl ideeller wie materieller Interessen und ihrer Träger, sodass ein breites Bündnis entstehen konnte.

Darin spielten auch Projektionen von „amerikanischen Verhältnissen“ eine protestmotivierende Rolle. Vergleichbare Freihandelsabkommen, wie das der EU mit Kanada (CETA), haben zwar eine gewisse Kritik, aber mitnichten ein derartiges politisches wie mediales Echo hervorgerufen. Gleiches gilt für die seitens der Europäischen Union angestrebte Verdichtung der Handelsbeziehungen mit dem afrikanischen Kontinent im Rahmen des EPA-Freihandelsabkommens. Im medialen Diskurs findet dies fast keine Beachtung und unter den TTIP-Kritikern beschäftigen sich wohl nur eingefleischte Internationalisten mit dem europäisch-afrikanischen Abkommen – und das, obwohl die von den Europäern forcierte Marktöffnung des afrikanischen Wirtschaftsraums für lokale Kleinbauern und andere Betroffene nachhaltige Auswirkungen zeitigen könnte. Gewiss: Übertragungen, Überzeichnungen, durchaus auch Übertretungen gehören fest zum Repertoire eines jeden politischen Straßenprotests; gleichwie fielen antiamerikanische Rhetorik und Symbolik als wiederkehrende Momente sowohl in den Mobilisierungskampagnen und den beobachteten Demonstrationen als auch in den Aussagen der von uns befragten Demonstrationsteilnehmer auf.¹⁹⁰

Dass der Protest gegen TTIP in Deutschland größer ausfällt als in allen anderen Ländern, mag daran liegen, dass in den Debatten um das Abkommen die für Deutschland spezifischen Konfliktlinien einer Misstrauensgesellschaft zusammenlaufen könnten. In der Auseinandersetzung um TTIP kulminieren verschiedene Konflikte der bundesdeutschen Gegenwart. Der Konflikt um dieses Abkommen verweist auf größere und grundlegendere Zusammenhänge. Bürgerproteste der Jahre 2010 ff. wie bspw. die vielen kleineren Konflikte um Infrastruktur- und Energiewendeprojekte sowie die Opposition gegen TTIP stehen nicht gänzlich

189 Vgl. Mayer 2015.

190 Ein Beispiel: Sowohl ein Aufsatz der BUND-Aktivistin Maja Volland, der in den Blättern für deutsche und internationale Politik erschienen ist und TTIP bezeichnenderweise als „Politik gegen den Bürgern“ identifiziert hat, als auch eine Veranstaltungsankündigung von COMPACT haben auf dieselbe Karikatur von Angula Berria zurückgegriffen, die einen leidenden Arbeiter zeigt, der „Stop TTIP! TTIP TISA CETA“ schreit, während er zwischen gewaltigen Zahnrädern zermalmt wird, die wirtschaftliche und politische Macht als zusammenwirkendes, unerbittliches Getriebe von USA und EU, von Coca Cola, NIKE, Nestlé, Monsanto und McDonalds verkörpern. Die immer dichter ineinandergreifende Mechanik – so der Eindruck – gefährdet das europäische Leben; vgl. Volland, Maja: TTIP: Politik gegen den Bürger, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/2015, S. 25–27, URL: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/maerz/ttip-politik-gegen-den-buerger> [eingesehen am 03.08.2015].

unverbunden nebeneinander. Zum einen geht es dem breiten gesellschaftlichen Stop-TTIP-Bündnis um den Erhalt von sozialen Standards und bestehenden demokratischen Rechten, die der demokratische Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervorgebracht hat und die unter den Bedingungen der Globalisierung zunehmend verloren zu gehen drohen. Zum anderen, und damit einhergehend, fühlt sich ein zunehmend öffentlich in Erscheinung tretender Teil der Bundesbürger von den politischen Eliten aus Grünen, SPD und „sozialdemokratisierter“ Christdemokratie nicht hinlänglich vertreten. Im Gegenteil: Diese betrieben eine „Politik gegen den Bürger“ – oft genug im Verbund mit der Wirtschaftslobby. Insbesondere ihren Wohlstandsversprechungen durch ökonomische Freizügigkeiten begegnet man zunehmend kritisch. Insofern kann die Gegnerschaft zum TTIP-Abkommen durchaus als Hinweis auf einen allgemeinen Legitimationsverlust der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sowie des liberalen parlamentarischen Systems gedeutet werden. Dass die politischen Eliten eine gegen das Gemeinwohl gerichtete Politik machten, scheint jedenfalls in der Misstrauensgesellschaft eine ausgemachte Sache zu sein. Dieses grundsätzliche Unbehagen hat sich verfestigt. Im Jahr 2015 scheint das Nein zu TTIP, CETA und Co. bereits gesellschaftlich derart konsolidiert gewesen zu sein, dass es schlaglichtartig – nämlich zu den großen Protest-Events in Bayern und Berlin – so massiv in den öffentlichen Fokus rückte. Wobei auffiel, dass selbst die Berliner Massendemonstration gemessen an ihrer Größe im Nachgang nur ein seltsam geringes Medienecho hervorrief. Die „Mainstream-Medien“, wie TTIP-Gegner etablierte Tageszeitungen und politische Magazine uns gegenüber nur allzu oft zusammenfassend genannt haben, verfolgten eigene Interessen, hätten sich vom Bürger entfernt, seien nicht wirklich unabhängig. Auch die deutsche Spitzenpolitik reagiere betont träge. Die tatsächliche gesellschaftliche Stimmung spiegelte sich in den entscheidenden politischen Institutionen jedenfalls nicht wider. Immerhin, so mag es der eine oder andere Stopp-TTIP-Aktivist als Erfolg verbuchen: „All in all, TTIP is a real loser for any politician right now in Germany.“¹⁹¹

191 Zit. nach Mayer 2015, S. 53.

Literaturverzeichnis

van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan: Who is that (Wo)man in the Street? From the Normalization of Protest to the Normalisation of the Protester, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 39 (2001), H. 4, S. 461–486.

Aggarwal, Vinod K./Evenett, Simon J.: An Open Door? TTIP and Accession by Third Countries, in: Morin, Jean-Frédéric et al.: *The Politics of Transatlantic Trade Negotiations. TTIP in a Globalized World*, Farnham/Burlington 2015, S. 93–102.

Ami go home! Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten, *COMPACT* Spezial Sonder-Ausgabe Nr. 6, Werder 2015.

Arbeitsgruppe Demokratietheorie: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21, S. 5, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> [eingesehen am 23.11.2015].

ARD/ZDF-Onlinestudie 2015, URL: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=535> [eingesehen am 24.11.2015].

Attac Deutschland: Freihandelsabkommen: CETA OFFEN LEGEN, TTIP STOPPEN! Geheimverhandlungen mit Kanada als Blaupause für Abkommen mit USA, in: Website von Attac Deutschland, URL: http://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/freihandelsabkommen-ceta-offen-legen-ttip-stoppen/?no_cache=1&cHash=c1d7aada39991040449c577f945bd543 [eingesehen am 17.09.2015].

Atteslander, Peter/Kneubühler, Hans-Ulrich: Verzerrung im Interview. Zur Fehlertheorie der Befragung, Opladen 1975.

Banse, Frauke/Habermann, Friederike: Vom Ende der Globalisierungsbewegung – und dem, was kommt. Ein Rück- und Ausblick, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 25 (2012), H. 1, S. 51–60.

Barker, Tyson et al.: TTIP and the Fifty States: Jobs and Growth from Coast to Coast. Atlantic Council/Bertelsmann Foundation/British Embassy in Washington, Washington, D. C. 2013.

Batinic, Bernad: Datenqualität bei internetbasierten Befragungen, in: Theobald, Axel et al.: *Online-Marktforschung. Theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen*, Wiesbaden 2001, S. 115–132.

Bauer, Matthias: Klicks gegen TTIP. Netzaktivismus als Mittel zur Massenmobilisierung, in: *Analysen & Argumente*, H. 174, Berlin 2015.

Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter: Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ – einzigartig oder typisch?, in: *Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hrsg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Wiesbaden 2013, S. 97–125.

Beck, Stefan/Scherrer, Christoph: Das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA. Arbeitspapier 303, Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2014.

Beyeler, Michelle: Was bewirkt Globalisierungskritik? Protestkampagnen gegen die Welthandelsorganisation und das Weltwirtschaftsforum, Frankfurt a. M./New York 2013.

Birnbaum, Michael H.: Human research and data collection via the internet, in: *Annual Review of Psychology*, Jg. 55 (2004), H. 6, S. 803–832.

Böhnel, Max: Alternativgipfel und Proteste in aller Abgeschiedenheit, in: *Neues Deutschland*, 18.05.2012, URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/227084.alternativgipfel-und-proteste-in-aller-abgeschiedenheit.html> [eingesehen am 19.07.2015].

Bollmann, Ralph/Nienhaus, Lisa: Da läuft etwas aus dem Ruder, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.02.2015.

Brand, Ulrich: Globalisierungskritik, in: *Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, Hamburg 2001, S. 881–889.

Brauer, Simon/Lichter, Jörg: Wohlfahrtseffekte einer transatlantischen Freihandelszone, *Handelsblatt Research Institute* 2013, S. 6, URL: <http://research.handelsblatt.com/wp-content/uploads/2013/09/Beispiel-HRI-Dossier-Transatlantische-Freihandelszone-2.pdf> [eingesehen am 16.09.2015].

Braun, Michael: Carlo Giuliani, ein Junge, in: *taz.de*, 17.07.2011, URL: <http://www.taz.de/!5116232/> [eingesehen am 09.11.2015].

Bundesamt für Verfassungsschutz: Extremistische Globalisierungskritik nach Heiligendamm, Köln 2008.

Chomsky, Noam: Profit over People – Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg 2000.

Crumbach, Conny: Aufstand gegen den Freihandel, in: *WDR aktuell*, 18.04.2015, URL: http://www1.wdr.de/themen/aktuell/xy_politik/ttip-aktionstag100.html [eingesehen am 17.09.2015].

Daphi, Priska et al.: Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, URL: https://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf [eingesehen am 07.01.2016].

della Porta, Donatella/Andretta, Massimiliano/Mosca, Lorenzo/Reiter, Herbert: *Globalization from Below. Transnational Activists and Protest Networks*, Minnesota 2006.

della Porta, Donatella: *Global Activists: Conceptions and Practices of Democracy in the European Social Forums*, WP 5 Report, *Democracy in Movement and the Mobilization of the Society*, Paper at the Annual Joint Sessions of the European Consortium for Political Research, Helsinki, May 2007, URL: <https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/514662d3-5b33-4d4a-88e0-5f8f3a3b3735.pdf> [eingesehen am 09.11.2015].

Denkler, Thorsten: Kleine Strafe für Putin, in: Süddeutsche Zeitung, 03.06.2014, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-in-bruessel-kleine-strafe-fuer-putin-1.1984447> [eingesehen am 19.07.2015].

Deutsch, Klaus Günter: Atlantische Einheit im weltweiten Wettbewerb. T-TIP in Perspektive, in: EU Monitor Europäische Integration, Deutsche Bank Research, Frankfurt a. M. 2013.

Deutscher Gewerkschaftsbund: Statement of the German Trade Union Confederation (DGB) Concerning the Planned Negotiations for a Transatlantic Trade and Investment Partnership Between the EU and the US (TTIP), 29.04.2013, URL: <http://www.dgb.de/themen/++co++b803bbb0-9a17-11e3-a1f3-52540023ef1a> [eingesehen am 17.11.2015].

Deutscher Gewerkschaftsbund: Freihandelsverhandlungen mit den USA aussetzen. Kein Abkommen zu Lasten von Beschäftigten, Verbrauchern oder der Umwelt, 15.05.2014. URL: <http://www.dgb.de/themen/++co++0643b170-08d3-11e4-b547-52540023ef1a> [eingesehen am 17.11.2015].

Dingler, Catrin: Gipfel ohne Sturm, in: Jungle World, 16.07.2009, URL: <http://jungle-world.com/artikel/2009/29/35479.html> [eingesehen am 18.07.2015].

European Commission: The top 10 myths about TTIP. Separating fact from fiction, Luxemburg 2015, URL: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/march/tradoc_153266.pdf [eingesehen am 17.09.2015].

Favre, Pierre et al.: La fin d'une étrange lacune de la sociologie des Mobilisations. L'étude par sondage des manifestants, fondements, théoriques et solution techniques, in: Review française de science politique, Jg. 47 (1997), S. 3–28.

Felbermayr, Gabriel et al.: Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA, ifo Institut/Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, München 2013.

Finkbeiner, Florian/Geiges, Lars/Keune, Hannes/Schenke, Julian: G7-Gipfel: Protest in der Provinz, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 03.06.2015, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/g7-gipfel-protest-in-der-provinz> [eingesehen am 10.11.2015].

Fisher, Dana R./Stanley, Kevin/Berman, David/Neff, Gina: How do Organizations Matter? Mobilization and Support for Participants at Five Globalization Protests, in: Social Problems, Jg. 52 (2005), H. 1, S. 102–121.

Fisher, Dana R.: Taking Cover Beneath the Anti-Bush Umbrella: Cycles of Protest and Movement-to-Movement Transmission in an Era of Repressive Politics, in: Research in Political Sociology, Jg. 15 (2006), S. 27–56.

Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.): „TTIP“ NEIN DANKE! TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT GEHT ANDERS, Berlin 2013, URL: http://www.dnr.de/downloads/pospap_tt看_fin.pdf [eingesehen am 17.09.2015].

Francois, Joseph et al.: Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment. An Economic Assessment, Centre for Economic Policy Research, London 2013.

Frank, Marie: Stein um Stein, in: Jungle World, 26.03.2015, URL: <http://jungle-world.com/artikel/2015/13/51669.html> [eingesehen am 21.07.2015].

Gartzke, Ulf: Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen: Ein Pfeiler in der Krise?, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit, Wirtschaft, Öffentlichkeit, Wiesbaden 2005, S. 173–186.

- Gehlen**, Dirk v.: Den digitalen Graben überwinden, in: Süddeutsche Zeitung, 04.07.2012.
- Geiges**, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.
- Gosling**, Samuel D. et al.: Should we trust web-based studies? A comparative analysis of six preconceptions about Internet questionnaires, in: American Psychologist, Jg. 59 (2004), H. 2, S. 93–104.
- Greenpeace/Transatlantic Consumer Dialogue (TACD)**: Offener Brief (o.T.), 2013, URL: <http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2013/11/TTIP-TAFTA-CROSSBORDER-LETTER-11-11-131.pdf> [eingesehen am 17.09.2015].
- Grefe**, Christiane/Greiffath, Mathias/Schumann, Harald: attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?, Berlin 2002.
- Gronau**, Jennifer: Die Selbstlegitimation internationaler Institutionen. G8 und G20 im Vergleich, Frankfurt a. M. 2015.
- Haarhoff**, Heike: Zahlenkrieg um die Verletzten, in: die taz.de, 07.06.2007, URL: <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2007/06/07/a0178> [eingesehen am 16.07.2015].
- Hardt**, Michael/Negri, Antonio: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a. M. 2002.
- Harzheim**, Harald: TTIP und CETA: Konzerne okkupieren staatliche Souveränität. COMPACT-Live vom 18.05.2015, URL: <https://www.compact-online.de/ttip-und-ceta-konzerne-okkupieren-staatliche-souveraenitaet-compact-live-vom-18-mai-2015/> [eingesehen am 03.08.2015].
- Haunss**, Sebastian: Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 25 /2012), H. 4, S. 6–16.
- Holzappel**, Miriam/König, Karin: Chronik der Anti-Globalisierungsprotesten, in: Mittelweg 36, H. 10/2001, S. 24–34.
- Interventionistische Linke**: Der Weg ist voller Windungen, aber das Ziel ist hell und klar, in: analyse & kritik, Jg. 37 (2007), H. 518.
- Jehle**, Christoph: Multilaterales Abkommen über Investitionen. CETA und TTIP sind keineswegs vom Himmel gefallen, URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/44/44004/1.html> [eingesehen am 16.09.2015].
- Jenkel**, Dorett/Lippert, Susanne: Politische Proteste in Leipzig von 1990–1996, in: Häder, Michael/Häder, Sabine (Hrsg.): Sozialer Wandel in Ostdeutschland. Theoretische und methodische Beiträge zur Analyse der Situation seit 1990, Wiesbaden 2008, S. 256–285.
- Joeres**, Annika: G8 in Deauville: Gipfel langweilt seine Gegner, in: Spiegel Online, 27.05.2011, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/g8-in-deauville-gipfel-langweilt-seine-gegner-a-765212.html> [eingesehen am 19.07.2015].
- Kafsack**, Hendrik: Transatlantischer Wirtschafts(t)raum, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.04.2007.

Klandermands, Bert/Walgrave, Stefaan/van Stekelenburg, Jacquelin/Verhulst, Joris/van Laer, Jeroen/Wouters, Ruud/van Troost/Dunya/van Leeuwen, Anouk: Manual for Data Collection on Protest Demonstrations – Caught in the Act of Protest: Contextualizing Contestation (CCC-Project), Version 3.0, 2011, S. 7, URL: <http://www.protestsurvey.eu> [eingesehen am 07.01.2016].

Klein, Naomi: No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht – ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München 2001.

Klimenta, Harald et al.: 38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co. – Für einen zukunftsfähigen Welthandel, Hamburg 2015. Vgl. außerdem die Website von Attac: <http://www.attac.de/38/38-argumente-gegen-tisa-ceta-und-ttip/> [eingesehen am 17.09.2015].

Krätke, Michael R.: TAFTA: Das Kapital gegen den Rest der Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1/2014, S. 5–9.

Kreutzfeldt, Malte: Eine gefährliche Blaupause, in: taz.de, 10.03.2014, URL: <http://www.taz.de/!5046771/> [eingesehen 17.09.2015].

Kreutzfeldt, Malte: Gefragtes Gesicht des Widerstands, in: taz.de, 22.05.2014, URL: <http://www.taz.de/!5041757/> [eingesehen am 17.11.2015].

Kutsch, Horst B.: Repräsentativität in der Online-Marktforschung. Lösungsansätze zur Reduktion von Verzerrungen bei Befragungen im Internet, Köln 2007.

Lee, Felix: „Stoppt den Biosprit-Wahn“. Proteste gegen den G8-Gipfel, in: taz.de, 06.07.2015, URL: <http://www.taz.de/!5179455/> [eingesehen am 18.07.2015].

Leggewie, Claus: Die Globalisierung und ihre Gegner, München 2003.

Die LINKE: Wissenschaftstransfer in Entwicklungsländern ermöglichen – Internetfreiheit wahren, ACTA stoppen! Beschluss des Geschäftsführenden Parteivorstandes vom 06. Februar 2012, URL: <https://web.archive.org/web/20120211053006/http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/wissenstransferinentwicklungslaenderermoeglicheninternetfreiheitwahrenactastoppen/> [eingesehen am 17.09.2015]; Amnesty International: EU darf ACTA nicht unterzeichnen, URL: <http://www.amnesty.de/2012/2/14/eu-darf-acta-nicht-unterzeichnen?-destination=startseite> [eingesehen am 17.09.2015].

Lucke, Albrecht v.: Schröder goes Genoa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2001, S. 1159–1162.

Mann, Erika: Ein Trauerspiel namens Acta, in: Die Zeit, 31.03.2010.

Mayer, Hartmut: Between ‚NATO for Trade‘ and ‚Pride in Angst‘: The German TTIP Debate and its Spill-over into Wider Transatlantic Concerns, in: Morin, Jean-Frédéric et al.: The Politics of Transatlantic Trade Negotiations. TTIP in a Globalized World, Farnham/Burlington 2015, S. 45–57.

Mihm, Andreas: „Das gab es vorher noch nicht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.06.2007, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ergebnisse-des-g-8-gipfels-das-gab-es-vorher-noch-nicht-1439940.html> [eingesehen am 15.07.2015].

Müller, Ulrich: Aktion: TTIP-Werbung der Bertelsmann-Stiftung, in: lobbycontrol.de, 20.05.2014, URL: <https://www.lobbycontrol.de/2014/05/aktion-ttip-werbung-der-bertelsmann-stiftung-stoppen/> [eingesehen am 17.09.2015].

Nachtwey, Oliver: Die globalisierte Revolte, in: Buchholz, Christine/Karrass, Anne/Nachtwey, Oliver/Schmidt, Ingo (Hrsg.): Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker, Köln 2002, S. 22–44.

Narr, Wolf-Dieter: Die Gewalt der Demonstrationen – Nachträgliche Bedenken zum heiligen Damm-Ereignis vom 2. bis zum 8. Juni 2007, in: Rilling, Rainer (Hrsg.): Eine Frage der Gewalt. Antworten von links, Berlin 2008, S. 11–22.

Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Who Demonstrates? Antistate Rebels, Conventional Participants, or Everyone, in: Comparative Politics, Jg. 37 (2005), H. 2, S. 189–205.

Novotná, Tereza et al.: Introduction, in: Morin, Jean-Frédéric et al.: The Politics of Transatlantic Trade Negotiations. TTIP in a Globalized World, Farnham/Burlington 2015, S. 1–6.

o. V.: Todesschuss auf Carlo Giuliani schockiert ganze Bewegung, in: Die Welt, 23.07.2001, URL: <http://www.welt.de/print-welt/article464769/Todesschuss-auf-Carlo-Giuliani-schockiert-ganze-Bewegung.html> [eingesehen am 09.11.2015].

o. V.: Konsequenzen aus G8-Randale: Regierung will Autonome stärker überwachen, in: Spiegel Online, 09.06.2007, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/konsequenz-aus-g-8-randale-regierung-will-autonome-staerker-ueberwachen-a-487609.html> [15.06.2015].

o. V.: G20-Staaten verschärfen Spardruck, in: Neues Deutschland, 28.06.2010, URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/174053.g20-staaten-verschaerfen-spardruck.html> [eingesehen am 18.07.2015].

o. V.: Nato-Treffen: Tausende Kriegsgegner protestieren gegen Gipfel von Chicago, in: Spiegel Online, 21.05.2012, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/massendemonstration-bei-nato-gipfel-in-chicago-a-834096.html> [eingesehen am 19.07.2015].

o. V.: Acta-Abkommen: Tausende protestieren für Netzfreiheit, in: Spiegel Online, 25.02.2012, URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/acta-abkommen-tausende-protestieren-fuer-netzfreiheit-a-817554.html> [eingesehen 17.09.2015].

o. V.: Global Marshall Plan Initiative und 140 Organisationen weltweit zeichnen Brief gegen paralleles Rechtssystem in TTIP, in: Website der Global Marshall Plan Initiative, 20.12.2013, URL: <http://www.globalmarshallplan.org/global-marshall-plan-initiative-zeichnet-transatlantischen-brief> [eingesehen am 17.09.2015].

o. V.: G7 drohen Russland mit zusätzlichen Sanktionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.06.2014, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/gipfel-in-bruessel-g7-drohen-russland-mit-zusaetzlichen-sanktionen-12973077.html> [eingesehen am 19.07.2015].

o. V.: Machen Sie mit beim europäischen Aktionstag gegen TTIP, CETA & TiSA!, in: Website der Global Marshall Plan Initiative, 17.09.2014, URL: <http://www.globalmarshallplan.org/europaeischer-aktionstag-gegen-ttip-ceta-tisa> [eingesehen am 17.09.2015].

o. V.: Fotostrecke – der Marsch der Bio-Jünger, in: Spiegel Online, 17.01.2015, URL: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/agrarwende-demonstranten-gegen-massentierhaltung-und-gentechnik-fotostrecke-122957.html> [eingesehen am 23.07.2015].

o. V.: Vom Feuer zum brüchigen Frieden, in: Süddeutsche Zeitung, 18.03.2015, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/blockupy-protest-um-neue-etz-zentrale-vom-feuer-zum-bruechigen-frieden-1.2399099> [eingesehen am 21.07.2015].

- o. V.:** Polizei nach Blockupy: „Ein Vorgeschmack auf G7“, in: RP Online, 19.03.2015, URL: <http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/ezb-polizei-nach-blockupy-ein-vorgeschmack-auf-g7-aid-1.4955555> [eingesehen am 28.07.2015].
- o. V.:** Wilde Gerüchte kursieren. G7-Gipfel auf Schloss Elmau: In Garmisch geht die Angst um, in: merkur.de, 04.04.2015, URL: <http://www.merkur.de/lokales/garmisch-partenkirchen/landkreis/g7-gipfel-schloss-elmau-proteste-geht-garmisch-angst-4881025.html> [eingesehen am 29.07.2015].
- o. V.:** Zehntausende protestieren gegen TTIP, in: Zeit Online, 18.04.2015, URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-04/freihandelsabkommen-ttip-protest-tag-europa> [eingesehen am 17.09.2015].
- o. V.:** G7-Gipfel: Bund schließt Krawallversicherung ab, in: merkur.de, 12.05.2015. URL: <http://www.merkur.de/lokales/garmisch-partenkirchen/garmisch-partenkirchen/g7-gipfel-bund-schliesst-krawallversicherung-4918262.html> [eingesehen am 18.01.2016].
- o. V.:** TTIP: Streitpunkt Freihandel. Wohlstand für alle oder Aushöhlung des Rechtsstaates?, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 22.05.2014, URL: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/184807/ttip-streitpunkt-freihandel> [eingesehen am 31.07.2015].
- o. V.:** Europäisches Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen – Gemeinsam gegen TTIP!, in: Website der Global Marshall Plan Initiative, 22.05.2014, URL: <http://www.globalmarshallplan.org/europaeische-zivilgesellschaftliche-organisationen-gegen-ttip> [eingesehen am 17.09.2015].
- o. V.:** Mittelstandsumfrage: Firmen setzen wenig Hoffnung in Freihandelsabkommen, in: Spiegel Online, 14.05.2014, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ttip-mittelstand-setzt-kaum-hoffnung-in-freihandelsabkommen-a-968383.html> [eingesehen am 03.08.2015].
- o. V.:** Mittelstand hegt Vorbehalte gegen TTIP, in: Handelsblatt, 18.04.2015, URL: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/freihandel-mittelstand-hegt-vorbehalte-gegen-ttip/11655636.html> [eingesehen am 18.09.2015].
- o. V.:** Angst vor Krawallen. G7 schadet Geschäften in Garmisch-Partenkirchen, in: Abendzeitung München, 28.05.2015, URL: <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.angst-vor-krawallen-g7-schadet-geschaeften-in-garmisch-partenkirchen.4bc1dfe2-5800-442e-b08c-6e7a02755c8d.html> [eingesehen am 28.07.2015].
- o. V.:** G8-Protest: Randalen in Rostock. 430 verletzte Polizisten, in: Spiegel Online, 02.06.2015, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g-8-protest-randale-in-rostock-430-verletzte-polizisten-a-486280.html> [eingesehen am 15.07.2015].
- o. V.:** München: Mehr als 30.000 Menschen protestieren friedlich gegen G7, in: Spiegel Online, 04.06.2015, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g7-gipfel-zehntausende-protestieren-friedlich-a-1037232.html> [eingesehen am 28.07.2015].
- o. V.:** Massive Polizeipräsenz bei Anti-G7-Demo, in: tagesschau.de, 06.06.2015, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/protest-garmisch-101.html> [eingesehen am 28.07.2015].
- o. V.:** München: Mehr als 30.000 Menschen protestieren friedlich gegen G7, in: Spiegel Online, 04.06.2015, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g7-gipfel-zehntausende-protestieren-friedlich-a-1037232.html> [eingesehen am 28.07.2015].
- o. V.:** Gemeinsame Pressemitteilung der Veranstalter vom 10.10.2015, URL: <http://ttip-demo.de/presse/pressemitteilungen/> [eingesehen am 02.12.2015].

o. V.: Massendemo gegen TTIP: So viele kamen noch nie, in: Spiegel Online, 10.10.2015, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ttip-demonstration-in-berlin-stellt-teilnehmerrekord-auf-a-1057187.html> [eingesehen am 23.11.2015].

Peters, Ulrich: Unbeugsam & widerständig. Die radikale Linke in Deutschland seit 1989/90, Münster 2014.

Pfohl, Manuela: Der Widerstand hat anderes vor, in: Stern, 26.05.2011, URL: <http://www.stern.de/politik/ausland/g8-gipfel-in-deauville-der-widerstand-hat-anderes-vor-3578608.html> [eingesehen am 19.07.2015].

Pianta, Mario: Parallel Summits of Global Civil Society, in: Anheier, Helmut/Glasius, Marlies/Kaldor, Mary (Hrsg.): Global Civil Society, Oxford 2001, S. 169–194.

Pinzler, Petra: Wenn die Bürger nerven. Brüssel hat das Bürgerbegehren zur Handelspolitik abgelehnt – taktisch geschickt, politisch dumm, in: Die Zeit, 19.09.2014.

Pinzler, Petra: Warum Kanadier bald an einer Griechenland-Pleite verdienen könnten, in: Zeit Online, 02.03.2015, URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/ceta-ttip-freihandel-kritik> [eingesehen am 17.09.2015].

Pinzler, Petra: Und sie lernt es nicht, in: Die Zeit, 20.08.2015.

Pinzler, Petra: CETA wird nicht mehr geändert, in: Zeit Online, 02.09.2015, URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/ttip-freihandelsabkommen-ceta-kanada> [eingesehen am 17.09.2015].

Piper, Nikolaus: Das Spiel mit Tafta, in: Zeit Online, 09.06.1995, URL: http://www.zeit.de/1995/24/Das_Spiel_mit_Tafta [eingesehen am 09.11.2015].

Pressemitteilung des **Trägerkreises G7-Demo**, 40000 bei Großdemo gegen G7, 04.06.2015, URL: <http://g7-demo.de/presse/pressemitteilungen/> [eingesehen am 15.09.2015].

Quent, Matthias: Fallstudie IV: Erfurt, in: ders./Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, Wiesbaden 2015, S. 211–265.

Rätz, Werner/Bergstedt, Jörg/Dellwo, Karl-Heinz/Baer, Willi: Attac. Gipfelstürmer und Straßenkämpfer, Hamburg 2010.

Raza, Werner: ASSESS_TTIP: Assessing the Claimed Benefits of the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). OFSE Austrian Foundation for Development Research, Wien 2014.

Reuband, Karl-Heinz: Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: MIP, Jg. 21 (2015), URL: https://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Soziologie/Dokumente/Reuband/Reuband_-_Wer_demonstriert_in_Dresden_fuer_Pegida_-_MIP_2015_Seiten_133-143-5.pdf [eingesehen am 13.10.2015].

Röttele, Stefan: EZB-Krawalle in Frankfurt: Blockupy drückt sich um Verantwortung, in: Spiegel Online, 19.03.2015, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/blockupy-bewegung-distanziert-sich-nicht-von-gewalt-a-1024534.html> [eingesehen am 21.07.2015].

Rucht, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a. M./New York 1994.

Rucht, Dieter: Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Sonderdruck: Konturen der Zivilgesellschaft Zur Profilierung eines Begriffs, Jg. 16 (2003), H. 2, S. 10–13.

Rucht, Dieter/Roth, Roland: Globalisierungskritische Netzwerke, Kampagnen und Bewegungen, in: dies. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 493–512.

Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.): Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Protteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien, Frankfurt a. M. 2008.

Sauer, Stefan: Gegner bündeln ihre Kräfte, in: Berliner Zeitung, 15.07.14, URL: <http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/protest-gegen-das-freihandelsabkommen-gegner-buendeln-ihre-kraefte,10808230,27819846.html> [eingesehen am 17.09.2015].

Schenk, Winfried: Forsa-Umfrage: 89 Prozent der Dresdener lehnen Teilnahme bei PEGIDA-Demo ab, in: Menschen-in-Dresden.de, 11.02.2015, URL: <http://www.menschen-in-dresden.de/2015/forsa-umfrage-89-prozent-der-dresdener-lehnen-teilnahme-bei-pegida-demo-ab/> [eingesehen am 03.01.2016].

Scheuermann, Christoph: Belfast vor dem G8-Gipfel: „Die Imperialisten kommen, und keiner macht was“, in: Spiegel Online, 16.06.2013, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/g-8-gipfel-in-belfast-keine-demonstrationen-in-nordirland-a-906009.html> [eingesehen am 19.07.2015].

Schlieben, Michael: Ein schwarzer Samstag, in: Zeit Online, 04.06.2007, URL: <http://www.zeit.de/online/2007/23/rostock-g8-Kommentar> [eingesehen am 15.07.2015].

Schnell, Rainer: Nonresponse in Bevölkerungsumfragen. Ausmaß, Entwicklung und Ursachen, Opladen 1997.

Schoof, Ulrich: USA und gesamte EU würden von transatlantischem Freihandelsabkommen erheblich profitieren. Bertelsmann Stiftung untersucht die Folgen für 126 Staaten – Verlierer wären traditionelle Handelspartner und Entwicklungsländer. Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung vom 17.06.2013, URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse-startpunkt/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/usa-und-gesamte-eu-wuerden-von-transatlantischem-freihandelsabkommen-erheblich-profitieren/> [eingesehen am 21.07.2015].

Schoof, Ulrich: Von transatlantischem Freihandelsabkommen profitieren alle Bundesländer, Branchen und Einkommensgruppen. Studie der Bertelsmann Stiftung rechnet mit 160.000 neuen Arbeitsplätzen / Gewinner wären vor allem das produzierende Gewerbe in NRW, Bayern und Baden-Württemberg. Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung vom 04.10.2013. URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse-startpunkt/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/von-transatlantischem-freihandelsabkommen-profitieren-alle-bundeslaender-branchen-und-einkommensgru/> [eingesehen am 21.07.2015].

Schoppengerd, Stefan: Praktische Globalisierungskritik in der BRD angekommen, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, H. 71/2007, URL: <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/637.praktische-globalisierungskritik-in-der-brd-angekommen.html> [eingesehen am 10.11.2015].

Schröder, Berit: Heiligendamm 2007. Experimentierfelder in Zeiten der Umbrüche, in: Haug, Christoph/Maier, Rudi/Schröder, Berit (Hrsg.): Kampf um Teilhabe, Hamburg 2008, S. 20–33.

Schröder, Christian: Das Weltsozialforum. Eine Institution der Globalisierungskritik zwischen Organisation und Bewegung, Bielefeld 2015.

Schweitzer, Eric/Mattes, Bernhard: Der Mittelstand braucht das Freihandelsabkommen, in: Die Welt, 04.05.2014, URL: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article127607351/Der-Mittelstand-braucht-das-Freihandelsabkommen.html> [eingesehen am 03.08.2015].

Seith, Anne: Gipfel in L'Aquila: G-8-Staaten kämpfen verzweifelt um Erfolge, in: Spiegel Online, 08.07.2009, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/gipfel-in-l-aquila-g-8-staaten-kaempfen-verzweifelt-um-erfolge-a-635061.html> [eingesehen am 16.09.2015].

Sherman, Heidemarie C.: Das MAI ist tot, es lebe das MAI?, in: ifo Schnelldienst, H. 36/1998, URL: http://www.cesifo-group.de/pls/guest/download/F68234/SD36_3.HTM [eingesehen am 16.09.2015].

van Scherpenberg, Jens: Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums, SWP-Studie, Berlin 2006.

Stephan, Sabine: TTIP – Das Märchen vom Wachstums- und Beschäftigungsmotor, in: WISO direkt. Analysen und Konzepte der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014.

Stierle, Steffen: TTIP – Worum geht es?, 2013, URL: <http://blog.attac.de/ttip-worum-geht-es/> [eingesehen am 17.09.2015].

Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, München 2002.

Teune, Simon/Ullrich, Peter: Demonstrationsbefragungen – Grenzen einer Forschungsmethode, URL: <https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/09/demonstrationsbefragungen-teuneullrich-2015-09-161.pdf> [eingesehen am 29.12.2015].

Thielsch, Meinald T./Weltzin, Simone: Online-Befragungen in der Praxis, S. 77, URL: http://www.thielsch.org/download/thielsch_2009_onlinebefragungen.pdf [eingesehen am 02.01.2016].

Uken, Marlies: Kanadas Wachstumsbeschleuniger, in: Zeit Online, 26.09.2014, URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-09/freihandel-ceta-ttip> [eingesehen am 17.09.2015].

Volland, Maja: TTIP: Politik gegen den Bürger, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/2015, S. 25–27, URL: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/maerz/ttip-politik-gegen-den-buerger> [eingesehen am 03.08.2015].

Walker, Julia/Gerhardt, Franziska/Wolf, Alex: G-8-Gipfel in L'Aquila: Wo sind die Demonstranten?, in: Spiegel Online, 09.07.2009, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/g-8-gipfel-in-l-aquila-wo-sind-die-demonstranten-a-635088.html> [eingesehen am 18.07.2015].

Walter, Franz: Aktuelle Forschungsergebnisse zu den Pegida-Protesten, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/studie-zu-pegida> [eingesehen am 23.11.2015].

Website des Bündnisses „TTIP unfairhandelbar“, URL: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/ebi/> [eingesehen am 17.09.2015].

Website des Bündnisses „Stop TTIP“, URL: <https://stop-ttip.org/de/unterschreiben/> [eingesehen am 17.09.2015].

Website des Bündnisses „Stop G7 Elmau“, URL: <http://www.stop-g7-elmau.info/> [eingesehen am 20.07.2015].

Website des Bündnisses „**Stop TTIP München**“, URL: <http://stop-ttip-muenchen.de/bericht-zur-podiumsdiskussion-im-amerika-haus-am-18-06-2015/> [eingesehen am 25.11.2015].

Website des Bündnisses „**Stop TTIP Hameln-Pyrmont**“, URL: http://hameln-pyrmont.bund.net/buendnis_stop_ttip/ [eingesehen am 25.11.2015].

Website von **Mehr Demokratie e. V.**, URL: <http://www.mehr-demokratie.de/stopttip-termine2.html> [eingesehen am 25.11.2015].

Website von **trade4people**, URL: <https://www.trade4people.org/> [eingesehen am 25.11.2015].

Weber, Joachim et al.: TTIP – Theoretische Grundlagen, Maßnahmen und Wirkungen, in: Arbeitspapiere der Nordakademie Nr. 08, Elmshorn 2014.

Werdermann, Felix: Der neue Anti-TTIP-Protest, in: Der Freitag 21/2014. URL: <https://www.freitag.de/autoren/felix-werdermann/der-neue-anti-ttip-protest> [eingesehen am 17.09.2015].

Wettach, Silke: Transatlantischer Wirtschaftsrat kommt nicht in Schwung, in: Wirtschaftswoche, 02.11.2009, URL: <http://www.wiwo.de/politik/ausland/usa-eu-transatlantischer-wirtschaftsrat-kommt-nicht-in-schwung/5588798.html> [eingesehen am 16.09.2015].

Yang, Mundo/Rucht, Dieter: Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17 (2004), H. 4, S. 21–27.

Ziegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2003.

Ziener, Markus: TEC braucht mehr Biss, in: Handelsblatt, 26.10.2009, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/transatlantischer-wirtschaftsrat-tec-braucht-mehr-biss/3288020.html> [eingesehen am 16.09.2015].



Kontaktdaten

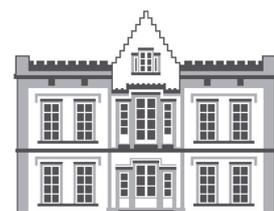
Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen

Weender Landstraße 14
37073 Göttingen

Tel: 05 51 / 39 1701-00
Fax: 05 51 / 39 1701-01
info@demokratie-goettingen.de

Ansprechpartner

Lars Geiges 05 51 / 39 1701-03 lars.geiges@demokratie-goettingen.de



Göttinger Institut für
Demokratieforschung